

Der Landesrechnungshof hat in Übereinstimmung mit Paragraph 18 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 mitgeteilt, ob und in welchem Umfang der Bericht Geschäfts- und Betriebsgeheimnisse enthält. Auch den Erfordernissen des Datenschutzes wurde Rechnung getragen.

Der Kontroll-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 1. Dezember 1998 beschlossen, den Bericht Nr. 67 unter Herausnahme jener Teile, die zwischen den im Redaktionskomitee vertretenen politischen Parteien unter Mitwirkung des Landesrechnungshofes und des Verfassungsdienstes vereinbart wurden, in der nunmehr aufliegenden Fassung dem Landtag zuzuleiten.

Dieser Beschluß wurde bei namentlicher Abstimmung von den Abgeordneten Ing. Mag. Hochegger, Straßberger, Rieser, Riebenbauer, Tasch, Purr, Dipl.-Ing. Grabner, Dr. Reinprecht, Korp, Kröpfel, Schuster, Gennaro, List, Ing. Peinhaupt, Mag. Hartinger und Dr. Brünner einstimmig gefaßt.

Von Abgeordneten des Kontroll-Ausschusses wurde gemäß Paragraph 18 Absatz 4 des Landesverfassungsgesetzes 1960 begehrt, jene Berichtsteile des Landesrechnungshofberichtes Nr. 67, die durch das Ergebnis der Abstimmung in der Sitzung des Kontroll-Ausschusses vom 13. April 1999 von der Vorlage an den Landtag nicht ausgeschlossen wurden, dem Landtag vorzulegen.

Der Kontroll-Ausschuß stellt daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Landesrechnungshofes Nr. 67, betreffend Überprüfung der Galsterbergalm-Bahnen Ges.m.b.H. & Co. KG., wird zur Kenntnis genommen. (13.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht.

Erster Redner ist der Herr Kollege Tasch. Er hat das Wort.

Abg. Tasch (13.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mir die Zusammenfassung vom Rechnungshof ein bißchen angeschaut, und es ist, wie es eigentlich seit langem ist. Die Galsterbergalm ist bezüglich der Dachstein-Tauern-Region immer ein bißchen ein Problemkind, aber ich glaube, es ist ein Familienschigebiet, das zu dieser Topregion einfach dazugehört.

Wenn man sich die letzten Ergebnisse angeschaut hat, so ist von 1997 bis 1998 eine 16prozentige Zuwachsrate gewesen, und es ist auch jetzt durch die Topschiregion Dachstein-Tauern-Region ein Schigebiet, das vor allem von den Familien besonders angenommen wird.

Ich glaube, es ist notwendig, und ich schließe mich dem Vorschlag des Rechnungshofes an, daß man die Galsterbergalm mit den anderen Schigebieten auch bilanzmäßig eher zusammenschließen soll, um einen Abschluß zu kriegen, der äußerst positiv ist, weil einfach diese Schigebiete zusammengehören.

Was wichtig ist, für die Topregion Dachstein-Tauern-Region, die im letzten Winter, trotz des enormen Schlechtwetters der 14 Tage im Februar, gewaltige Zuwachsraten erreicht hat und dadurch ein

echtes Aufatmen in dieser Region stattgefunden hat, daß man diese Schigebiete, wie die Galsterbergalm, von seiten der öffentlichen Hand weiterhin bezuschußt und fördert.

Wenn ich mit den Schifahrern in unserer Region spreche, so ist die Galsterbergalm ein Schigebiet geworden, wo sich besonders die Familien wohl fühlen, die nicht unbedingt den großen Rummel brauchen und die deshalb einen Tagesschiurlaub auf der Galsterbergalm den Schigebieten Reiteralm, Planai und Hauser Kaibling oft vorziehen.

In diesem Sinne bin ich sehr froh, daß sich das Land Steiermark bereiterklärt hat, auch in der Galsterbergalm immer wieder Investitionen zu machen, die sich äußerst positiv ausgewirkt haben. Es ist also die Gondelbahn von unten hinauf, es ist der Viererkuppelsessellift und es sind die drei Schlepplifte und es ist die tolle Präparierung der Schipisten. Ich glaube, das zeichnet besonders diese Region aus. Ob es jetzt die Reiteralm ist, ob es jetzt die Planai ist oder ob es jetzt der Schiberg Hauser Kaibling ist oder eben Galsterberg, hier sind Pistenverhältnisse, die man sich nur wünschen kann und wovon manche Schigebiete nur träumen können.

Was wichtig wäre, und ich möchte hier aber keine Trassendiskussion anfangen, wäre eine rasche Verkehrslösung in unserem Bezirk, weil sich vor allem die Tagesschigäste immer wieder aufregen, wenn sie von Graz rauffahren, daß sie bis Selzthal gleich lang brauchen wie von Selzthal ins Schladminger Gebiet rauf. Ich glaube, eine rasche Verkehrslösung auf dem Sektor wäre sicherlich von größter Bedeutung und Wichtigkeit.

In diesem Sinne glaube ich, daß wir uns hier im Landtag auf eine Verkehrslösung des Bezirkes einigen könnten, weil es wirtschaftlich von großer Notwendigkeit wäre, den Schigebieten von den Zuwachsraten weiterhin stark unter die Arme zu greifen.

In diesem Sinn glaube ich, daß dem Rechnungsabschluß Rechnung getragen werden kann, wo man sagen kann, man könnte sich einiges an Kosten ersparen. Das wären also Aufsichtsratskosten, das wären Kontrollen des Landes Steiermark, Steuerberatungskosten für die Erstellung der Bilanz und anteilige Geschäftsführerkosten. In dem Sinn müßte man darauf achten, daß die Lohnkosten im Rahmen bleiben.

Und sonst möchte ich sagen, daß das Galsterbergalmschigebiet ein traumhaftes Familienschigebiet ist, wie vorher bereits erwähnt, wo man alles zu tun hat, um diesem Schigebiet weitere Ausbaumöglichkeit zu geben. In diesem Sinne, glaube ich, daß die Region – die Topregion der Dachstein-Tauern-Region – gerade eben auch mit der Galsterbergalm einen würdigen Abschluß findet. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 13.41 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Reder ist Herr Kollege Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (13.41 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte ganz kurz nur eine Anregung des Landesrechnungshofes in diesem Rechnungshofbericht aufgreifen, nämlich bezüglich der Aufsichts-

räte für die landesbeteiligten Gesellschaften und damit auch für die Galsterbergbahn. Die Aufsichtsratsposten in Gesellschaften mit Landesbeteiligung sind derzeit vielfach von hohen Landesbeamten besetzt. Dies verursacht für das Land beträchtliche Kosten, weil die Aufwandsentschädigungen für die Aufsichtsräte vielfach nicht von den Gesellschaften, sondern vom Land Steiermark gezahlt werden. Das kann dazu führen, daß in Aufsichtsräten Mitglieder sitzen, die vom Land Steiermark bezahlt werden, weil es Landesbeamte sind, und Aufsichtsräte sitzen, die von den Gesellschaften nominiert sind, die nichts bezahlt bekommen. Also auch eine nicht gleiche Behandlung. Nach Meinung des Landesrechnungshofes müßten die Bezüge der Aufsichtsräte in Gesellschaften mit Landesbeteiligung der jeweiligen Gesellschaft als Verursacher zugerechnet werden, und nicht dem Budget des Landes Steiermark. Eine solche Vorgangsweise würde der Kostenwahrheit entsprechen, weil die Kosten die landesbeteiligten Gesellschaften zu tragen hätten, und nicht das Land Steiermark.

Von den Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, die Landesregierung wird aufgefordert, in Zukunft die Aufsichtsratsbezüge von Landesbeamten in Gesellschaften mit Landesbeteiligungen nicht mehr zu übernehmen, sondern im Sinne der Kostenwahrheit diese Kosten an die jeweilige Gesellschaft zu überwälzen.

Ich bitte Sie, daß Sie diesem unserem Antrag zustimmen. (Beifall beim LIF. – 13.43 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Kollege Präsident Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (13.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Bericht des Landesrechnungshofes über die Investitionen bei der Galsterbergbahn zeigt im wesentlichen auf, daß hier durchaus eine Investition geglückt ist, die sinnvoll ist. Es sind ja doch immerhin 91,1 Millionen Schilling vom Land hier investiert worden, allerdings mit 30 Millionen, also einem Drittel, als Darlehen. Wobei es sich durchaus gezeigt hat, daß im Komplex der Dachstein-Tauern-Region – und Kollege Tasch hat das ja schon angeschnitten – der Mix zwischen den ausgesprochen sportlichen Schigebieten, wo es um Abfahrten schwieriger Grade geht, wo es um sportliche Veranstaltungen geht auf der einen Seite, und dem Familien- und dem nicht so guten Schifahrer – dem Gast durchaus auch über andere in diesem Bereich befindliche Abfahrten und Schiberge die Möglichkeit gegeben wird, über diese sogenannten Familienabfahrten hier auch die Dachstein-Tauern-Region als Winterurlaubsort zu wählen. Es ist an und für sich so zu sehen, daß durchaus Wachstumsraten, vor allem in den frühen neunziger Jahren, erzielt worden sind, die sehr gut sind. Es hat sich aber herausgestellt, daß der Betriebsabgang auch von Jahr zu Jahr gestiegen ist, vor allem deshalb, weil die neue Investition auch einen zusätzlichen Personalaufwand erfordert hat, der über die kleinen Erträge nicht mehr hereingespielt werden kann. Sehr wesentlich wird es sein, wie sich die Witterung in den kommenden Wintern darstellt. Wir haben heuer das Glück

gehabt, und auch das muß man dazusagen, daß wir bereits ab Anfang Dezember aktiv Wintersport betreiben konnten. Das heißt, es haben also diese Regionen eine bedeutende Saisonverlängerung schon am Anfang gehabt, das Geschäft war gut. Und selbst die zwei kritischen Februarwochen, die ja ihren Höhepunkt mit dem Lawinenunglück in Galtür gehabt haben, haben eigentlich nur eine geringe Verschlechterung des enormen Gesamtzuwachses, der hier entstanden ist, gebracht.

Entscheidend aber für diese Investitionen, meine Damen und Herren, war, daß man damit nicht nur ein neues Schigebiet erschlossen beziehungsweise modernisiert hat, sondern daß man damit auch sehr klare Vorstellungen und Auflagen verbunden hat. Und eine dieser Vorstellungen und Auflagen war der Umstand, daß man gesagt hat, alle diese Investitionen haben keinen Sinn, wenn nicht parallel dazu die Bettenkapazität erweitert wird, um die Leute auch unterzubringen und schließlich einen wirtschaftlichen Geldfluß zustandezubringen, so daß also die Impulse, die das Land in der Infrastruktur setzt, der Bevölkerung und dem unmittelbaren Umfeld um den Galsterberg – und das sind ja nur eine Handvoll Gemeinden – hier die Möglichkeit gegeben wird, in der Gastronomie, in der Fremdenverkehrswirtschaft wiederum Arbeitsplätze zu schaffen und damit auch die Abwanderung vom Land weg in Richtung Ballungszentren zu verhindern. Und in diesem Bereich, meine Damen und Herren, müssen wir leider Gottes feststellen, daß hier keine Maßnahmen bis dato gesetzt werden, und es wäre an und für sich die Aufgabe des Gesetzgebers, die Verantwortlichen darauf aufmerksam zu machen, daß hier noch immer Leistungen ausständig sind, die als eine der Konditionen für die Erstellung dieser Investitionen im Gange war. Fazit ist, gute Investition bewährt sich, rundet das Angebot ab, aber auf der wirtschaftlichen Komponente muß noch dafür Sorge getragen werden, daß also auch die Infrastrukturinvestition mit einer zusätzlichen Investition, die ja aus der Region kommen sollte, in bezug auf die Angebotsverbesserung im Bettenbereich geschehen wird. Ähnliches erwarten wir natürlich auch in anderen Großinvestitionsbereichen, wie zum Beispiel am Prädichl, und auch bei allen anderen Investitionen, die wir in die Infrastruktur geben, ob das jetzt in den Wintersportbereichen oder in der Thermenregion und im Gesundheits- und Wellnesstourismus ist. Ich glaube, daß wir in diesem Bereich sehr sorgfältig darauf achten sollen, daß wir diese beiden Komponenten parallel und gemeinsam verfolgen. (Beifall bei der FPÖ. – 13.48 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (13.49 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn bei diesem Tagesordnungspunkt über Investitionen, über gelungene Investitionen, über kommende Investitionen geredet wird, so soll auch festgestellt werden, daß diese Beteiligungen, diese Investitionen, die hier getätigt wurden, voll aufgegangen sind und daß sogar bei Liftbetreibergesellschaften, die am Beginn zum Beispiel gegen einen Zusammen-

schluß der Planailifte, Hochwurzeln und Haus waren, sich heuer herausstellt, daß gerade die Planaibergbahn einen kräftigen Zuwachs erwirtschaften konnte, und das ist gut so. Darum meine ich auch, daß Investitionen, die noch ausstehen, mit höchster Priorität versorgt gehören, und daß diese Galsterbergbahn, die ja ausgebaut werden soll, auch natürlich die Regionen außerhalb unserer touristischen Zentren, denen wir es gönnen, daß es ihnen so gut geht, auch ihre Bedeutung bekommen.

Und da muß ich schon bei diesem Tagesordnungspunkt die Aflenzler Bürgeralm wieder zur Sprache bringen, weil ich meine, daß wir auch hier jetzt sehr rasch mit der Umsetzung beginnen sollten. Diese 200 bis 220 Millionen Schilling, die hier notwendig sind, müssen natürlich als Regionalförderung in diese Region fließen, weil es aus der derzeitigen Sicht der Aflenzler Bürgeralm nicht möglich ist, daß diese Investition erwirtschaftet wird, und diese Region, vor allem um Aflenz und Thörl, braucht diese Investition, um ihre Weiterentwicklung voranzutreiben. Denn wenn diese Investition nicht erfolgt, dann können wir zuschauen, wenn in Aflenz die letzten Wirtschaftshäuser zusperren, die Letzten, die Betten vermieten, zusperren, weil sie keine Zukunftsvision mehr haben.

Daher meine ich, daß wir hier sehr rasch zu einem Abschluß kommen müssen. Ich habe in den letzten Tagen vernommen, daß es mit dem Eigentümer gewisse Terminverzögerungen gibt, weil es ja um Verhandlungen geht, daß das in das Eigentum der Holding übergeführt wird. Letztendlich, höre ich heute, wird es am 10. Mai endlich diesen Termin geben, wo es dann, hoffe ich, zur Übernahme durch die Landesholding kommt, und daß wir eine Gleichbehandlung erfahren – das ist ganz wichtig –, wie das bei anderen Schigebieten, zum Beispiel im Mariazeller Land, am Präbichl, der Fall ist. Das heißt, daß die Landesholding diesen Betrieb zu einem modernen Betrieb ausbaut und auch die Beteiligung mit 80 Prozent eine Selbstverständlichkeit sein muß.

Ich möchte aber noch hinzufügen, daß es in dieser Region ein zweites großes Projekt gibt – das ist die Therme –, wo ja der Landesrat Ressel dankbarerweise 50 Prozent der Erschließungskosten, das heißt Bohrkosten, übernommen hat. Die Gemeinden, und das möchte ich in diesem Hohen Haus besonders hervorheben, von den 20 Millionen übernimmt 10 Millionen der Landesrat Ressel als Beteiligungsreferent, und die Gemeinden übernehmen den Rest, bis auf eine Million Schilling, als eine Gemeinschaft. Das heißt, 21 Gemeinden des Bezirkes Bruck haben sich hier zusammengetan und haben gesagt, wir wollen hier das erschließen, und die Region selbst hat jetzt ein Zeichen gesetzt. Warum ich das sage? (Abg. Tasch: „Kollege Schrittwieser, übernehmen das die Gemeinden oder die Bürgermeister?“) Nein, die Gemeinden. Der Ressel übernimmt das als Beteiligungsreferent. Hast mir nicht zugehört? Das Land habe ich schon dreimal erwähnt, aber du hast mir jetzt nicht aktiv zugehört. Du hast nur auf eine Polemik gewartet. Die geht bei mir nicht hinein, weil das mag ich nicht.

Aber, meine Damen und Herren, was ich sagen möchte, ist, und da möchte ich einen Appell an den Kollegen Straßberger richten, der über die Medien der Region mitgeteilt hat – ich weiß nicht, warum und wieso, es ist ja außerhalb seines Wirkungsbereiches,

aber wenn sie dort selber niemand haben, kommt immer mein Freund Straßberger, ich freue mich jedesmal, aber, was ich ihm schon sagen möchte, er möge nicht das Thermenprojekt und das Bürgeralmprojekt auseinanderdividieren. Man soll das nicht gemeinsam betrachten, die Bürgeralm ist ein eigenes, und die Therme ist ein eigenes Projekt. Ich sage, das sind zwei Projekte, die man nur gemeinsam abhandeln kann, weil ich glaube, daß ein Projekt vom anderen Projekt profitieren kann, daß es so gelingt, wieder Gäste mehrere Tage in die Region zu bringen, und nicht nur einen Tagesausflügler, der auf die Bürgeralm Schifahren fährt.

Wir wollen uns in diese Richtung entwickeln, weil auch die Industrie natürlich ihre gewissen Probleme hat. Die Arbeitsplätze werden dort nicht mehr. Wenn es uns gelingt, die Bürgeralm und die Therme zu bekommen, und das hoffen wir, daß das in absehbarer Zeit endgültig auch in diesem Hohen Haus so entschieden wird, dann glauben wir, einen Weg für die Zukunft gefunden zu haben, daß auch die Bewohner dort und die wirtschaftlich dort tätig sind oder im Tourismus oder im Sport, wieder Hoffnung fassen und den Glauben an die Zukunft nicht verlieren. Denn derzeit war es ja oft so – Herr Landesrat, du nickst hinten –, die Betriebe vor Ort haben nicht sehr viel Unterstützung gehabt in ihrem Bereich, was dein Ressort betrifft. Aber wir hoffen, wenn das jetzt alles kommt, und du hast mir mehrfach versichert, daß du das unterstützen wirst, dann wären wir frohen Mutes, daß du wieder kräftig in die Taschen greifen wirst. Und auch der Kollege Hirschmann hat das alles zugesichert, und der Kollege Ressel wird das natürlich umsetzen, weil er ist ja der Motor in der Landesregierung für dieses Projekt.

In diesem Sinne ersuche ich, daß man das gemeinsam sieht. Wir sind auch im Bezirk einig, daß das keine parteipolitische Frage ist.

Die Freunde der ÖVP in Aflenz wären gut beraten – (Abg. Purr: „Du bist ohne jede Polemik, du bist sehr ernsthaft!“) Kollege Purr, das mußt du mir glauben, weil wenn ich dir sage, daß 21 Gemeinden – Kollege Purr, höre mir zu – (Abg. Purr: „Schrittwieser, erzähle uns etwas anderes. Ich glaube es dir!“), daß 21 Gemeinden sich zusammengetan haben zu einer Gesellschaft, wo sie 10 Millionen Schilling gemeinsam für die Bohrung der Therme aufbringen, dann sind das nicht 21 rote Gemeinden – die hätte ich zwar gerne, ich habe aber nur 14 –, sondern dann sind auch ÖVP-Gemeinden dabei, und die haben da auch mitgetan, und auch die SPÖ-Gemeinden haben da mitgetan. Was wir damit beweisen wollen, ist, daß das ein überparteiliches Anliegen der Region ist.

Was ich nicht mag, ist, daß immer wieder mitgeteilt wird – und hier muß ich sagen, vor allem von seiten der ÖVP –, daß man oben immer wieder liest und hört, der Ressel wäre gegen das Projekt, und der Ressel verzögert, und, und, und. Das muß ich zurückweisen.

Aber wir sind jetzt in einem guten Finale, und ich hoffe, daß dann wieder alles vorbei ist, weil das Mascherl werden wir uns dann alle umhängen. Und wir werden dann schauen, wer das größere davon kriegt. Wichtig aber ist, daß es kommt. In diesem Sinne danke ich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 13.56 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster und vorläufig letzter Redner zu diesem Punkt ist Herr Kollege Straßberger. Er hat das Wort.

Abg. Straßberger (13.56 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, verehrte Damen und Herren, Herr Landesrat, Hohes Haus!

Kollege Schrittwieser hat das Thema oder das Projekt Aflenzer Bürgeralm im Bezirk Bruck angeschnitten, und ich kann ihm bis zu einem gewissen Grad nur recht geben, daß die Aflenzer Bürgeralm gegenüber anderen Standorten nicht benachteiligt wird, was die Holding betrifft, und, Siegfried, du weißt, daß hier mit einer Zunge, betreffend dieses Projekt, gesprochen werden soll.

Nur, das Wollen schaut anders aus. Und wenn du heute hier hergehst – ich hätte mich wirklich nicht gemeldet –, aber wenn du hier hergehst und meinst, wo die Verzögerer sind und wo die Polemik ist, dann muß ich schon einiges klarstellen, Siegfried. Du weißt genau – und das ist mir zu billig, wie du das da gemacht hast, bei allem Respekt, zu billig, daß du hier hergehst und sagst, der Landesrat Ressel hätte es schon längst gemacht, und erst jetzt sind wir im Finale –, du weißt genau, daß hier schon Jahre vorher Überlegungen stattgefunden haben. Wir haben auch die Vorlage diesbezüglich im Finanz-Ausschuß lange und breit diskutiert und dann zurückgestellt zur Stellungnahme.

Wenn du sagst, ich will das eine Projekt gegen das andere ausspielen, dann muß ich mich entschieden wehren. Ich habe in der Öffentlichkeit immer gesagt, eine Junktimierung der beiden Projekte halte ich für total falsch, denn man weiß genau, wie lange es brauchen wird, bis das Thermenprojekt, das ich voll unterstütze – das möchte ich hier ganz deutlich sagen –, auf die Beine kommt. Letztendlich könnte die Aufstiegshilfe auf die Bürgeralm schon längst, zumindest zur Hälfte, umgesetzt sein. Das möchte ich ganz deutlich sagen. Und ich bitte dich wirklich, daß du das nicht in die falsche Kehle kriegst und dementsprechend hier Unwahrheiten und Unrichtigkeiten verbreitet werden. (Abg. Schrittwieser: „Bei der Bürgerversammlung sind alle über ihn hergefallen und haben gesagt, der Ressel verhindert das Projekt!“) Wärest hingegangen, Siegfried, du bist ja nicht gekommen, du hast dich dort entschuldigt, weil dort die Luft für dich zu heiß war. Entschuldigung, und damals war es so. (Abg. Schrittwieser: „Weil ihr es mir einen Tag vorher gesagt habt. Einen Tag vorher hat mir der Bürgermeister erklärt, daß es das gibt. Wenn ich das ernst nehme, mache ich den Termin rechtzeitig!“) Okay, Siegfried, wir brauchen uns da gegenseitig nichts vorschmeißen, aber du hättest ruhig hingehen können, um dort deine Stellungnahme abzugeben. Das hast du nicht gemacht, und ich sage dir ganz offen, jeder kann nur hoffen, daß es morgen passiert und das grüne Licht kommt, denn wir murksen bei diesem Projekt ja sowieso schon zwei Jahre oder eineinhalb Jahre umher. Ich sage das ganz deutlich.

Und noch einmal, eine Junktimierung halte ich nach wie vor für falsch. Ich unterstütze jedes Projekt. Ich hoffe nur, daß jetzt dein Landesrat, wenn ich das so sagen darf, der Finanzlandesrat der Steiermärkischen

Landesregierung das grüne Licht schaltet. Dann können wir morgen beginnen mit allem. Ich hoffe auch, bei der Therme, daß hinsichtlich der Haftung auch einmal ja gesagt wird, weil, was ich gehört habe, gibt es bis heute noch keine fixe Zusage. (Abg. Schrittwieser: „Das stimmt nicht, was du da sagst!“) Danke vielmals! (Beifall bei der ÖVP. – 14.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu einer Berichtigung, der Herr Abgeordnete Schrittwieser.

Abg. Schrittwieser (14.00 Uhr): Es ist unrichtig, wenn du sagst, es wäre schon halb fertig und es könnte schon alles gebaut sein, wenn der Ressel grünes Licht gibt, weil das noch immer im Besitz des deutschen Eigentümers ist. Wie du weißt, darf man auf fremden Grundstücken nicht bauen. Wenn du sagst, es geht trotzdem, dann sagst du hier dem Hohen Haus die Unwahrheit. Entschuldigung. (14.00 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt, meine Damen und Herren, liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wer bitte dem Antrag des Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ferner bitte ich Sie, über einen Entschließungsantrag des Liberalen Forums abzustimmen, betreffend die Umsetzung einer Empfehlung des Landesrechnungshofes dahin gehend, daß die Regierung aufgefordert werden möge, in Zukunft die Aufsichtsratsbezüge von Landesbeamten in Gesellschaften mit Landesbeteiligungen nicht mehr zu übernehmen, sondern im Sinne der Kostenwahrheit, diese Kosten an die jeweiligen Gesellschaften zu überwälzen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

7. Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 1104/1, betreffend den Erwerb von Landesmietwohnungen durch darin wohnende Landesbedienstete.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (14.01 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Zu dieser Regierungsvorlage darf ich wie folgt berichten:

Auf Grund der seinerzeitigen Beschlüsse der Steiermärkischen Landesregierung vom 28. Juni 1992 und des Steiermärkischen Landtages vom 11. Oktober 1992 wurden bisher insgesamt 79 Landeswohnungen verkauft beziehungsweise der Abverkauf in die Wege geleitet.

Im Jahre 1998 wurden die Verkäufe von 14 Landeswohnungen in acht Wohnanlagen beziehungsweise Einzelobjekten finalisiert beziehungsweise in die Wege geleitet.

Ich möchte die einzelnen Mieter, um die es sich hier handelt, aus zeitökonomischen Gründen nicht anführen. Durch den Wohnungsverkauf sind bisher dem Land Steiermark 39,775.691 Schilling zugeflossen, 1998 rund 9,2 Millionen Schilling.

Sieben Wohnungsverkäufe erfolgen im Wege von Ratenzahlungen, dabei fließen jährlich rund 390.000 Schilling zu.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen, der Abverkauf von 14 Landeswohnungen an die Mieter entspricht den Grundsätzen des Beschlusses des Steiermärkischen Landtages vom 25. Mai 1996, weshalb um Annahme ersucht wird. (14.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Korp für seinen Bericht. Es liegt keine Wortmeldung vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Bei den Tagesordnungspunkten 8 bis 12 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese fünf Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

8. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 871/1, der Abgeordneten Schützenhöfer, Bacher, Beull, Dirnberger, Dipl.-Ing. Hasiba, Ing. Mag. Hohegger, Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Dr. Karisch, Ing. Kinsky, Ing. Löcker, Dr. Lopatka, Majcen, Posch, Alfred Prutsch, Purr, Pußwald, Riebenbauer, Straßberger, Tasch, Tschernko und Wicher, betreffend Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen.

Berichterstätter ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Straßberger (14.04 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich bringe den Mündlichen Bericht Nr. 211.

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 13. April 1999 über den Antrag, Einl.-Zahl 871/1, der von Ihnen, Herr Präsident, erwähnten Abgeordneten, betreffend Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ein Gesamtkonzept über die Verwendung der Mittel für das Landesstraßen Sonderbauprogramm für die Erhaltung und Sanierung von Landesstraßen vorzulegen. Ich bitte um Annahme. (14.04 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Berichterstatter. Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 596/1, der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Mitfahrmöglichkeiten mit Schulbussen.

Berichterstätter ist der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (14.05 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat in seiner Sitzung am 13. April 1999 beraten und über den Antrag mit der Zahl 596/1 der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend Mitfahrmöglichkeiten mit Schulbussen, nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, zu ermöglichen, daß die Schulbusunternehmen neben Schülern auch andere Personen mit Schulbussen entlang der festgelegten Wegstrecken gegen ein entsprechendes Entgelt befördern können. Ich bitte um Annahme. (14.06 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichterstatter. Der Vollständigkeit halber möchte ich feststellen, daß zu diesem Tagesordnungspunkt den Mitgliedern des Bundesrates gemäß Paragraph 14 der Geschäftsordnung des Landtages ein Rederecht zusteht. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

10. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1094/1, der Abgeordneten Purr und Straßberger, betreffend Geschwindigkeitsbeschränkung zur Nachtzeit auf der A 9, Pyhrnautobahn.

Berichterstätter ist der Herr Abgeordnete Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (14.07 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur hat am 13. April 1999 über den Antrag 1094/1 der Abgeordneten Purr und Straßberger, betreffend Geschwindigkeitsbeschränkung zur Nachtzeit auf der A 9, Pyhrnautobahn, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Verkehr und Infrastruktur stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um eine Aufhebung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A 9 der Pyhrnautobahn während der Nachtzeit im Hinblick auf die getroffenen Lärmschutzmaßnahmen zu erwirken. Ich bitte um Kenntnisnahme. (14.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Abgeordneten Purr für seinen Bericht. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

11. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 868/9, zum Beschluß Nr. 1037 des Steier-

märkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Alfred Prutsch und Ing. Löcker, betreffend Ausbau der L 208, Perbersdorfer Straße, von Weinburg bis Gosdorf.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (14.08 Uhr): Im Abschnitt Weinburg-Gosdorf ist die Landesstraße L 208 in einem schlechten Zustand, und es fehlen auch Abbiegespuren. Der Bericht sagt, die weiteren Schritte zum Ausbau der L 208 sehen nun folgendermaßen aus:

Von Kilometer 8,30 bis Kilometer 5,150 ist ein Straßendetailprojekt über einen Ausbau der Kreuzung nach Brunnsee mit Abbiegespuren und einen weiteren Ausbau auf 6,0 Meter Fahrbahnbreite durch die Fachabteilung 2a erstellt worden.

Der anschließende Abschnitt Kilometer 5,150 bis Kilometer 0,350 wird auf Grund der einfacheren Geländeverhältnisse nach Maßgabe der finanziellen Mittel laufend ausgebaut. Somit wäre ein durchgehender Straßenausbau mit Geh- und Radweg von Vogau bis nach Gosdorf vorhanden.

Der entsprechende Antrag lautet:

Der Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß 1037 des Steiermärkischen Landtages vom 15. Dezember 1998 über den Antrag der Abgeordneten Alfred Prutsch und Ing. Löcker, betreffend Ausbau der L 208, Perbersdorfer Straße, von Weinburg bis Gosdorf, wird zur Kenntnis genommen. (14.09 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Abgeordneten Löcker für seinen Bericht. Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

12. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 1005/1, der Abgeordneten Pußwald und Rieser, betreffend die Errichtung eines Radweges entlang der Landesstraße L 503 zwischen Spielberg und Fohnsdorf mit Einbindung des A1-Ringes.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Löcker (14.10 Uhr): Die Landesstraße L 503 zwischen Spielberg und Fohnsdorf wird neben dem Pkw- und Lkw-Verkehr auch sehr stark von Motorradfahrern und Radfahrern frequentiert. Zusätzlich kommt es speziell an Wochenenden durch Veranstaltungen am A1-Ring zu extrem hohen Verkehrsaufkommen, wodurch die Sicherheit der Radfahrer stark beeinträchtigt ist.

Da auch eine Nordvariante des Murradweges R 2 überlegt wird, wäre aus diesem Grund der Abschnitt Spielberg-Fohnsdorf vordringlich auszubauen.

Es wird daher der Antrag gestellt, die Steiermärkische Landesregierung wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, ehebidigst für die Errichtung eines Radweges entlang der L 503 von Spielberg nach Fohnsdorf zu sorgen. (14.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Berichterstatter. Den Reigen der Wortmeldungen zu den nunmehr berichteten Tagesordnungspunkten eröffnet der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (14.11 Uhr): Entschuldigung, Herr Präsident, ich habe nicht damit gerechnet, daß ich so rasch an der Reihe bin. Herzlichen Dank dafür!

Geschätzte Damen und Herren des Landtages!

Ich möchte zur Verkehrssituation in der Obersteiermark insgesamt vielleicht einleitend ganz kurz feststellen, daß wir im Westen der Obersteiermark nach langen gemeinsamen Bemühungen mit massiver Unterstützung des Herrn Landesrates Ressel die Situation haben, daß 500 Millionen Schilling für Umfahrung Obdach, Umfahrung Zeltweg-West, Ausbau der B 96, vorerst zwischen Sankt Georgen ob Judenburg und Scheifling, investiert werden. Wir haben die Situation gehabt, daß wir jahrzehntelang die Letzten waren, die in diesen Bereichen, wie es so schön heißt, den Zuschlag erhalten haben. In der Süd- und Oststeiermark war es so, daß man gerade nicht die Weinberge asphaltiert hat. In der Obersteiermark haben wir sehr lange durch die Finger geschaut. Das hat sich in der Zwischenzeit etwas geändert. Wir sind sehr glücklich darüber.

Ich möchte aber auch auf einen Umstand hinweisen, der für uns persönlich im Westen der Obersteiermark, in der Obersteiermark insgesamt, von entscheidender Bedeutung ist, geradezu eine Nagelfrage ist, das ist die Thematik der Öffnung oder Nichtöffnung des Flughafens in Zeltweg, denn für eine prosperierende Wirtschaft ist eine derartige Verkehrseinrichtung für eine Region einfach unverzichtbar. Ich möchte daran erinnern, daß am 20. November 1996 der Landtag hier einen fast einstimmigen Beschluß gefaßt hat, daß die Landesregierung beauftragt wird, an die zuständigen Bundesstellen heranzutreten, um nach Paragraph 62 des Luftfahrtgesetzes beim zuständigen Verteidigungsminister eine Öffnung des bisher ausschließlichen Militärflughafens in Zeltweg für die zivile Luftfahrt zu ermöglichen. Wir warten noch immer darauf. Wir wissen ganz genau, die Militärs in Wien wollen das nicht. Sie wollen sozusagen ihre letzte Bewegungsmöglichkeit, ihr letztes militärisches Spielzeug sich erhalten, nämlich die ausschließliche militärische Nutzung in Zeltweg.

Ich sage Ihnen ganz offen und trocken, eine Region kann ohne eine moderne Verkehrsinfrastruktur mittel- und langfristig nicht überleben.

Es ist ein glatter Nonsens, einen Flughafen in der Obersteiermark zu haben und den im Sinne der Region nicht nützen zu dürfen. Aus Steuermitteln, also aus den Geldern aller, ist erst die neue moderne Werft errichtet worden, mit 1,1 Milliarden Schilling. Es ist nur zu klar, bitte schön, eine derartige Einrichtung im Sinne der Wirtschaft, des Tourismus der Region zu nützen. Einen fertigen, ausgebauten Flughafen mit einer Start- und Landebahn mit einer Länge von 2750 Schilling nicht nutzen zu können – außer einer Concorde kann dort alles starten und landen –, da kann man nicht zur Tagesordnung übergeben. (Abg. Purr: „Du hast zwar Schilling mit Kilometer verwechselt, aber rede weiter, wir wissen, was du meinst!“) Kollege Purr, du kennst dich in der Wirt-

schaft gut aus, aber sicher nicht in der Region. (Abg. Purr: „Es tut mir leid, wenn du von 2750 Schilling sprichst!“) Na gut, dann habe ich mich versprochen, entschuldige, 2750 Meter. Entschuldige, aber ich bedanke mich bei dir, daß du so freundlich bist und mich darauf aufmerksam machst. Ich werde bei dir auch recht gut aufpassen, wenn es dir schon so wichtig ist.

Geschätzte Damen und Herren, für uns ist das ein ganz entscheidendes Thema. Wir werden nie und nimmer aufhören, dieses Thema zu aktualisieren (Beifall bei der SPÖ.), denn das ist möglicherweise für die Zukunft sogar eine Schicksalsfrage. Sie wissen, was Verkehrsfragen im Konzert der europäischen Integration, entsprechende Anbindungen an internationale Verkehrswege, für Standortfragen für eine entscheidende Bedeutung haben. In diesem Lichte kann man auf eine derartige Einrichtung einfach nicht verzichten.

Ich erinnere mich noch sehr gut, daß die Kolleginnen und Kollegen der Freiheitlichen Fraktion – wir wollten im Jahre 1996 als Sozialdemokraten in Kenntnis der Vor-Ort-Situation zumindest eine Öffnung für Geschäftsflüge der Region – vermeint haben, man muß eine generelle Öffnung für die zivile Seite ermöglichen. Das war sogar ein weitergehender Vorschlag, und ich würde mich freuen, wenn die Damen und Herren von dieser Seite des Hauses das auch heute noch in diesem Sinne unterstützen.

Ich sage noch etwas dazu. Wir haben in der Region Betriebe, die im Weltkonzert entscheidende Rollen spielen. Ich erinnere nur daran, daß die VAE Eisenbahnsysteme im Weichenbau Weltmarktführer sind. Ich erinnere daran, daß wir eine Firma AT&S in der Region haben, ein stark expandierendes Unternehmen. Ich erinnere an die Zellstoff Pöls-AG., an die Stahl in Judenburg und so weiter, und so weiter. Es ist für diese Betriebe gegenüber ihren Geschäftspartnern, die in der ganzen Welt zu Hause sind, allemal ein Unterschied, ob man in die Referenzen hineinschreiben kann, daß man einen Flugplatz vor der Haustüre hat oder nicht.

Dazu kommt noch, und ich höre aus jüngster Vergangenheit diese Botschaft, daß der künftige Chef des Flughafens in Graz – weil immer von den Konkurrenzsituationen des nur eine Autofahrtstunde entfernten Flughafens in Klagenfurt und jenes in Graz die Rede war, und daß das nicht gut ist, daß es das nicht spielen wird – sich eine Außenstelle in Zeltweg des Flughafens Graz sehr gut vorstellen kann.

Also wir sehen auch hier ein gewisses Einsehen und können daher schon allein aus dieser Sicht mit mehr Optimismus einer möglichen Öffnung dieses Flughafens entgegensehen.

Außerdem, noch etwas, wir können in der Obersteiermark einfach nicht einsehen, daß es zum Beispiel, was Linz-Hörsching betrifft, ganz klare Absprachen gegeben hat, die möglich waren. Für die Obersteiermark sind diese Absprachen nicht möglich.

Dann sage ich Ihnen noch etwas, 1980 war im Wege eines Bund-Land-Vertrages die Geschichte Öffnung Flughafen Zeltweg bereits vor dem Abschluß. Für den Bund war das überhaupt keine Frage mehr. Damals

wurde es vom Land Steiermark aus Kostengründen verworfen. Inzwischen ist es umgekehrt. Ich erinnere nur daran. So ändern sich eben die Zeiten.

Trotzdem, geschätzte Damen und Herren, wir werden in Zukunft jede sich bietende Möglichkeit als Region nützen, um dieses, wie wir glauben, berechnete, mehr als berechnete Ansinnen im Sinne einer prosperierenden Wirtschaft der Region immer wieder zu thematisieren, bis wir, und davon gehen wir aus, eines Tages unser Ziel erreicht haben.

In diesem Sinne ein herzliches Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 14.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile es ihm.

Abg. Straßberger (14.19 Uhr): Verehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Wir diskutieren heute einen Antrag, der am 9. Juni 1998 eingebracht worden ist und kurz darauf hier einstimmig beschlossen wurde. Es geht um die Sanierung der Landesstraßen in unserer Steiermark.

Der ursprüngliche Antrag für dieses Ansinnen wurde von allen ÖVP-Abgeordneten in diesem Hohen Haus am 10. März 1998 eingebracht, mit dem Inhalt, 500 Millionen Schilling aus den Erlösen betreffend den Verkauf der Hypo-Bank als Sonderinvestitionsprogramm für unsere steirischen Landesstraßen zu verwenden und davon 40 Prozent allein für die Sanierung und Erhaltung.

Wir haben uns auch erlaubt, am 9. Juni 1998 dann eine Auflistung vorzulegen und einen Antrag anzuschließen, wo alle ÖVP-Abgeordneten in der ganzen Steiermark aus allen Regionen versucht haben, wirklich alle – und das darf ich hier feststellen –, nach der Priorität Straßen zu reihen, die in der Reihenfolge zu sanieren wären. Wir kennen die Wintersituation im heurigen Jahr 1998/99, die hat unseren Landesstraßen sehr, sehr zugesetzt, und der Zustand unserer Landesstraßen läßt wirklich zu wünschen übrig.

Es ist dann Ende 1998 gelungen, 125 Millionen aus den Hypo-Erlösen für dieses Projekt flüssig zu machen, und der Rest, das sind noch 375 Millionen Schilling, wobei wir gemeint haben, daß sich diese 500 Millionen Schilling auf 1998, 1999 und 2000 erstrecken sollen, ist noch offen. Das heißt, die 375 Millionen Schilling sind noch freizugeben. Ich habe hier die Protokolle. Am 24. November 1998 habe ich Herrn Landesrat Ressel in diesem Haus ersucht und gebeten, was mit diesen offenen Mitteln ist, wann diese freigegeben werden. Er hat mir als Antwort gesagt, im Winter baut man keine Straßen, ich sollte das wissen. Das habe ich längst gewußt, jetzt haben wir Ende April, bis heute hat sich nichts getan. Am 19. Jänner, laut Protokoll, habe ich wieder gefragt, was mit diesen Mitteln ist. Wir haben damals auch eine Finanzdebatte im Hohen Haus abgeführt. Wie hat der Herr Landesrat von der Regierungsbank aus gemeint? Diese 1,5 Milliarden Schilling aus dem Erlös der Hypo-Bank, aus dem Verkauf der Anteile, dieses Geld hat er nicht. „Dieses Geld habe ich nicht“ wortwörtlich. Unsere Fraktion hat damals auch einen Entschließungsantrag

eingebraucht für einen Zukunftsfonds in der Steiermark, daß wir diese Mittel eben für arbeitsmarktpolitische und wirtschaftspolitische Vorhaben verwenden. Es wurde dies abgelehnt. Im Unterausschuß, betreffend die Obersteiermarkresolution, Resolution Ost- und Südsteiermark, Resolution Großraum Graz und Resolution Weststeiermark, haben wir in allen Bereichen erfahren, daß Priorität Nummer eins bei diesen Resolutionen die Verkehrsinfrastruktur sei. (Abg. Günther Prutsch: „Überall?“) Jawohl, Günther, überall ist es gekommen, die Infrastruktur ist einfach Priorität Nummer eins. (Abg. Schrittwieser: „Das ist es für die ÖVP, für uns ist es Beschäftigung!“) Ja, ja, Siegfried, nur ruhig bleiben. Wir haben hier wirklich alle einhellig festgestellt, ohne ordentliche Infrastruktur hilft alles andere nichts. Ich möchte aber, wenn ich sage ordentliche Infrastruktur, schon dazusagen, wenn hier der Kollege Korp gemeint hat, die Obersteiermark ist in der Vergangenheit hier vergessen worden. Ich möchte nochmals klarmachen, wenn Sie sich das Autobahn- und Straßennetz anschauen vom Wechsel bis auf die Pack, von Mürzzuschlag bis nach Judenburg und von Liezen letztendlich bis nach Straß, ist es, glaube ich, eine großartige Leistung in der Vergangenheit gewesen. Wir streiten eigentlich nur um ein paar Lückenschlüsse, und hier hat es sich einfach gespießt, und es sind einige Vorhaben bereits Realität, und die eine oder andere Lücke, wenn ich das so sagen darf, wird dann in absehbarer Zeit geschlossen. (Abg. Vollmann: „Wir haben einen sozialdemokratischen Verkehrsminister gehabt!“) Ja, ja, Heinz, ich weiß es nicht. Von 1970 bis 1986 ist es bei euch gelegen. (Abg. Vollmann: „Ja, da ist ja das auch alles gemacht worden! Die A 2 und die S 6!“)

Ja, Heinz, Entschuldigung, wir brauchen uns da ja gegenseitig nichts vormachen, aber da sind halt einige Dinge übriggeblieben, und gerade bei uns oben, bitte schön, von Mürzzuschlag bis nach Spital. 1980 sind wir dort bis Mürzzuschlag hingefahren, und dann ist die zweite Röhre beim Ganzsteintunnel und der Lückenschluß Spital eben übriggeblieben, da wart ihr dabei, da habt ihr die Alleinverantwortung in Wien gehabt. (Abg. Vollmann: „Da hat der Schüssel verzögert. Erinner dich daran!“) Heinz, wir brauchen uns das nicht vorwerfen, weil wir wissen an und für sich eh alles, die Schuldzuweisung ist hier, glaube ich, sicherlich nicht das Richtige.

Das heißt, grundsätzlich hat es geheißen, die Mittel von 375 Millionen stehen nicht zur Verfügung. Im „Standard“ am 18. März lese ich Gott sei Dank, sehr erfreulich: „Goldregen über Obersteiermark, 1500 neue Jobs zwischen Mur und Mürz in drei Jahren, Mittel aus Landes-Hypo-Verkauf.“ Alles super, überhaupt keine Frage. Wir warten, wir unterstützen jedes einzelne Projekt, wir warten jetzt nur, bis diese Mittel dann auch dort hinkommen in die Obersteiermark, diese Milliarde. Soweit man das verfolgen kann, an Projekten ist hier bis jetzt reichlich wenig vorhanden, das möchte ich hier auch klar sagen. Wenn für die Obersteiermark diese Milliarde frei ist, dann müßten meines Erachtens auch die 375, sprich 185 für 1999 und 2000, für unsere Landesstraßen freigegeben werden und letztendlich diese Projekte auch umgesetzt werden.

Im letzten Verkehrs-Ausschuß haben wir uns bereit erklärt, diese Auflistung, die dem Antrag angeschlossen worden ist, letztendlich abzukoppeln. Und wenn man diesen Mündlichen Antrag hier genau verfolgt, dann heißt es: Die Verwendung der Mittel für das Landesstraßensonderbauprogramm für die Erhaltung und Sanierung der Landesstraßen ist vorzulegen. Und ich ersuche, weil ich ein höflicher Mensch bin, Herrn Landesrat Ressel wiederum, daß diese Vorlage oder diese Auflistung umgehend in den Landtag gebracht wird.

Letztendlich muß ich sagen, daß eigentlich das Thema Landesstraßenbau, -sanierung oder wie auch immer, ich hoffe, ich beleidige jetzt niemand, unseren Landesrat Ressel ja gar nicht einmal sonderlich interessiert, weil letztendlich ist er ja nicht hier. (Abg. Dr. Flecker: „Das hängt immer vom Redner ab!“) Ich weiß schon, wenn Sie ans Pult gehen, gehen meistens alle hinaus, das ist das Problem Herr Doktor. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn Sie es nicht verstehen, dann ist das Ihr Problem!“) Wir brauchen uns da nicht gegenseitig etwas vorwerfen, das bringt ja an und für sich nichts, deswegen werden unsere Landesstraßen auch nicht besser.

Aus einer Pressemeldung konnte man erfahren - vom Landesrat Ressel -, daß er 350 Millionen Schilling für die Landesstraßen zur Verfügung stellt. Ich möchte klar darauf aufmerksam machen, das sind jene Budgetmittel, die im Budget festgehalten sind, und nicht Mittel, die außerhalb des Budgets fließen sollen, die wir an und für sich letztendlich fordern.

Meine Bitte nochmals, daß diese Auflistung umgehend passiert und daß zumindest diese restlichen 375 Millionen Schilling in den nächsten beiden Jahren für die steirischen Landesstraßen verwendet werden.

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich noch zum Punkt 9 kommen. Und da möchte ich schon eine Anmerkung bringen. Wir haben das letzte Mal im Verkehrs-Ausschuß beschlossen, betreffend Mitfahrmöglichkeiten bei den Schulbussen, hinsichtlich der Kindergartenkinder und betreffend der Lehrlinge. Dann ist ein Antrag oder ein Vorschlag gekommen, man soll einfach jeden Menschen mitnehmen, der dort steht und mitfahren will, und der soll ein Fahrgeld zahlen. Ich habe dort den Kopf schon hineingesteckt, das ist wirklich ein Lachkabinett - entschuldigen Sie vielmals. Wir wissen ganz genau, daß hier bei der Beförderung von Schulkindern eine Strecke gemietet wird, und hier gibt es kein Fahrgastentgelt. Und wenn Sie die Ausführungen oder die Stellungnahmen von der zuständigen Finanzlandesdirektion zu diesem Ansinnen gehört haben, dann ist das wirklich sehr bedauerlich. Man müßte sich wirklich die Vorlagen besser anschauen, und letztendlich steht es in der Vorlage ausdrücklich drinnen, daß solche Personen nicht befördert werden dürfen. In der Zwischenzeit hat Bundesminister Martin Bartenstein das aufgemacht, daß auch die Lehrlinge - er hat wortwörtlich den Passus hineingenommen „Personen, die in Ausbildung sich befinden, sind mit den Schulbussen mitzunehmen“ - die Möglichkeit haben, dort mitzufahren. Ich glaube, das ist eine gute Sache. Und zum nächsten glaube ich auch, daß jene Jugendlichen dort mitfahren können sollen, die ein Berufs- oder auch ein Pflicht-

praktikum ausüben müssen und letztendlich nicht mit dem Postautobus oder dem ÖBB-Autobus fahren müssen.

Das ist ja dann der Tagesordnungspunkt 12 oder 13, glaube ich, daß das auch hier geregelt wird, daß jene Jugendlichen, die ein Berufspraktikum absolvieren, mitfahren können.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, bitte ich Sie sehr höflich, dem Mündlichen Bericht und diesem Antrag vom 9. Juni 1998 zuzustimmen, daß endlich einmal unsere Landesstraßen in einen Zustand kommen, der einfach notwendig ist.

In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 14.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Klubobfrau Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (14.32 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte leere Regierungsbank, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

So eine Verkehrsdebatte im Landtag zeigt wieder, wie die Geschäftsordnung ausschaut beziehungsweise zu welchen Themen man sich verkehrspolitisch positionieren kann. Wir haben heute die Möglichkeit, heiß zu diskutieren über die Prebersdorfer Straße im Abschnitt von Weinburg bis Gosdorf. Wir haben heiß zu diskutieren über eine Investition im Straßenerhaltungs- oder Straßensanierungsbereich von einer halben Milliarde oder einer Milliarde – da gibt es ja sehr unterschiedliche Zahlenfestspiele, wenn man so den ÖVP- und den SPÖ-Rednern zuhört und das mit der Regierungsvorlage zahlenmäßig gegenüberstellt.

Wir sind als Landtag aber nicht damit befaßt worden, dank Ihnen, weil Sie unsere Dringliche Anfrage verhindert haben, daß man in der Ennstalregion die geplante ennsnahe Trasse verschärfen möchte, ausbauen möchte auf eine vierspurige Autobahn, nach einem Konzept der GSD-Studie, die Farnleitner präsentiert hat, beziehungsweise anders sieht es zum Glück der Master-Plan von Einem.

Das nur ganz kurz als Vorspann zu diesen vier Tagesordnungspunkten.

Zurückzukommen auf die Regierungsvorlage, es ist eine der angeführten Straßen uns bereits bekannt, auch der Staatsanwaltschaft bekannt, das ist die Sölkpaßstraße, weil im Rahmen der Sanierung der gesamten Sölkpaßstraße das Baukartell in der Steiermark aktiv gewesen ist, mehrfach aktiv gewesen ist.

Das ist eine Motivation für uns, daß wir einen Antrag einbringen zusammen mit dem Liberalen Forum, der erfreulicherweise auch von der SPÖ unterstützt wird, vom Verkehrssprecher Schrittwieser, betreffend Prüfung von Straßenerhaltungs- und Straßensanierungsmaßnahmen durch den Landesrechnungshof.

Angesichts der Tatsache, daß ein Baukartell im Bereich von Straßensanierungen offenbar seit Jahrzehnten in der Steiermark tätig ist, bedarf es besonderer Vorsichtsmaßnahmen bei Straßenbauprogrammen.

In diesem Zusammenhang wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Der Landesrechnungshof prüft stichprobenartig die im Antrag, Einl.-Zahl 871/1, angeführten Erhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen für steirische Landesstraßen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wir werden in ungefähr zwei, zweieinhalb Monaten das Budget für das Jahr 2000 beschließen. Bei Ihnen am Tisch liegt heute der Rechnungsabschluß 1998, wo man gewaltige Budgetüberschreitungen im Bereich von Straßensanierungen und der Siedlungswasserwirtschaft sieht – das hat ja schon Tradition. Wenn diese gewaltigen Ausgaben schon getätigt werden, dann wünschen wir uns, daß da eine strikte Kontrolle und ein „Baukartellcheck“ durchgeführt wird. Eine Variante dafür wäre – ein erster Schritt –, daß man den Landesrechnungshof stichprobenartig damit beauftragt. Das ist etwas, was im Rahmen von Straßensanierungen, Straßensanierungen, Straßensanierungen ohnehin durchgeführt wird. Wir wünschen uns das für das vorliegende Programm. Ich ersuche Sie um Unterstützung dieses Antrages, wie es das Liberale Forum und die SPÖ bereits gemacht haben. Danke schön! (14.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Schreiner. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Schreiner (14.36 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte mich gerne zum Tagesordnungspunkt, der sich mit den Mitfahrmöglichkeiten in Schulbussen befaßt, zum Wort melden, aber doch noch vorher auf die Wortmeldungen meiner Vorredner eingehen.

Herr Abgeordneter Korp – er ist jetzt nicht da – hat sich eingehend mit der Problematik Flughafen Zeltweg befaßt. Er war auch so fair und hat gesagt, daß wir Freiheitlichen – auch schon vor längerer Zeit – einen weitergehenden Beschluß eingebracht haben, der sich mit der grundsätzlichen Öffnung dieses Flughafens auseinandersetzt und diese haben will. Ich frage mich aber, warum wird das vom Herrn Abgeordneten Korp jetzt hier diskutiert, warum wird noch einmal mit der Zahl 1157/1 ein gleichlautender Antrag eingebracht? Es liegt ja bei Ihnen, Sie sind ja in der Koalition auf Bundesebene. Ihr Bundeskanzler heißt Klima, der Verteidigungsminister heißt Fasslabend, gehört nicht zu Ihrer Fraktion. Die Geschichte liegt seit 30 Monaten in Wien. Da ist das Problem in den Griff zu bekommen, nicht hier. Es ist sinnlos, immer wieder gleiche Anträge zu stellen und nicht auch wirklich zu den richtigen Stellen vorzudringen, und in Ihrem Falle zu Ihren Parteifreunden vorzudringen, um eine Änderung herbeizuführen, eine Verbesserung für die Region.

Ganz kurz noch zu den Worten des Herrn Abgeordneten Straßberger. Er hat die Schulbusproblematik kurz gestreift und hat mitgeteilt, daß jetzt für Lehrlinge und Auszubildende durch den Herrn Familienminister Bartenstein diese Regelung gelöst wird und diese Regelung gelockert wird. Ich komme dann wieder darauf zurück. Zu meinen eigentlichen Ausführungen, betreffend Mitfahrmöglichkeit, ist nicht viel anderes zu sagen, auch durch diese teilweise Öffnung nicht.

Frau Kollegin Zitz – auch nicht da, es ist immer ergreifend zu reden, wenn niemand da ist, zum Thema –, Ihr Antrag, betreffend Prüfung von Straßenbauvorhaben durch den Landesrechnungshof, ist überflüssig. Der Landesrechnungshof hat jetzt und schon immer die Möglichkeit gehabt, Straßenbauvorhaben des Landes – das ist eine Landessache, wird mit Landesmitteln errichtet – zu prüfen. Folgedessen kann man nicht den Landesrechnungshof noch einmal sinnhaft auffordern, das zu tun, was er sowieso schon tut.

Zum eigentlichen Thema, das ich anschnitten wollte, der Mitfahrproblematik in Schulbussen. Wir haben einen Antrag eingebracht, der sich mit der Mitfahrmöglichkeit von Nichtschülern in Schulbussen beschäftigt. Die Landesregierung hat sich damit beschäftigt, hat recherchiert und festgestellt, daß dies nicht möglich ist, weil rechtlich betrachtet die Schülerbusse vom Familienministerium – wieder Bartenstein – gemietet werden, weil hier ein Mietverhältnis zwischen dem Staat und einem Unternehmen besteht, aber nur einem geschlossenen Teilnehmerkreis – in diesem Fall eben den Schülern – zugute kommen kann. Daher dürfen andere Fahrgäste nicht befördert werden. Die Landesregierung führt am Schluß aus, daß aber sehr wohl die Mitfahrmöglichkeit für Nichtschüler durchaus im Interesse der Bevölkerung sein könnte. Das, was die Landesregierung ausführt, ist positiv, bewirkt aber noch lange nichts. Das ist für uns ein Synonym. Was zeigt uns das? Das zeigt, daß in diesem Land langsam alles schon zu kompliziert wird. Wir sind eine gesetzgebende Körperschaft, aber auf Grund der geltenden Gesetze und Verordnungen nicht in der Lage, eine rasche und positive Änderung herbeizuführen.

Gesetze vereinfachen, vor allem endlich einmal beginnen, Gesetze abzuschaffen, wenn nicht mehr sinnvoll, Verordnungen vereinfachen, Erlässe auf Sinnhaftigkeit überprüfen. Das ist gefragt. Die Gesetzgebung und die Verwaltung zu vereinfachen, zu reformieren, dann kommen wir mit unserem Wollen für die Mitbürger in diesem Land einfacher und schneller zum Ziel. Und das fordern wir. Nur fordern wir das bis zum heutigen Tage – und ich glaube, seit zwanzig Jahren – vergeblich. Ich habe unlängst den Antrag von Kollegen gelesen. Da steht drinnen, die Landesregierung möge dafür Sorge tragen, daß die Schlaglöcher auf der Landesstraße Nummer sowieso ausgebessert werden. Meine Damen und Herren, es kann nicht Belang des Landtages sein, sich mit der Arbeit des Straßenmeisters zu beschäftigen. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Vollmann: „Weil das müssen die Straßenmeister wohl selber wissen!“) Wir fordern deswegen Schritte, echte Reformen, ein. Herr Kollege, du hast Applaus gespendet, das freut mich. Aber ihr seid die Mächtigen im Land seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten. (Abg. Vollmann: „Weißt du, die machen sich es nämlich einfach. Das soll die Politik machen, das geht uns nichts an. Das ist nämlich die Einstellung!“) Also noch einmal, wenn ein Landtagsabgeordneter – und das ist in diesem Fall wirklich Gegenstand – einen Antrag schreiben muß, daß auf der Landesstraße – ich weiß die Nummer jetzt nicht – die Schlaglöcher ausgebessert werden sollen, ich glaube, das ist wirklich nicht unsere Aufgabe. Aber noch einmal, die Mächtigen in unserem Land, um

dieses Wort zu gebrauchen, eigentlich wird diese Wortschöpfung sehr oft von Dr. Wabl gebraucht, den ich ansonsten nicht zitieren möchte, sie müßten die Schritte setzen zu diesen Reformen. Herr Kollege, du hast geklatscht. Klatschen ist zu wenig, Schritte setzen, etwas tun, etwas ändern, etwas bewegen in diesem Land. (Abg. Vollmann: „Ja, ich fahre mit dir zu den Straßenmeistereien!“) Nein, das ist es nicht. Zu den Straßenmeistern zu fahren, das ist nicht der richtige Schritt. Der Schritt ist das, was wir vorher gesagt haben, Gesetze entrümpeln, Verordnungen ändern, Erlässe abschaffen, das ist das wahre Problem hier. (Abg. Vollmann: „Was hat das mit dem Gesetz zu tun, daß die Straßenmeister die Löcher zumachen? Das muß man erläutern!“) Damit sollte sich der Abgeordnete beschäftigen, nicht mit Schlaglöchern, ist die Aussage. Wir brauchen kein Schlagloch-Abschaffungsgesetz, das brauchen wir nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Ja, warum nicht? – Abg. Schrittwieser: „Schlaglöcherabgeordnete brauchen wir keine!“)

Kurti, ich traue dir das noch zu, daß du ein Schlagloch-Abschaffungsgesetz hier auch noch einbringst. Ich traue dir das zu. Meine Damen und Herren auf den Abgeordnetenbänken, wenn Sie sich damit zufriedengeben – und jetzt sage ich es noch einmal –, sich mit der Ausbesserung von Schlaglöchern zu beschäftigen, dann geben Sie in Wirklichkeit als gesetzgebende Körperschaft auf. Das sollen Sie nicht! Gerade jetzt, in unserem größeren wirtschaftlichen Umfeld und unserem großen, sehr problematischen politischen Umfeld brauchen wir ein starkes Landesparlament. Wir brauchen eine gute gesetzgebende Körperschaft, die sich etwas freundlicher und besser behandelt, als es derzeit ÖVP und SPÖ gegenseitig tun. So kann man ja nicht miteinander umgehen. Dreieinhalb Jahre Zusammenarbeit, und dann so häßliche Worte. Wir brauchen ein ordentliches Landesparlament, das die Regionen in Österreich und in Europa – das sind wir schon einmal – vertritt! (Beifall bei der FPÖ. – 14.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu Wort gemeldet ist jetzt der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile es ihm.

Abg. Schrittwieser (14.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Verkehrsdebatten sind bei uns immer interessant, weil wir immer wieder darauf zu sprechen kommen werden, wie man etwas schneller macht, etwas langsamer macht. Aber bevor ich dann auf das eingehe, was der Kollege Straßberger gesagt hat, warte ich noch ein bißchen, bis er kommt, weil so ernst kann ihm die Sache nicht sein. Aha, da hinten steht er ja. Seinen Angriff auf den Landesrat hat er vorgetragen, hat aber damit nichts bewirkt. Es ist eigentlich schade darum.

Ich möchte aber einleitend schon zu einem Thema sprechen, das hier schon angeschnitten wurde, das ist die Mitfahrmöglichkeit bei Schulbussen. Meine Damen und Herren, ich bin jetzt das zwölfte Jahr im Landtag, und seit ich da bin diskutieren wir dieses Thema, also neu ist es nicht mehr. Und es gibt eigentlich keine einzige Fraktion, von den Grünen, Freiheitlichen, ÖVP und uns, wo wir nicht alle einmal die Auffassung vertreten hätten, daß es völlig unverständlich

ist, daß die Mitfahrmöglichkeit für Leute, die nicht Schüler sind, nicht gegeben ist. Meine Damen und Herren, der Schulbus kommt, da steht jetzt ein Kindergartenkind, eine ältere Dame und ein Herr oder ein Lehrling, der Schulbus faßt 50 Personen, aber mitfahren dürfen nur die zehn Kinder, die nächsten 40 Plätze bleiben frei, und die anderen, die keine Mitfahrmöglichkeit haben, weil sie keinen Pkw haben, weil sie keinen Führerschein haben, weil sie noch keinen haben, oder nicht mehr haben, oder nicht mehr fahren dürfen, oder krank sind, die dürfen da nicht mitfahren. Das kannst du ja wirklich niemandem – wie man so schön sagt, von der Wiege bis zur Bahre – erklären, daß das nicht geht. Ich glaube, wir sollten uns wieder einmal deutlich artikulieren als Landtag, und ich bin froh, daß das passiert ist. Freunde, das hat kein politisches Mascherl, die Regierung oder jene Regierung. Diese Argumente die da immer kommen, ja, da kommen wir mit dem Finanzministerium in Schwierigkeiten, und, und. Meine Damen und Herren, das ist alles ein Blödsinn, das versteht keiner mehr. Ich muß euch sagen, ich verstehe das auch nicht mehr, daß man hier auch von seiten der Beamtenebene nicht eine Verordnung erlassen kann, daß bitteschön, wenn er die Fahrt ohnedies zahlt, daß er da nicht mitfahren kann. Und da glaubt uns kein Mensch mehr etwas. Die Bevölkerung lacht schon, wenn du als Politiker dieses Thema mit Betroffenen diskutierst, und sie sagt, geh' hört auf mit diesem Blödsinn, weil, daß der Bus leer fährt und ich darf nicht mitfahren, das ist für mich völlig unverständlich. Ich hoffe, daß dieser Vorstoß heute, wo der Landtag einen Appell an die zuständigen Bundesverantwortlichen richtet, zu einer Lösung führt.

Und ich möchte jetzt sehr gerne, weil das natürlich nicht so sein kann, daß man etwas, was in zehn Monaten nicht passiert ist, sich in zehn Monaten schon dreimal da herstellt, wie der Kollege Straßberger das tut, und sagt, na, was da der Ressel macht, da geht nichts weiter, da ist nichts, und da passiert nichts, und jetzt haben wir beschlossen, und jetzt bauen wir gar nicht.

Kollege Straßberger, ich möchte dir etwas vorlesen. Das, was ich dir jetzt vorlese, das ist wieder zu lange, so lange soll das nicht dauern. Ich lese dir folgendes vor. Ich rufe in Erinnerung – und ein Landtag ist eben ein politisch zusammengesetzter Kreis, und da versucht halt jeder, die Versäumnisse der anderen in den Vordergrund zu stellen, das ist auch legitim –, was es betreffend Versäumnisse gibt. Du hast etwas in drei Monaten gewollt, was unmöglich ist. Es gibt eine Studie – sie kommt nicht von mir – im Auftrag der Steiermärkischen Landesregierung, die EMPIRIKA, und dann gibt es die ROSINAG-Studie, die eine 1995, die andere 1998, wo dann drinnensteht, und ich zitiere wörtlich: „Zwei Studien illustrieren die infrastrukturelle Benachteiligung der Steiermark. Die österreichische Raumordnungsstudie weist darüber hinaus auf Großprojekte hin“ und so weiter. Und dann gibt es die Ergebnisse, und ich rufe in Erinnerung, daß das Verkehrsressort, ob Straßenbau oder öffentlicher Verkehr, soweit ich weiß seit 1945 bis 1995 oder Anfang 1996 im Ressort der ÖVP war, und zum Schluß war das sogar die Frau Landeshauptmann, die das Ressort geführt hat. Und da gibt es Ergebnisse. Ich

schneide das nur an, weil du gemeint hast, wie schön das alles war. In dieser Studie schreibt man: „Die Erreichbarkeit der steirischen Bezirke insgesamt ist bis auf wenige Ausnahmen eher ungünstig. Seit 1955 hat sich insbesondere die Position der Zentralräume verschlechtert. Die wenigen Verbesserungen sind auf österreichische Verbesserungen der Infrastruktur zurückzuführen.“ Zitat Ende. Nächstes Zitat: „Bezüglich des öffentlichen Verkehrsnetzes ist die Erreichbarkeit der steirischen Bezirke ebenfalls ungünstig. Der Ausbau des österreichischen Teiles der gesamt-europäisch wirksamen Pontebennaachse würde hier eine deutliche Verbesserung bringen.“ Weiters: „Die Erreichbarkeit der steirischen Bezirke hat sich auch im modernisierten Individualverkehr seit 1955 nicht entscheidend verbessert.“

Meine Damen und Herren, wenn ich 40 oder 50 Jahre hindurch die Hauptverantwortung für öffentlichen Verkehr und Straßenverbau in diesem Lande trage und mich dann nach zehn Monaten herstelle und sage, der Ressel, obwohl es einen Beschluß gegeben hat, legt keine Projekte vor und baut nicht, dann ist das ein Hohn. Ich stelle fest, meine Damen und Herren, daß seit 1996 – und der wirklich die Sache ernst und ehrlich nimmt, wird es nicht in Frage stellen –, daß seit der Übernahme des Ressorts durch den Landesrat Ressel es im Verkehrsbereich einen Innovationsschub und eine Verbesserung der Strukturen gegeben hat, wie in den letzten 50 Jahren nicht. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Straßberger: „Gestattest du eine Frage?“)

Kollege Straßberger, du neigst halt dazu, ich stelle mich da her, ich schmeiße ein bißchen einen Dreck rüber, ein bißchen etwas wird schon hängenbleiben.

Das wird es nicht geben. Diese Studie beweist, daß in Wirklichkeit die Frage nie ernsthaft angegangen wurde. (Abg. Straßberger: „Eine Frage!“)

Eines sage ich dir auch noch, weil du die Liste von 500 Millionen – laß mich ausreden, bitte. (Abg. Straßberger: „Warum wehrst du dich gegen die 500 Millionen, du mußt doch dafür sein!“)

Laß mich dann zum Schluß kommen. Ich muß ja nur, indem du die Leistungen des Ressel in Frage stellst, in Erinnerung rufen, daß überparteiliche Studienersteller im Auftrag der Landesregierung – einstimmiger Auftrag – feststellen, daß nichts war.

Wenn ich den Verkehrsverbund hernehme, wenn ich den Straßenbau hernehme, wenn ich den öffentlichen Verkehr hernehme, Freunde, den habt ihr vor euch hingetragen und habt nichts weitergebracht. Und jetzt sind wir hier auf einem guten Weg.

Ich wehre mich nicht gegen die 500 Millionen, meine Damen und Herren, ich stelle hier fest, natürlich sind diese 500 Millionen für Straßenerhaltung, -sanierung und so weiter einzusetzen.

Und natürlich gibt es eine vom Land Steiermark beschlossene Prioritätenliste, wo man schauen muß, was ist wichtiger, was ist weniger wichtig. Aber es kann nicht so sein, wenn ich das beschließe, daß ich zwei Monate später sage, und jetzt fährt die Baumaschine. (Abg. Straßberger: „Das waren aber schon fertige Projekte!“) Wir haben 125 Millionen, lieber Freund, bereits in den ersten Monaten in Schwung gebracht und umgesetzt. Im Jahr 1998, bitte zehn Monate, rechne nach, in zehn Monaten vom Beschluß

Projekte auswählen, Projekte baufähig zu machen, 125 Millionen. Und die nächsten werden folgen. Natürlich werden sie folgen. Aber eines machen wir nicht, einen Pusch, so wie das lange bei euch passiert ist, von der Gießkanne, da ein paar Stimmen, da ein paar Stimmen, da ein paar Stimmen, sondern wir werden nach Prioritäten, nach Wichtigkeit die Projekte auswählen und dem Landtag dann auch vorlegen.

Wenn du sagst, lieber Freund, da geht alles zu langsam, die Verkehrspolitik eurer Verantwortung ist nur die eine Liste. Schau sie dir einmal an, da geht es um das, da geht es um das. Da sind noch keine Neubauten drinnen, sondern nur Sanierungen, und da geht es noch gar nicht um den öffentlichen Verkehr.

Ich meine, das Verkehrsressort ist auf einem guten Weg, und man tut ihm überhaupt nichts Gutes, wenn man jetzt draufkommt, wie man es selber auch machen hätte können, daß man das alles schlecht macht.

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, bin ich auch für die rasche Sanierung unserer Straßen. Alle haben wir es dringend notwendig, alle wissen wir die Dringlichkeit, aber ich kann nicht das Unmögliche innerhalb von ein paar Monaten verlangen. Es wird in den nächsten Monaten sicherlich der Landesrat die nächsten Projekte, die nächsten 125 Millionen, 150 Millionen vorlegen. Wir werden genauso rasch weiterkommen, wie das seit 1996 der Fall ist, weil wir haben das Verkehrsressort von einem schlafenden und ruhenden zu einem innovativen und erfolversprechenden Ressort gemacht.

Es ändert nur eines, früher habt ihr die Verantwortung gehabt, jetzt wir. (Beifall bei der SPÖ. – 14.56 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zur Geschäftsordnung zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wabl. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (14.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich selbst habe wochenlang und mit sehr viel Intensität an der Novelle der Geschäftsordnung teilgenommen. Der Hofrat Anderwald war dort auch sehr verdient. Wir haben uns alle bemüht, dazu beizutragen, daß Leben in die Diskussion hier kommt. Vor allem haben wir auch überlegt, wie es möglich ist, daß Damen und Herren von der Regierung auch teilnehmen, zumindest das zuständige Regierungsmitglied. Das soll ja angeblich seinen Sinn haben. Ich möchte nicht nur in der Zeitung darüber lesen, jeden Tag, je näher die Wahlen kommen, was mir besonders auffällt.

Wir beschließen zwar da hier, daß wir eine Wohnung verkaufen um eine Million oder nicht einmal das, aber wenn ich die Millionen zusammenzähle, die in den letzten Tagen und in den letzten Regierungssitzungen verbraten und versprochen worden sind, dann kommt mir die Galle hoch. Meine Galle ist sehr unempfindlich, aber ich habe schon Gallenreizung in letzter Zeit. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Zum Thema, Kollege Wabl!“) Ich komme schon zum Thema.

Da gibt es eine Geschäftsordnung, die nach Paragraph 12 verlangt, daß bei jedem Geschäftsstück das zuständige Regierungsmitglied anwesend ist oder der Vertreter.

Das ist nicht der Fall, daher stelle ich den Antrag, dafür Sorge zu tragen, daß das zuständige Regierungsmitglied anwesend ist. Ganz einfach!

Ich bitte, entsprechende Maßnahmen und Konsequenzen hier zu ziehen und dafür Sorge zu tragen, daß zumindest das Regierungsmitglied das hört, was wir zu dem Thema zu sagen haben. Presse ist eh keine mehr da, weil die kommen erst wieder bei der Dringlichen. Es ist der Herr Ressel diesmal, den ich persönlich sehr schätze. Aber ich erwarte mir, daß zumindest das zuständige Regierungsmitglied anwesend ist, und ich stelle diesen Antrag. (Abg. Dr. Flecker: „Martin, du weißt, daß in der Geschäftsordnung steht ‚oder ein von ihm nominiertes Vertreter!‘“) Bist du der Vertreter von ihm? (Abg. Dr. Flecker: „Ist keiner da. Nein, nein, du hast schon recht!“) Bist du der Vertreter von ihm? (Abg. Dr. Flecker: „Nein! Du weißt ganz genau, was in der Geschäftsordnung steht. Wenn du einen Antrag formulierst, dann formuliere ihn, daß er der Geschäftsordnung entspricht!“) Habe ich da hier gesagt. Ich habe gesagt, oder einen Vertreter. (Abg. Dr. Flecker: „Ach so, das habe ich dann nicht gehört. Entschuldige!“) Kurtl, du hörst mir nicht immer zu, das weiß ich.

Das ehrt dich, weil du denkst dir, alles, was ich sage, ist nicht sehr interessant. Aber in dem Fall habe ich gewußt, was du sagen wirst, daher habe ich wohlweislich mich vorher besprochen und habe den genauen Wortlaut hier zitiert.

Daher bitte ich, entsprechende Veranlassungen zu unternehmen und dafür Sorge zu tragen, daß der gesetzmäßige Zustand hier wieder hergestellt wird. Danke! (14.59 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren, wir kommen nun zur Abstimmung über den soeben gehörten Antrag. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antragsteller zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Ich bitte, dafür Sorge zu tragen, daß der zuständige Landesrat oder einer seiner Vertreter hier Platz nimmt.

Ich nehme an, daß wir auf Grund der drastischen Tagesordnung oder dramatischen Tagesordnungspunkte, die wir in diesem Paket zusammengefaßt haben, bis zu dem Eintreffen wohl mit der Debatte fortfahren können, und ersuche den Herrn Abgeordneten Purr um seine Wortmeldung. (Abg. Dr. Wabl: „Was ist, wenn er nie kommt?“) Er ist schon unterwegs.

Abg. Purr (15.00 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe eigentlich die Absicht, einiges zu sagen zu diesen Höchstgeschwindigkeiten auf der A 2, aber vielleicht eines vorweg, weil hier der Kollege Schrittwieser in einer Polemik sondergleichen so getan hat, als ginge es darum, wer macht etwas, jetzt und rasch und schnell. Wir haben volles Verständnis dafür, daß diese Arbeit eine große ist, daß diese Bauvorhaben natürlich auch einer nicht nur Planungs-, sondern auch einer Realisierungsphase bedürfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin überzeugt davon, daß alle Referenten seit 1945, Nachkriegszeit, sich redlich bemüht haben, immer der Zeit entsprechend, den Anforderungen gerecht zu werden.

Denn eines steht ja bitte fest, denken wir nur daran, was die Steiermark alles tun mußte, damit wir den Ausbau der Autobahn Graz–Wien bekommen haben. Nur an diesem Beispiel sieht man, was alles getan wurde, und jetzt lenken wir von allen anderen Kleinigkeiten ab. Und das Gleiche gilt auch heute. Ich bin überzeugt davon, daß Herr Landesrat Ressel auch bemüht sein muß, seiner Aufgabe gerecht zu werden, und daß er wahrscheinlich noch vor den nächsten Landtagswahlen auch die Verkehrskonzepte für die Steiermark vorlegen wird. Ich bin überzeugt davon, daß das kommt und daß man es ihm nicht nachsagen muß. Und, lieber Kollege Schrittwieser, das kann es wohl nicht sein, daß man sich hier herstellt und von einer Gemeinsamkeit spricht und von einer gemeinsamen Landespolitik spricht, wenn es primär nur darum geht, polemisch zu sein und jedenfalls dieses Wollen nicht unterstreicht durch deine Vorgangsweise und durch deine Handlungen, A. B, ich kann mir – (Abg. Schrittwieser: „Geh, gib' Ruhe!“) Herr Kollege, wir wissen aber auch, daß jeder Topf seinen Boden hat, wir wissen aber auch, daß verschiedene Arbeiten und einfachste Arbeiten ihrer Erledigung harren, weil wir als Abgeordnete sehr wohl wissen, daß die Mittel eben in diesem Ausmaß nicht vorhanden sind, daß man alles zugleich machen kann, Beispiel die Asphaltierungen Schröttener Straße und so weiter. Ich bin überzeugt davon, daß man das Bestmögliche tut. Vor allem sage ich das deshalb, weil ja die Erfordernisse ständig andere sind. Der Individualverkehr ja in einem Ausmaß zunimmt, daß das alles nicht vorhersehbar ist. Das gilt auch für andere Dinge, deshalb verstehe ich diese Polemik überhaupt nicht, und schon gar nicht jene, die der Kollege Korp hier an den Tag legt, bezüglich der Öffnung des Militärflughafens Zeltweg. Aber ich muß feststellen, er hat scheinbar von militärischen Einrichtungen keine Ahnung und auch keine von zivilen, denn eines steht fest, wenn man diesen Flughafen öffnet, dann ist Vorsorge dafür zu treffen, daß es einen zivilen Luftverkehr gibt, daß der auch ordnungsgemäß abgewickelt wird. Daß dort natürlich auch zusätzliche Investitionen notwendig sind. Es ist ja nicht gleich so, daß man eine Genehmigung erteilt und sagt: und ab morgen landet ihr. Und wer überwacht das, und wer kontrolliert das? Und Militärflughafen – bitte, wenn man das Militär nicht haben will und hier vom militärischen Spielzeug spricht, so soll man sich offen dazu bekennen, die Demokraten in diesem Land sind so weit, daß sie das entscheiden werden, wo sie mithalten und wo man zur Landesverteidigung steht und wo nicht. Jedenfalls, meine Damen und Herren, wir stehen dazu und wir sind stolz, daß es dieses Österreiche Bundesheer gibt, zu dem wir uns bekennen, und wir hoffen sehr wohl, daß es in Zukunft auch die Mittel gibt, daß unsere Soldaten und unser Militär auch entsprechend ausgestattet sind, um im Falle eines Falles der Aufgabe einer Landesverteidigung gerecht zu werden. So weit, so gut.

Nun zum Thema bezüglich der Pyhrnautobahn. Ich freue mich eigentlich, daß dieser Antrag unsererseits, von Straßberger und von mir, dazu geführt hat, daß wir

darüber diskutiert haben, nämlich daß es auf Dauer nicht möglich ist, zwischen 22 Uhr und 5 Uhr früh eine Höchstgeschwindigkeit bei Lastkraftfahrzeugen mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 7,5 Tonnen von 60 Stundenkilometern zu überwachen. Bitte, undenkbar. In der Zwischenzeit sind erfreulicherweise Lärmschutzmaßnahmen getroffen worden, und die Diskussion, Tafeln zusätzlich, damit jeder, der plötzlich auf der A 9 fährt, weiß, woran er sich zu halten hat, haben eigentlich dazu geführt, daß wir uns zu einem gemeinsamen Antrag hier entschlossen haben, daß nämlich diese Geschwindigkeitsbeschränkung auf der A 9, Pyhrnautobahn, auf Grund der getroffenen Lärmschutzmaßnahmen nun aufgehoben werden soll. Ich freue mich darüber, daß es einige Personen gegeben hat, die mir das mitgeteilt haben, daß sie bestraft wurden, weil sie die Geschwindigkeit in der Nacht nicht eingehalten haben, und so ist es zu diesem Antrag gekommen. Ich danke allen Mitgliedern des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr, daß sie sich zu diesem Schritt entschlossen haben. Ich glaube, das ist im Dienste wirklich der Verkehrsteilnehmer, das ist ein Schritt für die Zukunft, da hat es sich bewiesen, daß es wert ist, sich zusammenzusetzen, zu diskutieren und einen gemeinsamen Schritt zu tun. Herzlichen Dank. (Beifall bei der ÖVP. – 15.05 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Günther Prutsch. Ich erteile es ihm.

Abg. Günther Prutsch (15.06 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Zwei kurze Anmerkungen. Die erste Anmerkung zur L 208. Das ist eigentlich schon vergossene Milch, da dieser Antrag im heurigen Jahr umgesetzt werden wird, dank Landesrat Ressel. Also da gebe ich dem Kollegen Schrittwieser schon recht, daß wir in letzter Zeit sehr zügig Lückenschlüsse machen und der Fleckerlteppich in der Steiermark einigermaßen zeitgemäßer ausgebaut wird. Ich muß den Kollegen Korp schon korrigieren, also die Straßen in der Südsteiermark sind nicht so gut, wie er annimmt. Wir hatten auch unter Konzeptlosigkeit in der Verkehrspolitik der letzten Jahrzehnte zu leiden. Und es hat sich spürbar geändert mit Landesrat Ressel, dem ich sehr herzlich danke, daß er diesen Hauptverkehrsträger, nämlich die L 208, großzügig ausbaut.

Das Zweite ist, was die Mitfahrmöglichkeit mit Schulbussen betrifft. Da bin ich nicht der Meinung des Kollegen Straßberger, sondern der Meinung des Kollegen Schrittwieser, daß wir uns damit nicht abfinden sollten, daß halt nach den derzeitigen gesetzlichen Gegebenheiten das eben offensichtlich nicht geht, aber so quasi in Beamtenmanier muß man sagen, Gesetz ist Gesetz, und daher können wir das nicht ändern, wir können nicht weiterdenken. Ich möchte aus eigener Betroffenheit in der Region sagen, es wäre eine große Erleichterung, wenn wir diesen Gelegenheitsverkehr für die übrige Bevölkerung aufmachen könnten. Und daher fordere ich auch Sie auf, daß wir gemeinsam versuchen sollten, hier einen Umdenkprozeß beim Familienministerium, aber auch beim

Finanzministerium herbeizuführen, daß endlich jene Gegebenheiten vorhanden sind, die einer bedarfsorientierten Verkehrserschließung im ländlichen Raum nachkommen. Ich möchte auch betonen, daß wir im ländlichen Raum gegenüber den Ballungszentren in den Verkehrsfragen derart benachteiligt sind, daß eben diese Schulbusse gewaltige Angebotsverbesserungen bedeuten würden. Ich danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zu einer direkten Erwiderung, zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich der Herr Abgeordnete Korp gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Korp (15.08 Uhr): Also der Kollege, dem ich das so gerne gesagt hätte, der Kollege Purr, ist leider nicht mehr anwesend. Ich tue es trotzdem. In dieser Art etwas hineinzunehmen, das ist made Kollege Purr, wir kennen ihn alle. Nur, was die Seite des Militärs und die Nichtbeachtung unseres Bundesheeres betrifft, möchte ich hier in aller Deutlichkeit sagen, daß wir in der Region wissen, daß das Bundesheer in Zeltweg, der Fliegerhorst Hinterstoisser ein ganz wichtiger Wirtschaftsfaktor der Region ist, daß wir in exzellenter Art und Weise mit dem Bundesheer harmonieren. Die Damen und Herren vor Ort des Bundesheeres waren ja auch gar nicht gemeint, sondern die Generalstabsstellen in Wien. Ich habe sogar den Artikel mit, aber ich will Ihnen das ersparen, weil es doch lächerlich ist. Da wird zum Beispiel via Zeitung von einem Pressesprecher des Generalstabes – (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Herr Kollege Korp, es dreht sich um eine tatsächliche Berichtigung, nicht um eine Erläuterung!“) Ja, Herr Präsident, einen Satz noch, warum ich das gesagt habe. Von einem Generalstabsabteil wurde gesagt, er hätte Verständnis, wenn die Prominenz in Zeltweg landet, weil die Implantate von Frau – (Abg. Majcen: „Wie heißt er?“) Scheiflinger oder so ähnlich, ich habe den Bericht da, Franz, du kriegst ihn von mir. Also mit einer derart abqualifizierenden Art und Weise, die einfach zum Himmel stinkt, und deshalb habe ich mir erlaubt, in dieser Art das auszudrücken, aus verständlichem Ärger! Herr Präsident, das war die Klarstellung, ich glaube, sie ist klar genug. Also so etwas hineinzunehmen, das ist einfach lächerlich. Und wenn der Herr Kollege Purr hier politische Spielchen betreiben will, dann soll er es tun, aber ohne uns. (Beifall bei der SPÖ. – 15.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nach dieser tatsächlichen Berichtigung und Erläuterung ist nunmehr der Herr Abgeordnete Wabl am Wort. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Wabl (15.11 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Zu diesem Punkt möchte ich doch zu einigen Problemstellungen, die mir weh tun, etwas hier sagen. Mir ist schon klar, daß hier die Mehrheit zählt, aber wir haben heute eine Dringliche Anfrage eingebracht bezüglich der Ennstasse. Der Kollege Tasch ist nicht da, der Flecker Kurtl ist auch nicht da. (Abg. Schrittwieser: „Er ist schon da!“) Wo? Er konferiert, er ist ja

der Vertreter vom Herrn Landesrat Ressel. Er hat Wichtigeres zu tun, als mir zuzuhören. Das verstehe ich auch, das wundert mich nicht.

Die Medien waren in der letzten Zeit und in den letzten Tagen beherrscht von der Frage ennsnahe Trasse, Europatransitroute, sogar in der „Kleinen Zeitung“ auf der ersten Seite und in allen anderen Medien. Dieses Thema war es nicht wert, heute diskutiert zu werden. Wir müssen das zur Kenntnis nehmen.

Ich muß auch zur Kenntnis nehmen, daß in der Landwirtschaft manchmal etwas nicht diskutiert wird, was mir wichtig ist, weil der Kollege Pörtl da sitzt. Entschuldigung, daß ich Kollege gesagt habe, aber das sage ich als oststeirischer Abgeordneter.

Aber wir diskutieren Gott sei Dank den Ausbau der Perbersdorfer Landesstraße, was ja auch wichtig ist.

Aber ich hätte mir gedacht, daß heute die ennsnahe Trasse als zentrale Frage der letzten 25 Jahre, wobei ich keine Schuldzuweisungen hier vornehmen möchte, und auch als Frage der Zukunft zumindest es wert gewesen wäre, sie zu diskutieren.

Kollegin Karisch, ich glaube, gerade die Frauen in diesem Haus sollten eigentlich darüber nachdenken, wo der Verkehr sich hin entwickelt, wie sich der Verkehrsstrom entwickelt, sollen wir diesen Weg weitergehen? Schauen wir in die Bremer Autobahn, europäische Transitrouten. Ich war jetzt vor kurzem auch in Israel und habe dort erlebt, wie das mit dem Verkehr ist, wenn ein Stau ist. Wir sollten eigentlich darüber nachdenken, welche Prioritäten wir setzen. Ich weiß, daß Landesstraßen für die lokale Umgebung von Bedeutung sind.

Aber ich bitte und ich ersuche alle, die hier anwesend sind, mit allem Nachdruck, daß sie von diesem Wahnsinnsprojekt, und nach den EU-Plänen ist diese ennsnahe Trasse mit einem besonderen Vorrang ausgestattet, Abstand nehmen. Herr Landesrat Ressel, ich würde bitten, daß man das klarstellt, was von eurer Seite aus geplant war. Ich schätze dich, und ich war der Meinung, daß du vor einem Jahr ungefähr erkannt hast, daß die ennsnahe Trasse in der geplanten Form gestorben ist und daß wir davon Abschied nehmen sollen, daß man eine Autobahn durch das Ennstal legt, durch ein wunderschönes Tal, das es sicherlich nicht verdient hat, daß es so verschandelt und zerstört wird.

Jetzt stelle ich fest, daß die Pläne, die ursprünglich von der Landesregierung hier eingebracht worden sind, daß die noch übertroffen werden. Ich meine eigentlich, wir sollten aus den Erkenntnissen der Vergangenheit und aus den Erkenntnissen des Verkehrsstaus und -chaos und der Belastungen für die Umwelt lernen. Ich frage daher ganz konkret, Herr Landesrat Ressel, wie schaut es aus? Ich kann jetzt die Dringliche Anfrage nicht wiederholen, weil da würde der Herr Präsident mich wahrscheinlich zurechtweisen.

Der Herr Präsident Vesko ist ein Mitstreiter auf diesem Gebiet, also daß er nicht für die ennsnahe Trasse ist, was mir bekannt ist. Er darf momentan nicht reden, aber er wird ja wieder reden dürfen, wenn er von seinem hohen Sessel herunterkommt. Das war jetzt nicht ironisch gemeint, sondern im positiven

Sinne. Ich möchte auch gerne wissen, was er sagt als Ennstaler zu dieser Autobahn durch das Ennstal. Mir tut das Herz weh. Ich kenne das Ennstal auch ganz gut. Vor allem habe ich Sorgen, wenn ich mir überlege, daß die ennsnahe Trasse oder diese Autobahn dort höherrangige Bedeutung hat als im Mürztal diese Autostraße, die dort existiert.

Daher die konkrete Frage, ohne eine Dringliche Anfrage zu richten, Herr Landesrat Ressel, wie schaut es aus, was plant das Land oder die Hohe Regierung, oder was planen die Mächtigen in diesem Land, falls sie noch mächtig sind oder falls sie wissen, was sie tun? Manche tun nicht, was sie wissen. Aber ich würde da gerne um eine Auskunft bitten, und deshalb, lieber Joachim Ressel, habe ich dich auch herbeigebeten, daß du mir dann Bescheid sagst, daß ich den Menschen draußen erzählen kann, was von seiten der Regierung geplant ist. Der Kurtl Flecker kann vielleicht auch noch etwas dazu sagen.

Wir haben eine klare Stellungnahme als Grüne. Wir sind gegen die ennsnahe Trasse. Wir sind gegen diese Vermehrung des Individualverkehrs. Wir sind für den öffentlichen Verkehr. Wir sind für die Eisenbahn. Wir sind dafür, daß diese Umweltbelastungen möglichst klein gehalten werden.

Herr Landesrat Ressel, ich war schon optimistisch, daß für das Ennstal eine vernünftige, menschengerechte und umweltgerechte Lösung gefunden wird. Ich war immer einer, der gesagt hat, daß die Umfahrung Stainach für mich Priorität hat, weil die Menschen in Stainach, vor allem ältere Menschen und Kinder, nicht einmal über die Straße gehen können. Das ist eine Belastung, die nicht zumutbar ist. Ich war der Meinung, daß man mit der Wanne Stainach einen Kompromiß, eine Gesamtlösung findet, die die Bevölkerung von Stainach wirklich weiterbringt und den Menschen neue Lebensqualität vermittelt.

Der Kollege Majcen sitzt da, ich habe das auch mit ihm gemeinsam in Altenmarkt vertreten, und ich bin froh darüber. Da hat es auch Leute gegeben, die gesagt haben, die Campingplatzbenützer werden beeinträchtigt. Und heute sind wir alle glücklich, da ist sogar ein Biotop entstanden. Ich muß sagen, das ist ein besonderer Beweis, wie man Entwicklungen oder Versäumnisse der Vergangenheit lösen kann.

Kurtl Tasch, du bist rechtzeitig gekommen. Ich bitte dich, mir zu sagen, ich stelle auch eine Dringliche Anfrage an dich, was ich jetzt gar nicht darf, was denkst du, was richtig ist für das Ennstal? Bist du für diese Autobahn im Ennstal, bist du für die ennsnahe Trasse, oder bist du auch der Meinung, so wie ich, daß Vorrang für uns alle und daß eine Kompromißlösung es wäre, die Umfahrung Stainach hat, die den Menschen in Stainach endlich die nötige Lebensqualität vermitteln würde? Das hätte ich gerne von dir gewußt. Wenn du nicht herausgehst, dann macht es auch nichts, aber ich stelle eine Dringliche Anfrage an dich, daß du mir diese beantwortest. (Abg. Tasch: „Schön, daß ich so ein hoher Herr bin, daß du an mich eine Dringliche Anfrage stellst!“) Also, Kurtl, du bist noch zu allem Möglichen fähig, wie ich dich einschätze. Du bist ja ein erfolgreicher Bürgermeister, du kannst ja noch einiges in der Steiermark werden. Und ich mache den Anfang, indem ich an dich eine Dringliche Anfrage richte, die erste Dringliche Anfrage an

einen Abgeordneten hier in diesem Hohen Haus. Ich würde dich bitten, mir zu beantworten, was du mit den Mächtigen dieser Steiermark für das Ennstal planst. Komm dann heraus, ich höre dir dann zu. Nein, warte ein bißchen, laß mich das fertig sagen.

Auch eine Anfrage an den Kurtl Flecker – der ist inzwischen schon weg – und natürlich die Hauptanfrage an den Herrn Landesrat Ressel. Ich würde wirklich bitten, daß man diese zentrale Frage, die in den letzten Wochen die Menschen wirklich beherrscht hat, ernst nimmt.

Ich sage noch einen Schlußsatz. Ich fahre gerne in die Schweiz. Wenn man sich anschaut, was in der Schweiz geboten wird an Forcierung des öffentlichen Verkehrs, des Eisenbahnverkehrs, da können wir uns wirklich einige Scheiben abschneiden. Wir alle, und da nehme ich mich mit dazu, haben viele Versäumnisse zu verantworten, was die Priorität öffentlicher Verkehr gegenüber Individualverkehr betrifft. Es hat Zeiten gegeben, wo Bruno Kreisky, der viele Verdienste hat, bei Parteitagen gesagt hat, jetzt haben wir wieder so viele Straßenkilometer gebaut und noch so viele. Ich meine, daß wir im öffentlichen Verkehrsbereich manche Versäumnisse zu verantworten haben. Es gibt fast keinen Kilometer Eisenbahnnetz, das in der Zweiten Republik errichtet worden ist. Es gibt zwar Eisenbahngleise, die abmontiert wurden, aber neue Eisenbahnkilometer sind kaum errichtet worden. Ich glaube, bei Leoben, dieser unnötige Tunnel, der auch nicht notwendig ist, der ist errichtet worden. Kennst du in Mürzzuschlag, Karl-Heinz, oder bei Kindberg irgend etwas Neues? Ist dir nichts bekannt? (Abg. Vollmann: „Erneuerungen!“) Erneuerungen schon, aber neue Eisenbahnkilometer gibt es nicht. (Abg. Vollmann: „Weißt, Martin, das ist halt immer so schwer. Dort, wo man etwas errichten will, da seid ihr dagegen – Semmeringtunnel!“) Du, bitte schön, ich bin für den Semmeringtunnel, ich bin aber dagegen gewesen, daß beim Styrassicpark in Gleichenberg die Semmeringer Hotelfachschule dort das Essen kocht, dagegen war ich. (Abg. Vollmann: „Aber du, die ist ja eh super!“) Aber das hat ja der Hirschmann zu verantworten als Fremdenverkehrschef. (Abg. Vollmann: „Aber die ist ja super!“) Nein, aber da hätten wir die Einheimischen nehmen können. Ich bin für den Semmering, aber nicht für die Semmeringer Hotelfachschule in Gleichenberg. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Es ist Ihre Zeit abgelaufen!“) Meine Zeit ist abgelaufen. (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Als Redner!“ – Abg. Dr. Flecker: „Auch als Redner!“) Auch als Redner, aber ich darf schon sagen, am 30. September ist sie endgültig abgelaufen, und dann werden wir uns wieder treffen. Danke! (15.22 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Um das Wort gebeten hat Herr Landesrat Ressel. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Ressel (15.22 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Abgeordnete Wabl hat mich bezüglich der Ennstasse gefragt. Ich darf hier darauf hinweisen, daß von meiner Seite aus hier nie die Meinung geäußert wurde, daß die ennsnahe Trasse ad acta gelegt wird, sondern es ist immer darauf hingewiesen worden, daß das Einvernehmen mit Brüssel in dem Zusammenhang

herzustellen ist. Wenn das erfolgt ist, gehe ich davon aus, daß die ennsnahe Trasse gebaut wird. Wenn jetzt die Verbindung von Liezen nach Radstadt als Bestandteil des transeuropäischen Netzes erklärt wird, dann ist das, glaube ich, eine völlig normale Vorgangsweise für eine wichtige Verbindung. Und ich habe auch hier unumwunden erklärt, daß für mich (Abg. Dr. Wabl: „Jetzt machen wir einmal die Stainacher Umfahrung!“) – sehr richtig, einen Schritt nach dem anderen, so ist die zeitliche Abfolge. Aber die Aufnahme ins transeuropäische Netz und deren Gültigkeit ist ja keine Frage von fünf Jahren oder von zehn Jahren, sondern hier geht es ja um Jahrzehnte. Daher wird man zum gegebenen Zeitpunkt eine zweispurige kreuzungsfreie Straße in Anbindung an die ennsnahe Trasse von Irnding weg bis Radstadt errichten. Wer sich mit der Bevölkerung oben unterhält, der wird mit der Forderung konfrontiert werden, daß zu dieser zweispurigen Straße Begleitstraßen für Wirtschaftsfahrzeuge errichtet werden, um die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen dort zu ermöglichen. Also das ist kein Geheimnis, das ist kein wesentlicher Eingriff in die Umwelt, sondern das ist das Minimum, das für die Abwicklung des Personen- und Güterverkehrs – sei es aus wirtschaftlicher, aus Sicht des Tourismus oder aus Arbeitsplatzgründen – einfach erforderlich sein wird. (Abg. Dr. Wabl: „Da warst du schon anderer Meinung!“) Ich war da noch nie anderer Meinung. Aber ich kann natürlich niemandem vorschreiben, wie er das, was ich sage, interpretiert. Aber bitte, daß das so gelten soll, wie ich es jetzt gesagt habe. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 15.24 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (15.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wenn ich heute zu diesen Tagesordnungspunkten auch Stellung nehme, Sonderbauprogramm 500 Millionen Schilling, vor allem in Richtung Erhaltung und Sanierung, dann darf ich natürlich auch ein bißchen auf den Kollegen Wabl eingehen. Er hat gesagt, es ist schon das letzte Mal, aber erst im September, nicht jetzt. Zu seinem Thema, das er von Gleichenberg erwähnt hat – das hat zwar mit der Straße nichts zu tun. Ich war damals auch verwundert, daß der Semmering nach Gleichenberg gekommen ist, aber das soll nicht die Schule schmälern. Aber ich glaube, das Image einer Region, wenn man sagt, daß sich die Region bewegt und vor allem dort politisch Verantwortliche tätig sind, als Obmann des Vereines und natürlich damit verantwortlich für die Gesellschaft, aber manchmal wundert man sich, wo jene Abgeordnete eigentlich die Bürger vertreten. Manche sind da natürlich sehr weit gestreut.

Aber damit auch zum Thema der Straßen. Ich möchte aber auch als Untersteirer etwas sagen zu der wichtigen Verkehrsader im Ennstal, weil sie gerade Thema war und Herr Landesrat auch dazu Stellung genommen hat. Ich glaube – und wie wir alle wissen, sehr viele haben darum gekämpft, und manche natürlich auch dagegen, so sind eben die Meinungs-

verschiedenheiten –, es ist sicher sehr, sehr entscheidend, daß wir diese wichtige Lebensader des Straßenverkehrs und der Wirtschaft und auch des Tourismus einfach brauchen, und ich würde mir wünschen, wenn dies natürlich in Angriff genommen werden würde, wenn es auch noch Jahre dauern wird, wie wir vorher gehört haben. Wie leider so vieles zu lange dauert. Aber ich glaube, das ist auch ein sehr wichtiger Punkt, und ich bin überzeugt, die Abgeordneten aus dieser Region, die wissen das sehr wohl. Aber wenn ich mir hier diesen Antrag anschau und die verschiedenen Bezirke und die vielen Wünsche für Straßen, die alle verbessert oder erhalten werden sollen, so sind sie mit Sicherheit sehr, sehr wichtig und auch das Geld dazu wichtig, um es umzusetzen. Für mich ist es nur verwunderlich, für den Bezirk Feldbach, liebe Burgi Beutl, wenn ich da sehe, daß da Straßen dabei sind, die bei der vorigen Landtagswahl eigentlich schon in Angriff genommen waren oder zumindest den Augenschein gehabt haben, daß sie gebaut werden. Sie müssen wahrscheinlich nicht im Programm gewesen sein, weil sonst wären sie schon umgesetzt. (Abg. Beutl: „Manche werden hinausgezögert!“)

Aber es ist eigentlich ein schöner Wunschkatalog. Mich wundert es nur, nachdem ich die zweite Periode in diesem Hause bin, daß er damals nie gekommen ist, als ihr das Ressort gehabt habt. Da habe ich diese Wünsche in der Öffentlichkeit nie gesehen. Da ist man eigentlich schön leise gewesen und hat gemeint, daß die Leute nicht noch mehr fordern sollen. Aber so ändert es sich eben, daß man dann die Wünsche auch äußert. Aber ich freue mich darüber, und ich bin überzeugt, wie ihr wahrscheinlich auch, daß sich vieles mehr bewegt hat, seit Landesrat Ressel dieses Ressort innehat. Weil auch eure Hoffnungen gestiegen sind. Ihr traut euch jetzt wenigstens fordern, was ihr vorher nicht gemacht habt, dafür herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ.)

Wie zum Beispiel, wenn ich nur denke, die B 68, Anschluß A 2, da haben wir nicht einmal die Grundablässe oder die Einigung der Landwirte zusammengebracht. Der Ressortwechsel ist gekommen, und auch die Leute haben nachgedacht, weil sie gewußt haben, jetzt gibt es keine Unterstützung der Verhinderung, sondern jetzt gibt es eine Unterstützung der Durchführung. Und man hat nachgegeben. Ein sanfter Widerstand, inzwischen die Umweltverträglichkeitsgutachten, und wir wissen ganz genau, Spange Feldbach, Anschluß A 2, wird gebaut. Natürlich haben wir in unserer Region den Wunsch, den Anschluß, der bei Radkersburg an der Grenzregion beginnt, über Feldbach, über Riegersburg nach Ilz zu bekommen und dort natürlich auch – das sind auch gemeinsame Wünsche – Park-and-ride-Parkplätze zu bauen, damit man für die Pendler, die auspendeln müssen, gemeinsam den Arbeitsplatz erreichen kann.

Es hat sich vieles getan, wenn man die Radwege und das Radnetz anschaut. Ich möchte nur einen Radweg erwähnen, der jetzt durch die Klamm in Bad Gleichenberg geht, kein einfaches Bauwerk, aber ich glaube, für einen Tourismusort sehr, sehr wichtig. Das zeigt eigentlich der Bevölkerung, daß es im Straßenbau aufwärts geht. Dafür möchte ich dem Landesrat

auf das herzlichste danken, daß er auch das Vertrauen in die Südoststeiermark gegeben hat, wenn auch manche bei uns in unserer Region behaupten, dort tut sich nichts. Und wenn ich dann einen Zeitungsartikel der „Kleinen Zeitung“ von der Obersteiermark sehe, dann ist dort ein ÖVP-Abgeordneter, der sagt, es kommt alles dort hinunter, und oben tut sich nichts. Also, ich glaube, bleiben wir transparent, hoffen wir auch, daß es mehr gibt, daß es Sondermittel gibt und daß auch diese Wünsche, die vorher nicht verwirklicht worden sind oder von denen man sich gar nicht zu reden getraut hat, dann vielleicht auch umgesetzt werden. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 15.29 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, auch nicht die Beantwortung der Dringlichen an den Abgeordneten Tasch.

Wir kommen nun zur Abstimmung über die fünf Tagesordnungspunkte beziehungsweise einem Entschließungsantrag.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 871, das ist der Tagesordnungspunkt 8, die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit einer Gegenstimme angenommen. (Abg. Tasch: „Herr Präsident, ich hätte nur eine Frage. Muß eine Dringliche nicht schriftlich eingebracht werden?“). Du kannst auch schriftlich beantworten.

Ich darf die Damen und Herren bitten, beim Aufzeigen nicht so vorsichtig zu sein, es ist leichter festzustellen, wer dafür ist.

Zweitens über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 596/1, das ist der Tagesordnungspunkt 9.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

Drittens über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1094/1, der Tagesordnungspunkt 10.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

Viertens über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 868/9, Tagesordnungspunkt 11.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Schlußendlich über den Antrag des Berichterstatters zur Einl.-Zahl 1005/1, das ist der Tagesordnungspunkt 12.

Bitte um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, einstimmige Annahme des Antrages.

Wir stimmen nun ab über den Entschließungsantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Prüfung von Straßenerhaltungs- und Straßensanierungsmaßnahmen durch den Rechnungshof.

Wer dem zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand.

Das hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden. (Abg. Dr. Wabl: „Abzählen bitte!“)

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

13. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 984/1, Beilage Nr. 127, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 – StJW 1991, geändert wird.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Kaufmann (15.33 Uhr): Der Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen hat in seinen Sitzungen am 1. Dezember 1998 und am 13. April 1999 über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 984/1, Beilage Nr. 127, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 geändert wird, beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Jugend, Familie und Frauenfragen stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 984/1, Beilage Nr. 127, Gesetz, mit dem das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 – StJWG 1991 geändert wird, wird mit nachstehenden Änderungen beschlossen:

Erstens: Artikel eins erster Satz lautet:

„Das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz 1991 – StJWG 1991, LGBI. Nr. 93/1990, zuletzt in der Fassung LGBI. Nr. 29/1998, wird geändert wie folgt:“

Zweitens: Paragraph 11 Absatz 1 zweiter Satz lautet:

„Er besteht aus 25 Mitgliedern.“

Drittens: Paragraph 11 Absatz 5 zweiter Satz lautet:

„Sie haben über ihren Antrag Anspruch auf Ersatz der den Landesbeamten zustehenden Reisegebühren.“

Viertens: Paragraph 11 a Absatz 4 dritter und vierter Satz lautet:

„Der Beirat faßt seine Beschlüsse mit einfacher Mehrheit der Stimmen der anwesenden Mitglieder, Stimmenthaltung und Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Der Beirat kann die Vertraulichkeit der Beratung beschließen.“ Ich bitte um Annahme des Antrages. (15.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke, Frau Abgeordnete Kaufmann, für Ihren Bericht.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Tschernko. Ich erteile es ihm.

Abg. Tschernko (15.34 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Das Steiermärkische Jugendwohlfahrtsgesetz hat für mich drei wesentliche Änderungen laut Regierungsvorlage, und zwar ist es die Anerkennung für Privatpersonen auf drei Jahre befristet, erstens, und zweitens ist der Jugendwohlfahrtsbeirat verkleinert worden von 62 auf 24 Personen. Der dritte Punkt, der auch noch für mich wichtig ist, ist die Erstaussstattungspauschale für die Pflegeeltern.

Zum Punkt eins, die Anerkennung für Privatpersonen auf drei Jahre. Das heißt für mich, daß hier ein Qualitätskriterium gesetzt wurde, da die Privat-

personen, die jetzt um ihre Anerkennung wieder ansuchen müssen, einer gewissen Kontrolle unterliegen und auch eine persönliche Eignung und auch eine Zuverlässigkeit nachweisen und mitbringen müssen.

Für mich ist es deshalb auch so wichtig, weil ich zum Beispiel vor Ort in der Gemeinde schon länger – seit zehn Jahren – eine Pflegeelterngruppe habe, die auf Eigeninitiative und mit der Sozialarbeiterin immer Fortbildungen oder eine Art Supervisionen gemacht haben. Jetzt ist in diesem Gesetz oder in dieser Vorlage das zum Beispiel eine Voraussetzung für eine Pflegeelternbewilligung. Ich kann diese Änderung nur begrüßen.

Zum zweiten Punkt brauche ich, glaube ich, nicht sehr viel sagen. Es ist sicher sehr sinnvoll, wenn man diesen Beirat verkleinert. Hier sind ja alle Berufsgruppen und Expertinnen und Experten vertreten, bis hin zu den Mitgliedern der Landtagsklubs.

Der dritte Punkt, den ich nur kurz erwähnen möchte, ist, daß die Eltern jetzt eine Erstaussstattungs-pauschale bekommen. Ich habe das auch schon öfters selbst und persönlich miterlebt, daß Pflegekinder oft ohne persönliche Ausstattung in Pflegefamilien kommen und diese Pflegeeltern dann sofort auch immer finanzielle Belastungen zu tragen haben. Es wird jetzt daher auch mit einer Pauschale von 5000 Schilling für passagere Pflegekinder gewährt. Darüber hinaus werden aber auch noch die Sonderkosten, wie bisher, die mittels Rechnung nachgewiesen werden können, zurückerstattet.

Jedenfalls ist dies eine Erleichterung für die Pflegeeltern. In diesem Sinne wünsche ich der Umsetzung viel Erfolg. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 15.37 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (15.37 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Aufgaben der Steirischen Jugendwohlfahrt sind sehr breit gefächert und vielfältig. Das beginnt von der öffentlichen Jugendwohlfahrt bis hin zur Mutterschafts- und Säuglingsfürsorge, zur Jugendfürsorge, bis zur Aufgabe, Familie zu fördern. Ich glaube, es ist besonders wichtig, wenn im Jugendwohlfahrtsbereich auf aktuelle Geschehnisse Bezug genommen wird. So wie ich die Sache sehe, wird das in vielen Bereichen gemacht, etwa wenn es darum geht, daß wir Streetworker brauchen für die Drogenproblematik in unserem Land oder auch die Errichtung von Kinderschutzzentren für Kinder, die Gewalt oder die Negativerlebnisse in ihrer Familie gehabt haben. Das sind sinnvolle aktuelle Einrichtungen, die wir benötigen.

Ebenfalls im Jugendwohlfahrtsgesetz ist der Kinder- und Jugendanwalt fixiert. Das heißt, es ist dort sein Aufgabenbereich geregelt. Auch da haben wir, wenn wir die letzten zwei Jahre rückblicken, gesehen, daß die Installierung dieses Jugendanwaltes eine sinnvolle Angelegenheit war.

Was die Novelle betrifft, so bin ich auch der Meinung, daß die Reduktion des Jugendwohlfahrtsbeirates von ursprünglich 62 Mitgliedern auf 24 sinnvoll ist, denn dadurch ist es möglich, daß wir ein flexibles Instrumentarium schaffen, das rasch und aktuell handeln kann.

Ich begrüße es aber auch sehr, daß wir zu aktuellen Themen immer wieder Experten und Fachleute einladen können, so daß wir dann auf Grund dieser Diskussion sinnvolle Erkenntnisse gewinnen.

In anderen Bundesländern ist im übrigen der Umfang des Jugendwohlfahrtsbeirates zum Teil auf 20 Personen beschränkt, und deswegen bin ich der Meinung, daß die Steiermark mit 24 recht gut liegt. Auch gefällt es mir, daß der Vorsitzende aus dem Kreis der Mitglieder gewählt wird, und nicht wie bisher die zuständige Regierungsverantwortliche von Haus aus Vorsitzende des Jugendwohlfahrtsbeirates ist.

Die Anerkennung von Privatpersonen finde ich auch sinnvoll. Deshalb haben wir dieser Novelle zugestimmt. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 15.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Antrages.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

14. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 819/2, zum Beschluß Nr. 741 des Steiermärkischen Landtages vom 9. Juni 1998 zum Antrag der Abgeordneten Bacher, Pußwald, Majcen und Beutl, betreffend Schülerfreifahrt während des Pflichtpraktikums für Schüler und Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Pußwald. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Pußwald (15.40 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Regierungsvorlage der Abgeordneten Bacher, Pußwald, Majcen und Beutl, betreffend die Schülerfreifahrt während des Pflichtpraktikums für Schüler und Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftlichen Berufe.

In der 37. Sitzung des Steiermärkischen Landtages vom 9. Juni 1998 wurde die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß auch jenen Schülern und Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe, die ein Pflichtpraktikum in Betrieben der Wirtschaft oder des Sozialbereiches zu absolvieren haben, eine Schülerfreifahrt beziehungsweise eine Schulfahrtbeihilfe gewährt und der finanzielle Mehraufwand durch das Pendeln zwischen Betrieb und Wohnsitz abgegolten wird.

Eine Stellungnahme des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie hat dazu folgendes mitgeteilt:

Im Rahmen der aus dem Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen finanzierten Schülerfreifahrten wird der Fahrpreisersatz für Fahrten der Schüler zwischen der Wohnung im Inland und einer Schule geleistet. Das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 normiert hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen in bezug auf die Schule, daß es sich hier um eine „öffentliche Schule“ beziehungsweise „mit Öffentlichkeitsrecht ausgestattete Schule“ handeln muß, einschließlich Schulen aus dem land- und forstwirtschaftlichen Schulbereich. Dementsprechend ist eine Schülerfreifahrt für Fahrten zur praktischen Ausbildung, die in Betrieben der Wirtschaft und des Sozialbereiches stattfindet, ausgeschlossen.

Die Forderung nach einer Ausdehnung der Schülerfreifahrten und der Schulfahrtbeihilfe auf Fahrten zu Praktikumsplätzen erscheint insofern problematisch, als eine solche Maßnahme nicht nur für bestimmte Schüler erfolgen kann, sondern jede Form der Praktika, soweit sie im Lehrplan verpflichtend vorgeschrieben werden, beinhaltet. Nicht unerwähnt bleibt auch die Tatsache, daß den Schülern und Schülerinnen für die Dauer der Praxis eine Lehrlingsentschädigung bezahlt wird beziehungsweise daß in dieser Zeit auch eine Familienbeihilfe, basierend auf steuerlichen Vorteilen, erhalten bleibt.

Seitens des Bildungs-Ausschusses stelle ich den Antrag, der Steiermärkische Landtag wolle beschließen, der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Beschluß Nr. 741 des Steiermärkischen Landtages vom 9. Juni 1998 zum Antrag der Abgeordneten Bacher, Pußwald, Majcen und Beutl, betreffend Schülerfreifahrt während des Pflichtpraktikums für Schüler und Schülerinnen der Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Berufe, wird zur Kenntnis genommen. (15.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke der Frau Berichterstatterin. Es liegt keine Wortmeldung vor. Darf ich Sie bitten, sofern Sie dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, dies mit einem Handzeichen zu tun. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme des Antrages.

Darf ich die Damen und Herren bitte, daß sie ein Handzeichen geben und sich nicht unter ihren Vordermännern verstecken, damit man auch sieht, wie das abläuft.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

15. Bericht des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform über den Selbständigen Antrag des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform, Einl.-Zahl 213/24, betreffend Maßnahmen im Personalbereich.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (15.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

In der Sitzung des Ausschusses für Föderalismus und Verwaltungsreform am 13. April 1999 hat der Ausschuss nachstehenden Selbständigen Antrag formuliert:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, für eine rasche Umsetzung nachstehender Punkte zu sorgen:

Erstens: Im Rahmen der Ausbildung von Bediensteten ist die Zuteilung im Sinne einer Rotation so zu verfügen, daß jeder Bedienstete innerhalb seiner Dienststelle zumindest zu kurzfristigen Vertretungen in der Lage sein muß, unterschiedliche Tätigkeitsfelder bearbeiten zu können, wobei es dem Dienststellenleiter überlassen bleibt, die dafür erforderliche Zeit anzuberaumen. Um eine fundierte Ausbildung sicherzustellen, ist im Bedarfsfall bei anstehenden Pensionierungen dafür zu sorgen, daß eine zeitlich parallele Ausbildung des aufzunehmenden Dienstnehmers erfolgt.

Zweitens: In einer Regierungsvorlage über das neue Dienstrecht ist a) im Sinne der Chancengleichheit, unabhängig von der schulischen Ausbildung, insbesondere auf die Durchlässigkeit der Einstufung in begründeten Fällen Bedacht zu nehmen; b) gesetzlich zu verankern, daß Führungskräfte zur Fortbildung verpflichtet werden; c) bei Führungskräften eine befristete Bestellung im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten vorzusehen; d) eine Harmonisierung der Bezüge zwischen Vertragsbediensteten und Beamten durchzuführen.

Drittens: Die derzeitige Ausschreibungspraxis ist sowohl in bezug auf Teilzeitarbeitsplätze als auch in bezug auf die Priorität für interne Ausschreibungen beizubehalten.

Viertens: Um das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen transparenter zu machen, hat eine stärkere Öffentlichkeitsarbeit zu erfolgen. Ich ersuche um Annahme. (15.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als erster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (15.46 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren!

Nachdem die Landesregierung schon im Dezember 1991 einen Bericht über die Notwendigkeit einer Verwaltungsreform in unserem Lande zur Kenntnis genommen hat, waren es in der Folge vor allem wir Sozialdemokraten, die im Wege von entsprechenden Vorschlägen diese Reform thematisiert und auch entsprechend vorangetrieben haben. Zum Inhalt dieses von der Frau Kollegin soeben vorgetragenen Antrages ist aus unserer Sicht verstärkend folgendes festzuhalten:

Das angestrebte Rotationsprinzip im Landesdienst erscheint uns besonders notwendig, nicht nur, daß jeder Bedienstete in unserem Lande eine gute Ausbildung nicht zuletzt dadurch erhält und damit auch bessere Aufstiegschancen hat, sind vor allem unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger Nutznießer einer solchen Verbesserung eines solchen Systems.

Was die angesprochene Chancengleichheit betrifft, so ist dies eine sehr, sehr lange Forderung unserer Fraktion und vor allem auch der Fraktion Sozialdemokratischer Gewerkschafter in der Landespersonalvertretung. Das Prinzip der Leistungsentlohnung, und nicht nur einer ausschließlich auf Aus-

bildung bezogenen Entlohnung ist aus unserer Sicht nachhaltig einzufordern. Somit ist die Durchlässigkeit bei der Einstufung ein Prinzip, welches im neuen Dienstrecht seinen Durchschlag finden soll.

Die Forderung für eine entsprechende Fortbildung der Führungskräfte im Landesdienst erscheint uns etwas, was nachhaltig einzufordern und zu begrüßen ist. Es ist ja wirklich nicht einzusehen, weshalb ausgerechnet sogenannte Behördenleiter sich einer Weiterbildung verschließen sollten. Ich denke da nicht nur an den fachlichen Bereich, sondern vor allen Dingen auch an den Bereich der Menschenführung. Die befristete Einstellung von Führungskräften, soweit rechtlich realisierbar, erscheint hier ein gutes, aber auch, wie wir meinen, notwendiges Druckmittel zu sein. Die bisherige Praxis, geschätzte Damen und Herren, hat nämlich gezeigt, daß bis dato praktisch jede befristete Bestellung einer Führungskraft nahezu automatisch in eine unbefristete umgewandelt wurde. Diese Automatik der Verlängerung gehört aus unserer Sicht abgeschafft. Es würde der Verwaltung des Landes, wie wir meinen, nur guttun.

Eine Harmonisierung der Bezüge wie auch des Dienstrechtes sollte ebenfalls unbedingt Berücksichtigung finden.

Wir haben schon mehrmals ausgeführt, daß die Pragmatisierung auf die Hoheitsverwaltung und damit auf den Vollzug unserer Gesetze beschränkt bleiben sollte.

Zur Teilzeit vielleicht auch noch einige Anmerkungen. Es ist grundsätzlich aus unserer Sicht zu begrüßen, daß so etwas forciert wird, zumal damit eben ein Mehr an Beschäftigten zu erzielen ist. Den diesbezüglichen Entschließungsantrag der Kolleginnen und Kollegen der Österreichischen Volkspartei, was die Ungleichbehandlung der Biennialvorrückungen im Bereich der Teilzeitarbeitskräfte betrifft, haben wir wirklich gerne mit unterstützt und werden wir auch abstimmungsmäßig mit unterstützen, weil das eine sichtbare Ungleichbehandlung ist, daß ausgerechnet jene, die ohnedies weniger verdienen, vier Jahre auf die nächste Biennialvorrückung warten müssen. Das ist wirklich eine berechnete Feststellung seitens der Kollegen der Volkspartei.

Ich möchte damit zum Schluß kommen. Geschätzte Damen und Herren, kein Zweifel, wir brauchen eine stabile und vor allen Dingen auch sichere Verwaltung. Wenn alles, wie wir so schön sagen, seine Ordnung hat, so wird das von unseren Bürgerinnen und Bürgern, wie wir alle wissen, außerordentlich geschätzt. Unser Bemühen um eine Verwaltungsreform dient damit primär dem Zweck, vieles in der Verwaltung einfacher und vor allen Dingen leichter zu machen. Wir Sozialdemokraten stehen jedenfalls zur klaren Aussage, daß die Hoheitsfunktionen zwar zu verbessern, aber keineswegs wegzurationalisieren sind, und haben vor der Arbeit unserer Damen und Herren im Landesdienst – das können Sie uns glauben – allergrößten Respekt.

Ich möchte auch zum Schluß noch den Kolleginnen und Kollegen, die im Unterausschuß diese Verwaltungsreform verhandeln, persönlich sehr herzlich danke sagen für das wirklich objektive, sachliche, faire Klima. Ich möchte auch dem Kollegen Peinhaupt von der Freiheitlichen Partei für die sehr konsensuale,

anständige und ordentliche Vorsitzführung von dieser Stelle danke sagen. Herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ und FPÖ. – 15.53 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dr. Karisch. Ich erteile es ihr.

Abg. Dr. Karisch (15.54 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich begrüße die vorgeschlagenen Reformen zur Verwaltung. Meine Fraktion wird diesen Reformen zustimmen.

Ich möchte die Gelegenheit nützen, auf eine Schwachstelle hinzuweisen, die uns unlängst bekannt geworden ist, und möchte in diesem Sinn dann auch einen Entschließungsantrag einbringen. Die Teilzeitbeschäftigung ist bei Frauen sehr beliebt, kann man doch in gewissen Phasen, wenn man kleine Kinder oder pflegebedürftige Angehörige hat, Beruf und Familienleben leichter vereinbaren. Es sollte selbstverständlich sein, daß eine Teilzeitbeschäftigung gegenüber einem Vollzeitverhältnis nicht benachteiligt ist. Im allgemeinen haben wir auch schon die Standards sehr angepaßt. Es gibt noch eine Benachteiligung im öffentlichen Bereich, im Vertragsbedienstetenrecht, vor allem des Bundes, aber auch des Landes. Es ist das Paragraph 19 Absatz 2, der vorsieht, daß jemand, der mit weniger als 50 Prozent teilzeitbeschäftigt ist, nicht alle zwei, sondern nur alle vier Jahre vorrückt. Das ist ungerecht und sollte verändert werden.

Ich bringe daher einen Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Landtages der Abgeordneten Dr. Karisch, Beutl, Pußwald und Korp – ich glaube, Kollege Korp wollte beitreten, ist das so richtig, ja –, betreffend Beseitigung der Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten im Dienstrecht, ein.

Die Diskriminierung findet sich, wie gesagt, in Paragraph 19 Absatz 2 des Vertragsbedienstetengesetzes. Der Verfassungsgerichtshof hat sich vor kurzem – im vergangenen März – mit der Frage der Vorrückung einer teilzeitbeschäftigten Apothekerin befaßt. Es gibt ein pharmazeutisches Gehaltskassengesetz aus dem Jahr 1959, das die gleiche Benachteiligung vorsieht, wie im Vertragsbedienstetengesetz enthalten. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, daß bei dieser Bestimmung ein Widerspruch zu Artikel 119 EG-Vertrag vorliegt und daß daher diese Bestimmung nicht vor innerstaatlichen Gerichten und Verwaltungsbehörden anzuwenden ist. Artikel 119 EG-Vertrag lautet: „Jeder Mitgliedsstaat wird während der ersten Stufe den Grundsatz des gleichen Entgeltes für Männer und Frauen bei gleicher Arbeit anwenden und in der Folge beibehalten.“

Dieser Artikel 119 ist, wie gesagt, unmittelbar anzuwenden. Der Europäische Gerichtshof versteht darunter aber nicht nur geldliche Vergütungen, sondern auch Bestimmungen und Regelungen über Einordnungen oder Vorrückungen in einem Gehaltschema. Auch wenn die Bestimmung neutral formuliert ist, aber tatsächlich prozentuell mehr Frauen als Männer betrifft, so liegt eine mittelbare Diskriminierung vor.

Es ist daher im Interesse der Gleichbehandlung insbesondere von teilzeitbeschäftigten Frauen geboten, eine Bereinigung im Landesrecht vorzunehmen.

Der Personalreferent der Landesregierung hat seit längerem geplant, diese diskriminierende Regelung im Rahmen der großen Dienstrechtsreform zu beseitigen. Im Hinblick auf die Wichtigkeit möchte ich aber den Antrag stellen, daß das in der nächsten Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz geschehen möge.

Auch auf der Bundesebene sollte diese Bestimmung geändert werden.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens das Landesdienstrecht auf mögliche gehaltsrechtliche Diskriminierungen von Teilzeitbeschäftigten zu überprüfen und insbesondere die Regelung des Paragraphen 19 Absatz 2 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, in der als Landesgesetz geltenden Fassung, die eine Diskriminierung von teilzeitbeschäftigten Vertragsbediensteten bei der Vorrückung bedeutet, im Zuge der nächsten Novelle zum Vertragsbedienstetengesetz aus dem Landesrecht zu beseitigen und zweitens an die Bundesregierung heranzutreten, die Diskriminierung von teilzeitbeschäftigten Vertragsbediensteten bei der Vorrückung auch im Dienstrecht des Bundes zu beseitigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich ersuche Sie um Beschlußfassung, damit diese diskriminierende Bestimmung möglichst schnell beseitigt werden kann. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 15.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Danke auch der Frau Abgeordneten.

Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Wir kommen somit zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag der Berichterstatterin zustimmen, um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die Einstimmigkeit fest.

Zweitens haben wir abzustimmen über den Entschließungsantrag der ÖVP, betreffend Beseitigung der Diskriminierung von Teilzeitbeschäftigten im Dienstrecht.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich ebenfalls um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle ebenfalls die Einstimmigkeit fest.

Mittlerweile ist es fast 16 Uhr, meine Damen und Herren. Wir kommen somit zur Behandlung der Dringlichen Anfrage des Liberalen Forums, der Grünen und der Volkspartei an Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic, betreffend Postenschacher von FPÖ und SPÖ im Landesschulrat.

Ich erteile nun der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage. Bitte, Frau Abgeordnete.

Abg. Keshmiri (16.00 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wir bringen diese Dringliche Anfrage heute zum zweiten Mal ein, und zwar deswegen, weil es das letzte Mal unserer Meinung nach wichtig gewesen

wäre, sie an der ersten Stelle zu haben. Das letzte Mal wären wir an der dritten Stelle gewesen. Heute stehen wir als erstes mit der Dringlichen Anfrage zur Diskussion, weil wir sie früher eingebracht haben. Und zwar geht es in dieser Dringlichen Anfrage um Postenschacher im Landesschulrat, diesmal aber nicht zwischen ÖVP und SPÖ – man soll es nicht glauben, die FPÖ ist an diesem Postenschacher beteiligt. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber, aber, Frau Kollegin!“)

Ich möchte jetzt einmal sozusagen zum Aufwärmen für die FPÖ einige Zitate von der Frau Kollegin Bleckmann vorlesen, und zwar vom 3. November 1997, wie sie es tatsächlich mit der Objektivität und mit den Hearings halten.

Sie haben am 3. November 1997 bei der Diskussion um die ehemalige Frauenministerin Konrad gesagt: „STEWEG, zwei Geschäftsführer wurden natürlich immer nach dem gleichen Prinzip bestellt. Der eine Geschäftsführer hat sich nicht einmal beworben und kam trotzdem zu dieser Funktion.“ Das war Ihre Kritik an der STEWEG – Nummer eins ist das. Also, das heißt, es hat sich nicht einmal jemand beworben, der erste Punkt, und ist trotzdem zur Funktion gekommen. Dann hat es eine kleine Steigerung gegeben, und zwar in bezug auf die Bezirkshauptmannschaft Fürstenfeld. Da sagten Sie, hier gibt es zwar eine Ausschreibung, aber kein Hearing. Für den Leiter hat es nicht einmal eine Ausschreibung gegeben, geschweige denn ein Hearing. Das war die Nummer zwei, die Sie kritisiert haben. Ich komme jetzt zur Nummer drei, und zwar zu den Vorkommnissen im Landesschulrat. Da hat es eine Ausschreibung gegeben, da hat es ein Hearing gegeben. Es hat noch dazu eine Absprache vor dem Assessmentcenter gegeben, und zwar eine Absprache zwischen FPÖ und SPÖ. Auch der Herr Kaller hat das zugegeben. Er hat gesagt, eine Strategie kann man bereden, aber fixe Absprachen gibt es nicht – das war das eine. Die dritte Steigerungsstufe: Es hat ein Assessmentcenter gegeben, es hat vorher eine Absprache gegeben, und nachher hat es aber keine Berücksichtigung von diesem objektiven Auswahlverfahren gegeben, in dem Sie mit der SPÖ gepackelt haben. Jetzt komme ich zum Protokoll vom 4. Dezember 1998. Hier ist es um den Landesschulrat gegangen, und da hatten wir einen Sonderlandtag. Da sagten Sie, Frau Kollegin Bleckmann: „Es wird ein Beschlußantrag eingebracht, daß der freiwerdende Posten des Landesschulratsdirektors neu ausgeschrieben werden soll, denn es hat nur eine Bewerbung gegeben, die qualifiziert ist. Es gibt, wie gesetzlich verlangt, keinen Dreivorschlag. Deshalb fordern wir Sie auf, eine neue Ausschreibung zu machen.“ Und zum Zweiten haben Sie gefordert, bei sämtlichen öffentlich auszuscheidenden Stellen ein nachfolgendes Hearing stattfinden zu lassen. Jetzt möchte ich Sie ganz konkret fragen: Ist das die Objektivität, die Sie immer einfordern? Ist das die Objektivität, mit der Sie in der Öffentlichkeit sich immer zu profilieren versuchen? Ist das die Art der Postenbesetzung, die Sie immer propagieren in der Öffentlichkeit? Wenn Sie mich fragen, ich sage nein, das ist es nicht. Sie packeln genauso bei jeder sich bietenden Gelegenheiten, schnappen zu, wenn Sie die Gelegenheit dazu haben. Was Sie hier in der Öffentlichkeit machen, das ist eine politische Farce: Sie führen die Öffentlichkeit an der Nase herum. Wenn Sie Gelegenheit haben, dann

machen Sie genau das, was Sie den anderen immer vorwerfen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Sagen Sie mir einen freiheitlichen Schuldirektor, liebe Frau Kollegin!“) Warum regen Sie sich so auf, wenn Sie kein schlechtes Gewissen haben? Warum machen Sie solche Aktionen? (Abg. Mag. Bleckmann: „Was haben wir denn Schlimmes gemacht?“) Trauen Sie Ihrem Kollegen Kaller nicht? Er hat zugegeben, daß mit den Freiheitlichen und der SPÖ gepackelt wurde. Es wurde Herr Rumpler, obwohl er als Bester vom Assessmentcenter hervorgegangen ist, mit Ihrer Hilfe an die dritte Stelle gereiht. Ich möchte Sie auch noch fragen, was Sie dafür bekommen haben oder was Sie dafür bekommen werden. Das ist ja immer Ihre spezielle Frage. Ich möchte diese Frage daher auch einmal an Sie stellen.

Ich möchte jetzt die Dringliche Anfrage stellen. Wir mußten Sie „leider“ an die Frau Landeshauptmann Klasnic stellen. Ich hätte sie gerne direkt an die Freiheitlichen gestellt. Ich denke, Sie werden aber die Gelegenheit sicher nützen, sich dazu zu rechtfertigen. Ich komme zum Antragstext: Im steirischen Landesschulrat gibt es offensichtlich ein neues parteipolitisches „Proporzmodell“ – SPÖ mit FPÖ. Der ursprünglich vorgeschlagene Kandidat für den Posten des Landesschulratsdirektors, Dr. Reinhard Rumpler, wurde trotz des durchgeführten Assessmentcenterverfahrens, aus dem er mit Abstand als der geeignetste Kandidat hervorging, nicht berücksichtigt. Aus Zeitungsmeldungen vom 29. Jänner 1999 ging hervor, daß es bereits vor dem Assessmentcenter Absprachen zwischen SPÖ und FPÖ gegeben hat, was unserer Meinung nach ein Assessmentcenter ad absurdum führt, zumal sich ja gerade die FPÖ ganz vehement immer wieder für objektive Bestellungsverfahren einsetzt. Diese jüngsten Vorkommnisse stellen daher die Glaubwürdigkeit der FPÖ ganz massiv in Frage. Es wird daher folgende Anfrage gestellt:

Erstens: Sind Sie von der Objektivität der Reihung des Dreivorschlages überzeugt, insbesondere in Anbetracht der jüngsten Vorkommnisse, wonach Herr Dr. Rumpler trotz eines Assessmentcenterverfahrens, bei dem er an die erste Stelle gereiht wurde, nur an dritter Stelle in der Reihung des Dreivorschlages für den Posten des Landesschulratsdirektors aufscheint?

Zweitens: Ist Ihnen bekannt, nach welchen Gesichtspunkten von seiten der FPÖ die Reihung des Dreivorschlages durchgeführt wurde, zumal, wie bereits erwähnt, Dr. Rumpler auf Grund des Assessmentcenterverfahrens an die erste Stelle gereiht wurde?

Drittens: Welche Entscheidungskriterien wurden von der FPÖ genannt, um Frau Dr. Else Brunner und Frau Dr. Beatrix Pfeifer vor Herrn Dr. Rumpler setzen zu können?

Viertens: Welche Entscheidungskriterien wurden von der FPÖ genannt, um Herrn Dr. Rumpler an die dritte Stelle des Dreivorschlages setzen zu können?

Fünftens: Sind Ihnen Strategieabsprachen zwischen SPÖ und FPÖ in bezug auf die Reihung des Dreivorschlages bekannt?

Sechstens: Die FPÖ setzt sich in der Öffentlichkeit ganz vehement für eine objektive Postenbesetzung ein. Die jüngsten Vorkommnisse stellen jedoch die Glaubwürdigkeit der FPÖ ganz massiv in Frage. Ist

Ihnen bekannt, ob es bereits in der Vergangenheit vergleichbare Abtauschgeschäfte zwischen SPÖ und FPÖ gegeben hat?

Siebertens: Hat sich Ihrem Wissen nach die FPÖ bei der Reihung des endgültigen Dreivorschlages dafür eingesetzt, daß die Ergebnisse des Assessmentcenters berücksichtigt werden? Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 16.08 Uhr.)

Präsident: Ich erteile nunmehr Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung dieser Dringlichen Anfrage. Ich bitte, Frau Landeshauptmann.

Landeshauptmann Klasnic (16.08 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf die Anfrage folgend beantworten:

Frage eins – sie wurde von der Frau Abgeordneten Keshmiri verlesen. Meine Antwort lautet – ich zitiere: Seit Jahren wird im Schulbereich eine objektive, leistungsbezogene und transparente Vergabe von zu besetzenden Dienstposten gefordert. „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Empfehlung an den Landesschulrat heranzutreten, zur Bestellung des Landesschulratsdirektors ein Assessmentcenter durchzuführen.“ – Forderung vom 9. Februar 1999. Dies sind zwei Zitate aus Entschließungsanträgen des Steiermärkischen Landtages, die zu diesem Thema bereits gefaßt wurden. In meiner Funktion als Präsidentin des Landesschulrates habe ich mich bemüht, nicht nur den Erfordernissen eines objektiven Ermittlungsverfahrens gerecht zu werden, es wurde auch den Anregungen durch die Beschlüsse des Steiermärkischen Landtages Rechnung getragen, indem erstens eine unabhängige Personalberatungsfirma zur Beratung beigezogen wurde, zweitens eine öffentliche Präsentation aller Kandidaten ermöglicht wurde und drittens ein Assessmentverfahren mit den Mitgliedern des Landesschulratskollegiums durchgeführt wurde.

Ich bin der Überzeugung, in Zusammenarbeit mit dem Amtsführenden Landesschulratspräsidenten Dr. Horst Lattinger, alles getan zu haben, ein transparentes und objektives Auswahlverfahren für alle Bewerber sicherzustellen. Das Ergebnis ist bekannt.

Zur Frage zwei die Antwort: Der Amtsvorschlag im Landesschulratskollegium lautete: erstens Dr. Rumpler, zweitens Dr. Brunner, drittens Mag. Dr. Walchhofer, da sich diese Reihung aus den verschiedenen Auswahlverfahren ergab. Soweit mir bekannt ist, stellte die freiheitliche Fraktion im Landesschulratskollegium einen Gegenantrag zum Amtsvorschlag, in dem Dr. Rumpler gar nicht aufschien. Erst nach einer Sitzungsunterbrechung entschloß man sich, dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zuzustimmen, der, wie zitiert, Dr. Rumpler an die dritte Stelle reiht. Der Vorschlag von Präsident Dr. Lattinger und der ÖVP-Fraktion mit Dr. Rumpler an erster Stelle wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ abgelehnt.

Zur Frage drei: Meines Wissens nach wollte man seitens der FPÖ keinen Kandidaten aus dem Haus und eine Frau an der Spitze der Beamtenschaft mit der Begründung, das sei die Mehrzahl der in der Schulverwaltung und im Lehrberuf Tätigen, nämlich Frauen.

Frage vier: Entscheidungskriterien. Die Reihung von Herrn Dr. Rumpler an die dritte Stelle war ein Vorschlag der SPÖ im Kollegium, der sich die FPÖ-Fraktion angeschlossen hat. Ich darf auf die Ausführungen zur Frage zwei verweisen. Nach meinen Informationen äußerte sich Dr. Kaller im Namen der FPÖ-Fraktion folgendermaßen:

Erstens: Dr. Rumpler ist zweifellos der erfahrenste Kandidat, aber auf diesen Umstand kommt es nicht an.

Zweitens: Dr. Rumpler wurde in diesem Spiel schlecht gemanagt.

Drittens: Dr. Rumpler hat es unterlassen, sich der ersten Anhörung zu unterziehen, gemeint war eine fraktionelle Einladung des Vizepräsidenten im Landesschulrat Mag. Johann Stadler.

Viertens: Die Ergebnisse des Management-Consulting-Unternehmens Jennewein wurden als Verfahren „sui generis“ bezeichnet und von der FPÖ-Fraktion nicht akzeptiert.

Zur Frage fünf: Da müssen Sie die Kollegen der SPÖ- und FPÖ-Fraktion fragen. Naturgemäß wurde ich von eventuellen Strategieabsprachen zwischen diesen Fraktionen nicht informiert.

Zur Frage sechs verweise ich auf die Antwort von Frage fünf.

Frage sieben: Nach meinen Ausführungen zur Frage eins kennen Sie die verschiedenen öffentlichen Auswahlverfahren, die eine transparente und objektive Entscheidung sicherstellen sollten. Hofrat Dr. Rumpler ging aus allen Auswahlverfahren als der erfahrenste Kandidat hervor, was auch alle Kollegiumsmitglieder bescheinigten. Eine direkte Beantwortung Ihrer Frage wird Ihnen nur die freiheitliche Fraktion des Landesschulratskollegiums geben können. Ich gehe aber davon aus, daß das Ergebnis des vom Landtag gewünschten Assessmentcenters auch bei der Entscheidung der FPÖ-Fraktion Berücksichtigung fand. (Beifall bei der ÖVP. – 16.12 Uhr.)

Präsident: Frau Landeshauptmann, ich bedanke mich für die Beantwortung, und ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Als erste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Beutl gemeldet, der ich das Wort erteile.

Abg. Beutl (16.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Frau Landeshauptmann! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Besetzung von leitenden Positionen im Schulbereich ist ein sehr sensibler Bereich. Die Schule erweckt öffentliches Interesse, und man schaut sehr genau, wenn im Schulbereich leitende Funktionen besetzt werden. Und das war auch der Grund, weil es immer sehr viel Kritik in der Vergangenheit gegeben hat, daß noch unter Landeshauptmann Josef Krainer die ersten Bestrebungen und Bemühungen eingesetzt haben, ein Objektivierungsmodell zu schaffen. Ganz besonders unter Landesschulratspräsident Prof. Schilcher ist dann ein sehr umfassendes und aufwendiges Assessmentverfahren eingeführt worden. Ich muß sagen, es ist auch evaluiert worden, und es hat in den letzten Jahren viel, viel weniger

Beschwerden und Kritik gegeben, weil dieses Assessmentverfahren, das sehr gut nachvollziehbar war, doch eine gewisse Objektivität in diese Besetzung von Leiterstellen gebracht hat. Die Akzeptanz war relativ groß.

Aber ich muß auch sagen, daß genau diese Fragen, die das Liberale Forum an die Frau Landeshauptmann hier gestellt hat, daß es diese Fragen sind, die draußen all jene bewegen in den letzten Wochen und Tagen, die mit Schule befaßt sind, ob Lehrer, Leiter oder auch Eltern. Ich hatte erst gestern Abend ein Gespräch in dieser Frage, und die Empörung über die Entscheidung, die getroffen wurde, und auch das Unverständnis sind sehr groß. Daß eine anerkannte, wirklich qualifizierte Persönlichkeit im Beamtenbereich des Landesschulrates, jemand, der seit vielen Jahren die größte Abteilung des Landesschulrates mit über 32 Mitarbeitern hervorragend leitet, eine Persönlichkeit mit größter Kompetenz und Akzeptanz, wenn es um Rechtsfragen geht, einfach verhindert wird und ihm eine Abteilungsleiterin einer kleinen Abteilung aus dem Ministerium mit drei Mitarbeitern, die man – wie man hört – erst zur Bewerbung überreden mußte und die eigentlich nicht wirklich überzeugt hat, und von ihrer Qualifikation und ihrer besonderen Eignung waren viele nicht überzeugt, sie wird ihm vorgezogen. Man hat schon den Eindruck, und der verstärkt sich natürlich, daß nicht Qualität und Kompetenz als besonderes und wirkliches Kriterium gezählt haben, sondern eine große Übereinstimmung zwischen der SPÖ- und FPÖ-Fraktion im Kollegium, daß es einfach ein Herr Hofrat Rumpler nicht werden darf und nicht werden soll. Da hat es dann schon einige Ungereimtheiten im Zusammenhang mit diesem Bestellungsverfahren gegeben.

Ich möchte ein bißchen auch die Chronologie in Erinnerung rufen:

Da hat es eine österreichweite korrekte Ausschreibung gegeben, es haben sich drei Bewerber gemeldet, und es hat sich herausgestellt, daß zwei davon nicht die ausgeschriebenen Bedingungen erfüllt haben, so daß Hofrat Rumpler als einziger übriggeblieben ist. Sofort hat die FPÖ eine Neuausschreibung verlangt. Sie hat sich berufen auf das Bundesschulaufsichtsgesetz. Dazu muß man allerdings wissen, daß wir im Kollegium des Landesschulrates immer wieder Beschlüsse fassen über Leiterbesetzungen mit Zustimmung der Freiheitlichen auch dann, wenn sich nur einer meldet oder wenn nur ein Bewerber da ist. Und der letzte diesbezügliche Beschluß ist erst vor wenigen Tagen gefallen, und es gibt eine Reihe von anderen Beispielen dafür. Aber in diesem Fall mußte sofort eine Neuausschreibung erfolgen. Die SPÖ hat sich dem nicht gleich angeschlossen, denn es wurden noch Gespräche geführt. Sie werden sich erinnern, und es ist auch schon angesprochen worden, daß es natürlich Gespräche waren, um vielleicht doch dem Bewerber Hofrat Rumpler zustimmen zu können. Es hat allerdings auch Bedingungen gegeben, die schriftlich in Form eines Briefes an das Ministerium gerichtet wurden, und das Einverständnis der Freiheitlichen Partei beziehungsweise des Mag. Kaller als Vertreter im Kollegium war bekannt, und das ist auch öffentlich geworden. Es wurde also in diesem Brief, der Ihnen noch in Erinnerung sein wird, die Zustimmung zu einer Bestellung des Hofrat Rumpler angeboten;

die würde dann erfolgen, wenn der Sekretär des damaligen Präsidenten Stadler einen entsprechenden Posten im Landesschulrat bekommt. Sie wissen, wie es weitergegangen ist. Wir hatten einen Sonderlandtag, und im Rahmen dieses Sonderlandtages wurde der Beschluß gefaßt, diese Stelle neu auszuschreiben. Nur der Ordnung halber, im Grunde genommen ist der Sonderlandtag nicht zuständig dafür, aber immerhin. Es hat dann eine Neuausschreibung gegeben mit einem kleinen Zwischenspiel, einer nicht rechtskräftigen Ausschreibung des damaligen Noch-Präsidenten Stadler, die dann ungültig war. Es sind darauf sieben Bewerbungen eingelangt und, wie wir wissen, sind einige – ja – überredet worden oder aufgefordert worden, sich zu bewerben.

Um nun die im Landtag geforderte transparente, objektive, leistungsbezogene Vergabe zu gewährleisten, wurde eine Personalberaterfirma beauftragt. Es hat eine Ausschreibung gegeben, es haben sich drei Firmen gemeldet. Die kostengünstigste wurde genommen. Wir haben das alles im Rahmen einer Dringlichen Anfrage schon einmal gehört, und die Firma Jennewein hat nun ein vierteiliges Auswahlverfahren durchgeführt. Jetzt muß man aber dazu sagen, diese Firma ist massiv unter Zeitdruck geraten, und zwar deshalb, weil die Freiheitlichen und die SPÖ eine rasche und terminlich ganz kurzfristige Sitzung im Kollegium des Landesschulrates verlangt haben. Und dieser Zeitdruck, der da eben entstanden ist, wurde dann von den selben Parteien der Firma Jennewein zum Vorwurf gemacht. Daß einen Tag vor dem öffentlichen und offiziellen Vorstellungsgespräch oder der Vorstellungsmöglichkeit der sieben Bewerber die sozialistische Fraktion zu einem fraktionellen und somit privaten Kennenlerngespräch eingeladen hat, war auch relativ seltsam, vor allem die Begründung und auch die Bemerkung, daß man nur in dieser Runde sich von den Bewerbern ohne Filter und unverdorben ein Bild machen kann. Das heißt also, im Rahmen einer Personalberatungsfirma ist das nicht möglich, das geht nur in einer solchen fraktionellen Anhörung. Weil Herr Hofrat Rumpler bei diesem privaten Anhörungsverfahren nicht anwesend war, ist ihm das später auch in der Begründung für seine sozusagen Nichtreihung oder Rückreihung dann zum Vorwurf gemacht worden. Wir wissen, daß das Ergebnis dieser Beraterfirma Jennewein, das den Hofrat Rumpler an die erste Stelle gereiht hat und im Grunde genommen ihn als den wirklich einzigen kompetenten und wirklich qualifizierten Bewerber ausgewiesen hat, daß dieses nicht anerkannt wurde. Es wurde in alle Richtungen hin zerpfückt und nicht anerkannt, wahrscheinlich weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Eine Dringliche Anfrage im Landtag mit einem entsprechenden Entschließungsantrag hat dann gefordert, daß noch einmal ein Assessment im Landesschulrat für die Kollegiumsmitglieder erfolgen muß oder soll. Jetzt muß man dazusagen, es ist der Eindruck erweckt worden, daß solche Hearings im Kollegium mit dem Fragerecht der Kollegiumsmitglieder Usus und übliche Vorgangsweise sei. Das stimmt nicht. Seit vielen Jahren, seit es die Assessmentverfahren gibt, gibt es kein Fragerecht der Kollegiumsmitglieder. Nur ausgebildete Assessoren und Schulpsychologen haben im Assessmentverfahren die Möglichkeit zu fragen, vor allem auch, weil sie ausgebildet

sind, zu bewerten. Aber diesmal ist es eben zu einem solchen Hearing mit Fragerecht der Mitglieder des Kollegiums gekommen. Da gibt es einen lateinischen Ausspruch, der heißt: „Cui bono“ – wem nützt das? Man muß sich dann die Fragen anschauen, denn jede Partei hat natürlich eine Frage stellen können. Die Frage der SPÖ ist doch sehr stark auf die von ihr forcierte Kandidatin abgestimmt gewesen. Interessanterweise ist die Antwort auf speziell diese eine Frage ganz ausführlich in der Begründung für ihre erste Position in der Reihung dann wieder gekommen, aber das sind sicher alles nur Zufälle. Mir ist auch aufgefallen, daß man ganz besonders die Äquidistanz dieser Kollegin, dieser Bewerberin, herausgestrichen hat. Die Äquidistanz zeigt sich ganz sicher darin, daß diese Dame aus dem Büro des Herrn Vizepräsidenten Stadler gekommen ist und vor dem Hearing und nach dem Hearing dann wieder dorthin geleitet wurde – soviel zur Äquidistanz. Viele, die die Kollegin Brunner, die an die erste Stelle gereiht wurde, miterlebt haben, waren über das subjektive Wahrnehmungsvermögen der SPÖ-Fraktion doch einigermaßen verwundert. Ich bin keine geschulte Assessorin, gebe aber zu, die vorbereitete, mit Powerpoint-Programm gestaltete öffentliche Vorstellung bei der Firma Jennewein war ganz sicherlich in Ordnung und ist auch sehr gut drübergekommen. Aber immerhin, für jemand, der angeblich so kompetent und der so befähigt und qualifiziert ist, ist es schon erstaunlich, wenn dann bei den quasi unvorbereiteten Fragen in der Spontanbeantwortung im Landesschulrat man doch sehr eigenartig berührt wird, wenn diese Bewerberin, die Rhetorikschulungen und Führungsseminare auflistet und aufzählen kann, es eigentlich in diesen zehn Minuten kaum zustande bringt, wirklich – ich würde es jetzt einmal so sagen – zusammenhängend zu antworten, flüssig zu sprechen und einfach den Eindruck von Kompetenz auch in ihrer kommunikativen Art der Darstellung zu vermitteln. Ich habe mir den Spaß erlaubt mitzuzählen, es wird aber nicht ganz stimmen, und bin auf 85 Unterbrechungen gekommen, mit denen sie sich selber unterbrochen hat, mit A, A, A. Es war nicht sehr angenehm zum Anhören. Aber die Kompetenz ist nach Meinung von SPÖ und FPÖ sicherlich gegeben gewesen.

Interessant und beeindruckend war die doch sehr gerade Linie der FPÖ, die sie ja immer vertritt. Ich habe im Siebener-Ausschuß gehört, daß man beabsichtigt, drei Frauen in den Dreiervorschlag zu bringen. In der Kollegiumssitzung hat es dann einen Vorschlag gegeben, wo zwei Frauen und ein Bewerber aus dem ÖVP-Vorschlag aufgeschienen sind – die Begründung haben wir gehört. Frauen sind zu zwei Drittel Bedienstete im Landesschulrat – das war in erster Linie die Begründung. Die zweite Begründung ist auch schon genannt worden, es darf niemand aus dem Haus werden. Nachdem es drei verschiedene Vorschläge gegeben hat, gab es eine Unterbrechung zur Beratung über die Abstimmung. In dieser Unterbrechung hat es Gespräche zwischen SPÖ und FPÖ gegeben. Jedenfalls hat es dann die Zustimmung der FPÖ zum SPÖ-Vorschlag gegeben, und das war natürlich für uns alle, weil uns die Begründung schon sehr eigenartig vorgekommen ist, unverständlich und nicht nachvollziehbar. Ich glaube, daß es tatsächlich so ist, daß der steirischen Schule, die sich in den letzten

Jahren als Vorreiter österreichweit einen Namen gemacht hat, vor allem in bezug auf das Auswahl- und Bestellungsverfahren, großer Schaden zugefügt worden ist. Wenn wir denken, daß die Kollegenschaft in letzter Zeit doch ein gewisses Vertrauen in ein System und in ein Verfahren gefunden hat und nun feststellen muß, daß eigentlich Kompetenz, Qualifikation, Erfahrung, alles Dinge, die in Wahrheit immer herausgestrichen werden und von höchster Priorität sind, bei der Besetzung von dieser leitenden Funktion in Wahrheit nicht zählen dürfen, dann ist das für viele einfach nicht nachvollziehbar und unverständlich. Wir bedauern sehr, daß die steirische Schule und die steirische Schullandschaft wieder so weit zurückgeworfen wurde und die Glaubwürdigkeit und die Vertrauensbasis eigentlich nicht mehr gegeben ist. (Beifall bei der ÖVP. – 16.27 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Ussar zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ussar (16.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus!

Im Rahmen des Sonderlandtages, der am 4. Dezember vorigen Jahres stattgefunden hat, und im Rahmen der Landtagssitzung vom 9. Februar dieses Jahres wurde hier im Hohen Haus schon ausführlichst, ich betone ausführlichst, über die Bestellung des Landesschulratsdirektors für den Landesschulrat für Steiermark diskutiert. Im Rahmen der Landtagssitzung vom 9. Februar wurde, wie Ihnen allen bekannt, über drei Entschließungsanträge abgestimmt. Sowohl der Entschließungsantrag des Liberalen Forums, betreffend Abschaffung des Parteienproporz im Schulbereich, als auch der Entschließungsantrag der Freiheitlichen Partei, betreffend Bestellung von Landesschulratspräsidenten, fand hier im Hohen Haus keine Mehrheit. Der Entschließungsantrag, betreffend Bestellung des Landesschulratsdirektors, der Abgeordneten Klubobmann Dr. Flecker und Klubobmann Schützenhöfer wurde mehrheitlich im Hohen Haus angenommen. Der Antrag hatte folgenden Wortlaut: „Der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit der Empfehlung an den Landesschulrat heranzutreten, zur Bestellung des Landesschulratsdirektors ein Assessmentcenter durchzuführen.“ Klubobmann Dr. Kurt Flecker betonte, daß es vor allem darum gehe, ein ordnungsgemäßes Verfahren zur Auswahl zu finden. Sehr geehrte Damen und Herren! Der Entschließungsantrag von Klubobmann Dr. Flecker und Klubobmann Schützenhöfer folgte dieser Forderung. Dieses Assessmentcenter wurde nun, wie bereits von meiner Vorrednerin angeführt, am 1. März 1999 um 14 Uhr unter der Leitung von Hofrat Dr. Hans Uray mit den beschließenden Mitgliedern des Kollegiums des Landesschulrates für Steiermark durchgeführt. Im Wege der Diskussion wurden zu Beginn drei Fragen einvernehmlich festgelegt. Die Bewerberinnen und Bewerber wurden anschließend eingeladen, einzeln zu diesen Fragen Stellung zu nehmen. Für jede Teilnehmerin und für jeden Teilnehmer gab es einen Zeitraum von zwölf bis 15 Minuten. Ich darf betonen, daß

für die Kollegiumsmitglieder die Möglichkeit bestand, Verständnisfragen selbstverständlich zu stellen, und in der Kollegiumssitzung des Landesschulrates für Steiermark am 8. März 1999 stand dann die Besetzung der Stelle des Amtsdirektors/Amtsdirektorin des Landesschulrates für Steiermark auf der Tagesordnung. Folgender Dreivorschlag – wie bereits erwähnt – fand im Landesschulrat eine Mehrheit und wurde an das Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten nach Wien weitergeleitet. Dieser weitergeleitete Dreivorschlag lautete:

Erste Stelle: Oberrätin Dr. Elsa Brunner vom Bundesministerium für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten.

Zweite Stelle: Mag. Dr. Beatrix Pfeifer vom Stadttamt Leibnitz, und an dritter Stelle: Hofrat Dr. Reinhard Rumpler vom Landesschulrat für Steiermark.

Sehr geehrte Damen und Herren! Nun noch kurz zu den Leiterbestellungen.

Wir haben im Vorjahr im Rahmen der Beschlußfassung über das Landeslehrerdienstrechtsausführungsgesetz wesentliche Neuerungen festgelegt, und ich betone das wirklich, weil das vorbildliche Beschlüsse waren, die wir sehr einvernehmlich gefaßt haben. Ich erinnere nur an die Bestimmung weiterer Auswahlkriterien. Für die Ausschreibung und Reihung von Bewerbern für die Leiterbestellung über die vom Bundesgesetzgeber geforderten vier Auswahlkriterien hinaus wurden im Paragraphen 1 weitere Fähigkeiten angeführt, die eine besondere Eignung der zu besetzenden Stelle erwarten lassen. Ich erinnere daran hier im Hohen Haus, daß wir vor allem die fachliche pädagogische Eignung, die Eignung zur Mitarbeiterführung, die Teamfähigkeit, die Konfliktfähigkeit, Kommunikationsfähigkeit, soziale Kompetenz und Organisationsfähigkeit damals in den Vordergrund gestellt haben. Wir haben auch im Paragraphen 2, Leiterbestellungen, zum ersten Mal auch dem Schulerhalter das Anhörungsrecht eingeräumt, Schulerhalter, den Gemeinden, dieses Anhörungsrecht eingeräumt. Damit haben neben dem Schulforum, neben dem Schulgemeinschafts-Ausschuß auch die Gemeinden das Anhörungsrecht erhalten, und ich glaube, daß das eine ganz wichtige Sache war. Im Paragraphen 3 haben wir festgelegt, daß die Richtlinien in Form von Verordnungen ergehen sollen. Das war damals auch eine wichtige Forderung des entsprechenden Ausschusses, und ich darf sagen, daß wir vor allem das deswegen haben wollten, damit in allen Bezirken ein einheitliches Vorgehen und objektive Chancen für die Bewerber gewährleistet sind. Es wurde daher im Paragraphen 3 festgelegt, daß die Richtlinien ein Anhörungsverfahren beinhalten und außerdem einheitliche Richtlinien aller vorschlagsberechtigten Kollegien zu gewährleisten sind.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Landesschulrat für Steiermark hat dann in seiner Sitzung im Vorjahr bereits am 9. Feber 1988 diese Entscheidungshilfen, die hier gefordert wurden, die Besetzung von Leitungsfunktionen an allgemein steirischen Pflichtschulen, für Leitungsfunktionen an steirischen mittleren und höheren Schulen sowie an Akademien, soweit sie dem Landesschulrat in erster Instanz unterstehen, sowie auch die Entscheidungshilfen für die Besetzung von Leitungsfunktionen an steirischen

Berufsschulen beschlossen. Sie sehen, daß also hier ganze Arbeit geleistet wurde, und bereits im Verordnungsblatt im März 1998 wurden diese Entscheidungshilfen bereits allen Lehrerinnen und Lehrern in den steirischen Schulen zur Kenntnis gebracht. Ich glaube, sehr geehrte Damen und Herren, daß die Steiermark mit diesen Entscheidungshilfen und mit den in der letzten Landesschulratssitzung noch beschlossenen Ergänzungen wirklich in Österreich hier an vorderster Stelle ist. Ich glaube, daß hier nach Möglichkeit die größtmögliche Objektivität gewährleistet sein muß.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme schon zum Schluß. Wir nehmen zur Kenntnis, daß in dieser Legislaturperiode die ÖVP erstmals den Weg gegangen ist, eine Dringliche Anfrage gegen die Interessen der SPÖ zu stellen. Ich darf im Namen unseres Klubs sagen, stelle ich fest, daß die ÖVP beruhigt sein kann, da wir die Dringliche ohnehin zugelassen hätten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. Ein herzliches Glückauf! (Beifall bei der SPÖ. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Brünner das Wort.

Abg. Dr. Brünner (16.35 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Eine kurze Vorbemerkung zu Ihnen, Herr Kollege Ussar. Ich konfrontiere mich nicht gerne mit Ihnen, weil ich Sie sehr schätze. In der Früh bei der Präsidiäle war überhaupt noch nicht klar, ob die SPÖ die Dringliche Anfrage unterstützt oder nicht unterstützt. Und zwar deswegen nicht, weil Dringliche Anfragen, die von Grünen und von Liberalen eingebracht werden, Gegenstand des taktischen Spielchens der übrigen Parteien sind. Und ich habe schon mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gesprochen, wir werden bei der nächsten Sitzung dieses Landtages wieder einen Antrag einbringen, daß einmal im Arbeitsjahr auch eine kleine Partei eine Dringliche Anfrage hier stellen und durchbringen darf, ohne daß sie der Unterstützung und damit den taktischen Spielchen anderer Parteien unterliegt.

Meine Damen und Herren, ich kann nicht umhin, um das, was vor mir gesagt wurde, etwas differenzierter zu sehen. Frau Kollegin Beutl, ich möchte nicht sagen, daß es frivol ist, von Objektivierung und Äquidistanz im Zusammenhang mit der Schule zu sprechen, weil ich dann kontraproduktiv wäre. Aber, Frau Kollegin Beutl, du kennst meine Familie. Ich habe zwei Geschwister und zwei Schwägerinnen und aus der Zeit meines Vaters als Lehrerbundobmann im Bezirk Mürzzuschlag zahlreiche Freundinnen und Freunde, die Lehrerinnen und Lehrer sind. Und in den Gesprächen mit ihnen entkommt ihnen bestenfalls ein Lachen, wenn von Objektivierung und Äquidistanz in der Schulverwaltung gesprochen wird. Ich bitte dich, daß du auch einmal, Frau Kollegin Beutl, mit einem anderen Teil der Lehrerschaft sprichst. Und, Frau Kollegin Beutl, ich bin seit 20 Jahren auch in der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung tätig, und ich bitte dich, daß du einmal in die beiden pädagogischen Akademien dieses Landes gehst und mit den angehenden Lehrerinnen und Lehrern ein Vieraugengespräch führst, welches Bild diese angehenden Lehrerinnen

und Lehrer von der steirischen Schule, von der österreichischen Schule und Schulverwaltung und Objektivität der Postenbesetzungen, insbesondere was die Direktorenschaft anbelangt, haben. Ich bitte dich, daß du dich da einmal vergewisserst. Als gelernter Österreicher bin ich mir im klaren darüber, daß parteipolitisch einiges läuft. Aber, Frau Kollegin Beutl, von Äquidistanz oder Nichtäquidistanz zu sprechen, weil die Frau Dr. Brunner im Zimmer des Herrn Präsidenten Stadler verschwunden ist, und nicht gleichzeitig über den Internetauftritt zu reden, der von manchen empfunden wurde als Hofstaatsauftritt für den ÖVP-Favoriten, das ist auch nicht Äquidistanz. Und wenn du sagst, daß der Herr Dr. Rumppler der einzige gewesen wäre, der die Ausschreibungsbedingungen erfüllt hätte, dann bin ich als Nichtkundiger in der Sache etwas verwundert, denn es hat ja auch eine Bewerberin gegeben, die in der Gemeindeverwaltung tätig ist. Und es ist offensichtlich dem Landesschulrat entgangen, daß jemand, der in der Gemeindeverwaltung tätig ist, sehr wohl Kenntnis über die Schulverwaltung und deren Organisation hat, weil die Gemeinde Schulerhalter ist. Meine Damen und Herren, nochmals, als gelernter Österreicher ist man ja manches in diesem Staat, was Parteienproporz und Parteibuchwirtschaft anbelangt, gewöhnt, aber wenn ein solches Verfahren die Rechte und Interessen einzelner Menschen berührt und auch ihre Würde berührt, und ich meine die Bewerberinnen und Bewerber, dann habe ich für solche Vorgangsweisen wie in diesem überhaupt kein Verständnis mehr. Ich werde versuchen, aus meiner Sicht diese ganze Tragödie in verschiedenen Akten zu schildern. Erster Akt, Ausschreibung im September des vorigen Jahres. Es bewerben sich einige Damen und Herren. Sie hören überhaupt nichts vom Landesschulrat, sie lesen in der Zeitung, daß sie nicht qualifiziert werden. Meine Damen und Herren, was ist das? Ein Beispiel, das die Schule gibt im Hinblick auf rechtsstaatliche Erfordernisse. Nämlich Bewerberinnen und Bewerber nicht einmal mitzuteilen, daß sie nicht qualifiziert sind. Sie lesen es in der Zeitung und rufen an und hören dann am Telefon, daß sie nicht qualifiziert sind. Und was ist das für ein rechtsstaatliches Verständnis, daß diese erste Ausschreibung nie formal aufgehoben worden ist, zumindest nach meinen Informationen?

Zweiter Akt des Trauerspieles: In den letzten Amtstagen von Herrn Präsidenten Stadler eine neuerliche Ausschreibung. Die ursprünglichen Bewerberinnen und Bewerber werden aufgefordert, eingeladen, sich wieder zu bewerben, was einige von ihnen getan haben. Ein paar Tage später der Anruf von Herrn Präsidenten Lattinger, Trauerspiel dritter Akt, die Ausschreibung sei aufgehoben worden. Sie werden eingeladen, sich neuerlich zu bewerben.

Viertes Trauerspiel: Ein Hearing, das an einem Tag von Herrn Präsidenten Stadler, am anderen Tag von Herrn Präsidenten Lattinger mit Bewerberinnen und Bewerbern abgehalten wird, die sich zunehmend fragen, ob die ganze Geschichte überhaupt noch mit dem Kopf etwas zu tun hat und zu Recht dem Namen Schule und Schulverwaltung dient. Dann ein Internetauftritt, wo mir Leute, die teilgenommen haben, sagen – ich war selber nicht dort, gebe aber nur wieder, was mir gesagt worden ist –, sie hätten das Gefühl gehabt, daß bestimmte Bewerberinnen und

Bewerber bei diesem Internetauftritt ausgetrickst worden wären und daß bestimmte Bewerber mit einer Hausmacht erschienen seien – auch mit Familienmitgliedern zu diesem Internetauftritt erschienen seien. Wenn das wahr ist, meine Damen und Herren, dann bleibt mir schlicht und einfach die Spucke weg. Das Ganze wird von der Personalberatungsfirma Jennewein begleitet. Ich habe im Hinblick auf das, was Frau Kollegin Bleckmann das letzte Mal über die Firma gesagt hat, die Firma verteidigt. Ich habe inzwischen ein bißchen herumgefragt. Wenn das wahr ist, was hier gesagt worden ist, dann möge die Firma Jennewein ihre Lizenz zurückgeben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Das ist wohl richtig!“) Es dürfte tatsächlich wahr gewesen sein, und ich sage das hier, obwohl ich keiner Firma schaden möchte, daß die Stärke des Applauses dort gemessen worden ist. Meine Damen und Herren, ein zweites Mal bleibt mir die Spucke weg.

Fünfter Akt des Auftritts, das schon geschilderte Hearing vor dem Kollegium des Landesschulrates mit Fragerecht von Mitgliedern des Landesschulrates, die nach dem Parteienproporz besetzt sind. Das alles wird mit dem schweren Wort „Assessmentcenter“ begleitet. Das ist eine Irreführung, meine Damen und Herren, der Öffentlichkeit und auch eines ganzen Wissenschaftszweiges, weil es gibt einen Wissenschaftszweig, der sich mit Assessment beschäftigt. Wenn die Amerikaner so etwas hören und sehen würden, die sich massiv mit Assessment und Evaluierung beschäftigen, so würden diese meinen, die Welt steht nicht mehr lange. Sie sind mir bitte nicht böse, wenn ich das in dieser Emotionalität sage. Ohne Rücksicht auf die Glaubwürdigkeit der Politik, meine Damen und Herren, ohne Rücksicht auf die Reputation der Schulverwaltung und insbesondere, und das stört mich am allermeisten, und das war der Grund, wieso ich mich zu Wort gemeldet habe, ohne Rücksicht auf die Interessen, die Rechte und die Würde von Bewerberinnen und Bewerbern ist dieses Verfahren abgelaufen. Ich frage Sie, meine Damen und Herren, was hier Menschen, die das erlebt haben als direkt Betroffene oder als indirekt Betroffene, draußen erzählen werden über die Glaubwürdigkeit der Politik, über die Reputation der Schulverwaltung und über die Art, wie man mit ihnen als Bewerberinnen und Bewerber umgegangen ist. Ich stehe nach wie vor auf dem Standpunkt, daß das zentrale Übel dieser ganzen Geschichte die parteienproporzmäßige Zusammensetzung des Landesschulrates ist. Frau Kollegin Keshmiri und ich haben schon ein paarmal einen solchen Entschließungsantrag gestellt. Ich stelle wieder einen Entschließungsantrag, der auf die Abschaffung des Parteienproporzes im Schulbereich abzielt. Wir stellen den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, den Artikel 81 a B-VG derart zu verändern, daß der Parteienproporz sowohl im Landesschulrat als auch im Bezirksschulrat abgeschafft wird und an Stelle dieser Gremien Elternbeiräte eingerichtet werden. (Beifall beim LIF. – 16.45 Uhr.)

Präsident: Danke sehr. Als nächster Redner hat sich Herr Präsident Dipl.-Ing. German Vesko zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.45 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mit Interesse und mit Verwunderung die Ausführungen von Frau Keshmiri hier über mich ergehen lassen und dabei festgestellt, daß sie von den Vorgängen rund um die Bestellung dieses Postens im Landesschulrat praktisch keine Vorstellungen und – gelinde gesagt – auch keine Ahnung hat. (Abg. Keshmiri: „Allerdings!“) Nichtsdestotrotz werde ich mich bemühen, die Fülle der unqualifizierten Aussagen in diesem Zusammenhang etwas zu relativieren, wobei mir Prof. Brünner durchaus schon das eine oder andere – und ich möchte jetzt nicht sagen – an Hilfestellung gegeben hat, sondern durchaus in dem Sinne beleuchtet hat, wie wir es verstehen. Wenn Sie, Frau Kollegin Keshmiri, einmal in die Situation kommen, in so einem Gremium zu sitzen, und sehen, mit welcher Brutalität in diesem Gremium Parteipolitik betrieben wird, dann hätten Sie das, was Sie heute gesagt haben, unterlassen. Ich sage Ihnen aber noch etwas: Wir sind seit nunmehr acht Jahren in diesem Gremium vertreten, und wir haben das Glück oder die unglückliche Situation, in den vielen Abstimmungen, die dort stattfinden, bei einem Verhältnis von sechs zu sechs zu drei, drei Möglichkeiten zu haben: entweder den Vorschlag der einen oder den Vorschlag der anderen oder keinen Vorschlag zu akzeptieren. Unsere Vertreter im Landesschulrat, glühende Demokraten, glühende Verfechter einer fairen und qualifizierten Besetzung, sind mit der nötigen Erfahrung ausgestattet, weil Sie den Mag. Kaller angesprochen haben, der ist nämlich Richter und Lehrer. Ich freue mich, daß es uns gelungen ist, ihn davon zu überzeugen, daß er in diesem Gremium eine hervorragende Aufgabe erfüllen kann, weil es ja so war, daß man gesagt hat, laut Paragraph sowieso ist das so und so abzuhandeln. Es war niemand da, der ihm Paroli bieten konnte. In der Zwischenzeit ist das aber der Fall. Ich muß auch dazusagen, daß man mit Ex-Landesschulratspräsident Schilcher durchaus eine Plattform hatte, wo man versuchen konnte, Objektivierung in großem Stile in der Steiermark voranzutreiben. Ich verhehle hier nicht, und Frau Kollegin und den Damen und Herren der ÖVP wird es überhaupt nicht gefallen, wenn ich sage, daß hier in diesem Land das Schulwesen im Landesschulrat so schwarz dominiert war, daß es kaum möglich war für jemanden anderen zu atmen. Wir haben uns redlich bemüht, etwas frische Luft in die etwas morschen Hallen hineinzubringen, es ist uns gelungen, und vieles an Objektivierung und vieles an Fairneß auch gegenüber den handelnden Personen ist auf freiheitlichem Mist gewachsen. Ich sage Ihnen auch warum: Es war bereits soweit, meine Damen und Herren, daß sich niemand mehr getraut hat, sich für eine Funktion zu bewerben, weil er sich schon darüber im klaren sein konnte, wohin die Reise führt, und unter ferner liefen zu sein ist für niemanden angenehm, noch dazu, wie es ja nicht nur in jüngster Zeit war, er auch zum Teil über die Medien erfahren konnte, daß er oder sie nicht qualifiziert ist. Nunmehr zu den Vorgängen selbst, damit Sie auch ein bißchen etwas davon haben: Herr Prof. Brünner hat eine hervorragende Chronologie geliefert. Die Chronologie ist ganz klar, und sie war von Anfang an zugeschnitten auf einen Kandidaten, nämlich Rumpfer. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Das war von Anfang an

klar, und das hat sich auch bei den Bewerbungen bereits gezeigt, weil es nicht möglich war, Leute zu finden, weil diese von vornherein gesagt haben, wozu soll ich mich bewerben und mich dann einem *Procedere* aussetzen, von dem ich weiß, daß ich keine Chance habe, und mir eigentlich nur meinen guten Ruf und meine Reputation verderbe. Und die erste Ausscheidung, die stattgefunden hat, war bereits ein Beweis dafür, Kollege Brünner hat das gerade sehr plastisch geschildert, und es ist so weitergegangen. Und jetzt sage ich Ihnen, Frau Kollegin, na selbstverständlich gibt es bei diesen Kandidaten und bei diesem Auswahlverfahren, wie es hier stattgefunden hat, und zwar meine ich jetzt nur mehr das Auswahlverfahren, das schlußendlich zur Entscheidung geführt hat, es waren drei Kandidaten, ein Mann und zwei Frauen, die jede für sich, einzeln und allein, nach intensiven Diskussionen – und das haben wir auch getan – mit unseren Vertretern im Landesschulrat, jeder für sich und jede für sich hervorragend geeignet war, diese Position auszuüben. Das war die Aussage, und schlußendlich ist es zu dieser Misere ja nur deshalb gekommen, meine Damen und Herren, weil ja gerade zu diesem Zeitpunkt die Lex des Wechsels stattgefunden hat von einer Altlast, wenn ich so sagen darf, in der Besetzung, daß man diese Halbzeitlösung gesetzt hat, wobei man ja nur mehr bemüht war, sich hinüberzuretten in die Phase des zweiten Teiles, wo dann Hofrat Lattinger die Funktion des Landesschulratspräsidenten wahrnimmt, um dann zu gewährleisten und abzusichern, daß natürlich der im Haus befindliche und zum Establishment und zur Hausmacht gehörende Kandidat gewählt wird. Aber im Vorfeld zum Assessment wurden ja andere Firmen gefragt, die es abgelehnt haben, dieses Assessment von dieser politischen Warte her überhaupt durchzuführen. Und selbst, meine Damen und Herren, der Vertreter der Firma Jennewein, die schlußendlich die Entscheidung getroffen hat, entschuldigt sich für ihre Entscheidung oder begründet ihre Entscheidung damit, daß sie a) über keine Erfahrung verfügt und b) das ganze eine Angelegenheit war, mit der sie nicht sehr glücklich waren und die vor allem in der Entscheidung etwas dargestellt hat, was man selbst nicht ganz in den Griff bekommen hat. Und wenn ich nur hernehme die Veranstaltung des Assessments, die ein Schauspiel war, ein Schauspiel im Internet, ein Schauspiel, das Hearing in dieser Form, und wenn man jetzt hört, und, Frau Kollegin Beutl, ich verurteile, was Sie hier getan haben, daß Sie Dinge, die jetzt von der Sachlichkeit her im Hearing stattgefunden haben, daß Sie diese herausnehmen, obwohl es öffentlich gelaufen ist. (Abg. Purr: „Herr Kollege, wie stehst du dem ganzen gegenüber?“) Ich sage noch einmal, ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, schon dort war klar, wie das Assessment ausgeht. Und schon dort war klar, daß – jetzt gehe ich noch einen Schritt weiter –, wenn Sie dann die Begründung dieser Firma, die dieses Assessment durchgeführt hat, herausnehmen, daß der Kandidat den größten Applaus bekommen hat, daß das ein wesentlicher Entscheidungsgrund war, dann erübrigt sich bitte jede weitere Diskussion. (Abg. Beutl: „Das war kein entscheidender Grund!“) Aber es steht in dem Assessment so drinnen, „... als ein wesentlicher Bestandteil der Beurteilung“, Frau Kollegin, lesen Sie es. Lesen Sie es!

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Ganz sorgfältig wurde hier entschieden, wobei drei nahezu gleichwertige Kandidaten zur Verfügung standen und schlußendlich eine Mehrheit in dieser Richtung begründet und vertretbar gefallen ist. Frau Kollegin Keshmiri, wir kriegen weder was dafür, wir fordern weder was dafür. Wir haben nicht die Moral, die Sie hier zur Schau getragen haben, sondern wir haben jene Moral, wo wir zu den Entscheidungen, die wir treffen, auch stehen, weil wir sie in gutem Glauben und mit gutem Gewissen machen. (Beifall bei der FPÖ.) Schreiben Sie sich das hinter die Ohren. (Beifall bei der FPÖ. – 16.56 Uhr.)

Präsident Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Ich erteile es ihm.

Abg. Majcen (16.56 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Brutalität ist wirklich furchtbar. Und die glühenden Demokraten der FPÖ schreiben folgenden Brief. Darf ich Ihnen den vorlesen? (Abg. Wiedner: „Bist du Schauspieler, oder was bist du?“) Sehr geehrte Frau Mag. Bleckmann! Seit Beginn meiner Tätigkeit als Ersatzmitglied des Kuratoriums des Landesschulrates wurde ich gerade ein einziges Mal zu einer Fraktions-sitzung eingeladen und konnte deshalb nie an einer Meinungsbildung in der Fraktion mitarbeiten. Die Fraktion hat in der letzten Periode immer wieder Entscheidungen getroffen, die nicht rational zu begründen waren, sondern eher einen fanatischen Haß des Fraktionsführers gegen die ÖVP und besonders gegen die Herren Hofräte Lattinger und Rumpler sowie seinem Naheverhältnis zu Herrn Mag. Stadler entsprangen. Diese fragwürdigen Entscheidungen haben das Ansehen der FPÖ-Fraktion im Landesschulrat und in der Lehrerschaft untergraben. Dem Faß hat aber die letzte Entscheidung der Fraktion den Boden ausgeschlagen, gegen Herrn Hofrat Rumpler als Amtsdirektor zu stimmen. Ich wäre niemals bereit gewesen, eine solche widersinnige Entscheidung mitzutragen, und dafür möchte ich auch nicht im entferntesten mitverantwortlich gemacht werden. Ich ersuche Sie daher höflich, Frau Mag. Bleckmann, mich aus den Kuratorien Landesschulrat, Pädagogische Akademie des Bundes abzurufen. Ich bin mit freundlichen Grüßen ihr Heinrich Legat. Briefkopf: Oberschulrat, Volksschuldirektor, St. Veiter Straße, Graz. Geschrieben am 9. März 1999. Und damit Sie nicht sagen, ich bin unrecht zu diesem Brief gekommen, er wurde mit folgendem Begleittext abgeschickt: Die Ereignisse rund um die Bestellung des Amtsdirektors des Landesschulrates waren nicht zuletzt auf Grund der Rolle, die die F-Fraktion dabei gespielt hat, für mich persönlich und wie ich glaube auch für die Lehrerschaft der Steiermark nicht nachvollziehbar und empörend. Ich habe daraus meine Konsequenzen gegenüber der Fraktion gezogen und möchte Sie privat darüber informieren und so weiter, und so weiter. (Beifall bei der ÖVP.) Der glühende Demokrat der FPÖ spricht, das ist aber nicht brutal, Frau Keshmiri.

So kann man die Dinge von verschiedenen Seiten her sehen. Und ich finde es ganz einfach schlimm. (Abg. Porta: „Persönliche Meinung!“) Das ist natürlich eine persönliche Meinung. Es ist alles immer eine per-

sönliche Meinung. Ich möchte nichts anderes tun, meine Damen und Herren, die Fakten liegen irgendwo letztendlich auf dem Tisch. Ich möchte sie nicht noch einmal wiederholen. Sie haben gelautet Hearing, sie haben gelautet Assessmentcenter, sie haben gelautet Kennenlerngespräch im fraktionellen Rahmen, sie haben gelautet Presseaussendungen, Halbwahrheiten, Tatsachenverdrehung, Verdächtigung. Und alles mit dem Ziel, den Dr. Rumpler zu verhindern. Der Herr Dr. Stadler hat sich ja sehr bemüht. Ich sage das als Lehrer. Er hat sich sehr bemüht, als Landesschulratspräsident sofort nach seiner überraschenden – er hat ja nicht damit gerechnet – Entsendung als Präsident des Landesschulrates einmal auf die Lehrer loszugehen, um einmal öffentlich zu dokumentieren, daß jetzt einer da ist, der hier aufräumen wird. Er hat leider in vielen Bereichen den Beweis nicht liefern können. Ich erinnere an die Medienkampagne in der Obersteiermark, die es gegeben hat, gegen die Tochter eines Bezirkshauptmannes, die eine Stelle angenommen hat, die kein anderer und keine andere angenommen hat, und wo dann steiermarkweit von furchtbaren Dingen die Rede war. Ich muß natürlich schon sagen, daß der Präsident des Landesschulrates ein Pädagoge sein sollte und kein keulenschwingender Rächer, der, wenn seine Wünsche nicht in Erfüllung gehen, unberechenbar wird und plötzlich alles umdreht, weil sein Sekretär keine Abteilung bekommt. Das ist furchtbar. Er war derjenige, der diese ganze Diskussion durch einen fraktionellen Brief nach Wien ausgelöst hat, wo er schreibt: „Liebe Freunde, macht das, denn dann könnten wir das endlich tun. Dann könnte mein Sekretär Abteilungsleiter werden.“ Als dies nicht gekommen ist, war er natürlich beleidigt. Meine Damen und Herren! Mit der ganzen Geschichte haben wir das zarte Pflänzchen der Verbesserung der Objektivierung in der steirischen Schule und in der steirischen Lehrerschaft gemeinsam letztendlich irgendwo durch diese Diskussion zertreten. Es gehört dazu, daß, wenn jemand etwas ausmacht, ich bin die Hälfte Zeit Präsident, und der andere ist es die andere Hälfte, man dann geht und nicht wehleidig zu winseln beginnt, wenn die Zeit zu Ende geht, und alles mögliche versucht, um doch noch zu bleiben. Wenn es dann nicht funktioniert, dann muß hier ein Rachefeldzug der verbrannten Erde herhalten, weil alles andere ist uninteressant, ganz Wurscht, was dabei herauskommt, ganz Wurscht, ob die ganzen Lehrer und die Öffentlichkeit in der Steiermark sagen, bei den Lehrern muß es wirklich furchtbar zugehen. So ist das aber nicht. Ich muß auch sagen, und Kollege Ussar hat es in seiner Wortmeldung schon gesagt, und alle anderen haben es bisher gesagt, es gibt natürlich immer wieder da oder dort Anfechtungen. Es gibt da oder dort Dinge, wo man sagen kann, das verstehe ich nicht ganz. Aber es ist auch nicht ganz einfach, Persönlichkeiten völlig objektiv zu beurteilen. Jedes Verfahren, das von Menschen abhängt, wird Mängel aufweisen. Wir waren aber auf einem guten Weg, und er ist noch immer gut. Die Assessoren sind nicht Leute, die zufällig daherkommen, sondern die Assessoren sind Leute, die ausgebildet werden, die sich bemühen und wo es eigentlich in 99 Prozent der Fälle wirklich nachvollziehbare Ergebnisse gibt. Nur hier darf es sie nicht geben. Wenn die ganze Geschichte dann noch mit der großartigen Unterstützung eines Menschen erfolgt,

der, wenn er nicht bei der FPÖ wäre, schon öffentlich hingerichtet worden wäre, dann würde ich es noch immer verstehen. Aber wenn dann Herr Kaller sagt, es darf kein Kandidat aus dem Haus sein, weil das muß ja er feststellen, und die Mehrzahl sind Frauen, daher muß es eine Frau sein, und überhaupt nicht Herr Rumpler, daher werden wir für jemand anderen stimmen, ganz Wurscht, woher dieser oder diese hergeholt wird, dann ist das nicht richtig. Ich möchte nochmals sagen, weil das immer untergeht und verschwiegen wird, wenn die FPÖ dasselbe hier sagen würde, dann würden die Medien voll sein mit der Verbreitung des Gerechtigkeitsgedankens durch eine Partei. Wenn es die ÖVP sagt, dann ist es kleinlich. Der soll am Vormittag Richter und Lehrer sein und am Nachmittag Lehrer und Richter. Wenn man anruft, weil er gebraucht wird als Richter, dann ruft man eben beim Gericht an, und wenn er als Lehrer gebraucht wird, dann ruft man eben in der Schule an. Irgendwo wird er schon sein, wenn er nicht bei Fraktionsgesprächen im Landesschulrat zu tun hat. Zwei volle Beschäftigungen im öffentlichen Dienst nebeneinander – niemand findet etwas dabei, niemand. Wenn ein Politiker einen Beruf, den er von den gesetzlichen Bestimmungen her ausüben muß, und nebenbei, wie schon gesagt, Politiker ist, dann führt das natürlich in den meisten Fällen zu großen Diskussionen, insbesondere dann, wenn er nicht aus dem Stall der FPÖ kommt. Das trifft mich. Ich habe viele Sympathien in vielen Bereichen, aber das ist ein Messen mit nicht dem gleichen Maßstab. Wenn Herr Kaller noch so tüchtig ist, wenn er sich noch so alle möglichen Leserbriefe schreiben läßt, daß es bewundernswert ist, wie er am Nachmittag das in der Schule oder am Vormittag bei Gericht einbringt oder erlebt, so könnte ich viele solcher Beispiele nennen. Ich sage nochmals, letztendlich hat die ganze Aktion nichts anderes zum Ziel gehabt, als – ganz offen – Rache von der einen Seite, weil eine Vereinbarung eingehalten werden mußte – mit Zähneknirschen – und natürlich das Ergreifen der Gelegenheit, denen eines auszuwischen. Schade, daß dabei die Qualifikation so auf die Seite geschoben wurde. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.06 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Keshmiri (17.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die FPÖ beziehungsweise Präsident Vesko sagt, Parteipolitik steht im Vordergrund im Landesschulratskollegium. Ich frage Sie, wie kommen Sie dazu, das zu sagen? Sie sind ja selbst auch drinnen. Wollen Sie sagen, daß Sie keine Parteipolitik in diesem Zusammenhang gemacht haben? Das glaube ich Ihnen nicht. Ich habe mir ein Protokoll ausheben lassen, wo einmal Herr Klubobmann Flecker ganz toll recherchiert hat und Ihre ganzen Vorkommnisse innerhalb der Partei aufgezeigt hat. Ich erinnere nur an Meischberger, an Herrn Kratzer oder an Herrn Rosenstingl. Wollen Sie damit sagen, daß Sie nicht fehlbar sind, daß Sie die Saubermannpartei in Österreich sind? Ich nehme Ihnen das nicht ab. Diese Abgeordneten sind das Spiegelbild Ihrer Partei. Damit

haben Sie zu kämpfen, und das tut Ihnen sehr weh. Sie sind es nicht gewohnt, einmal in so einer Rolle zu sitzen oder zu stehen, wo Sie angegriffen werden, nämlich genau in dem Punkt, den Sie immer kritisieren. Sie sind mir einige Antworten schuldig geblieben. (Abg. Ing. Peinhaupt: „An wen haben Sie die Frage gerichtet?“) Das war in der Dringlichen Anfrage drinnen. Sie sind sie allerdings übergangen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Mich haben Sie nicht gefragt!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Die Dringliche Anfrage war ja nicht an uns gerichtet!“) Ich habe Sie aufgefordert, diese Frage zu beantworten. Offensichtlich drücken Sie sich davor. Gut, ich nehme das zur Kenntnis. Eines möchte ich hier auch noch sagen: Wir werden auf Grund dieser Vorkommnisse sehr wohl große Augen und große Ohren haben und sehr wohl aufpassen, wie Sie auch Parteipolitik betreiben und wie Sie in der Öffentlichkeit das anders darstellen, als Sie es tatsächlich tun. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Wir werden es auch tun!“ – Beifall bei der ÖVP. – 17.09 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann, der ich es erteile.

Abg. Mag. Bleckmann (17.09 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Niemand drückt sich. Ich wundere mich nur, daß es bei einer Dringlichen an die ÖVP viele Fragen an die Frau Bleckmann gibt – kein Problem. Eines ist mir ganz wichtig zu sagen, lieber Kollege Majcen. Du hast den Brief vorgelesen, den ich erhalten habe. Ich tue es nicht gerne, nur ich muß es sagen, nachdem es erwähnt worden ist. Herr Legat hat sich für den Posten des Landesschulinspektors für die Volksschulen beworben. Er hat sich diesbezüglich auch bei mir beworben und gemeint, er ist doch ein Freiheitlicher und möchte unterstützt werden, auch von unserer Seite. Er hat aber nicht den Kriterien und Qualifikationen entsprochen. Deshalb hat er von unserer Seite keine Unterstützung bekommen. Komisch, er hat keine Unterstützung von den Freiheitlichen bekommen, obwohl er ein Freiheitlicher ist. Jetzt ist es die Rache des Mannes, der keine Unterstützung bekommen hat, daß er sogar diesen Brief, den er mir geschrieben hat – (Abg. Dr. Lopatka: „Das ist nicht billig!“) Es ist nicht billig, lieber Kollege, das ist die Wahrheit. Das ist die Art, wie wir Politik machen. Nicht so wie ihr, nur schwarze Positionen für schwarze Leute. So machen wir eben nicht die Politik. Bei uns ist es eben nicht so, daß es heißt, von oben wurde uns gesagt, Rumpler muß es werden, und deshalb wird er es auch. Das wurde ja mitgeteilt und gibt es sogar protokollarisch, daß es geheißen hat, die Frau Landeshauptmann als Präsidentin will, daß Herr Rumpler diese Position bekommt. (Landeshauptmann Klasnic: „Frau Kollegin, darf ich sagen was ich gesagt habe?“) Sie haben nur übersehen, daß die ÖVP nicht mehr die Mehrheit in diesem Bereich hat. Und das ist das, was Ihnen weh tut. Sie sagen jetzt, das haben Sie nie gesagt. Jetzt steht Wort gegen Wort. Und so geht es dahin. Sie konnten alles schon dazu sagen, was Sie in der Anfragebeantwortung gesagt haben. (Landeshauptmann Klasnic: „Sehr charmant!“) Sie können gerne nachher auch noch einmal reden. Es steht ja den

Regierungsmitgliedern jederzeit zu, auch eine Wortmeldung abzugeben. (Landeshauptmann Klasnic: „Ich kann Sie aber trotzdem unterbrechen!“) Aber mir ist es schon wichtig, daß das auch klargestellt wird, wenn man nämlich selber im Glashauss sitzt, sollen Sie nicht mit Steinen werfen. Auch nicht die Kollegin Beutl. Denn wenn ich an Ihre Doppelposition erinnere und wie Sie sie bekommen haben und wie das mit der Karenzzeit geregelt wurde. Ich sage nur dieses. (Viele unverständliche Zwischenrufe.) Keine Aufregung, ich lege nur die Fakten auf den Tisch. Sie wissen, und das wurde von den Personen, die an diesem – wie der Kollege Brünner gesagt hat – Assessmentcenter, diesem Pseudoassessmentcenter teilgenommen haben, gesagt, daß diese drei Personen gleichwertig sind. Ich kann es nicht beurteilen, ich war nicht dort, nur, uns wurde gesagt, die Personen sind gleichwertig. Es besteht eine Verordnung, glaube ich, die besagt, wenn es im Landes- und Bundesdienst bei Positionen gleichwertige Kandidaten gibt, dann sind die Frauen vorzuziehen. Und wenn von einer Frau, die gerade vorher in der Rede, wo es um Frauenbelange geht, wie benachteiligt die Frauen doch sind, eine Aussage kommt, daß dann die Frauen bevorzugt werden, so verstehe ich das nicht mehr. Und das von der Frauensprecherin der ÖVP. (Beifall bei der FPÖ.)

Und die ganze Misere ist eingetreten wegen der Doppelbesetzung, die im Landesschulrat zwischen Schwarz und Rot gemacht wurde. Wo Sie erst gemeint haben, Sie machen das alles in Frieden. Nur, die rote Seele ist etwas übergekocht, weil sie die Situation nicht mehr ausgehalten haben. Das ist das Problem, daß es drei Ausschreibungen gegeben hat. Wo gibt es das in der Privatwirtschaft? Zur Kollegin Keshmiri muß ich sagen, sie sollte sich vielleicht klubintern zuerst einmal absprechen, denn das, was der Kollege Brünner in seiner Rede – einer Kontrarede – gesagt hat und was Sie sagen, sind doch zwei etwas unterschiedliche Dinge. Er hat eben auch noch einmal das Jennewein-Gutachten – ich muß Jennewein noch einmal zitieren – auf das Tapet gebracht: „Der Herr Dr. Rumpler ist auf große Anerkennung gestoßen. Seine überdurchschnittliche Akzeptanz im Haus wurde nicht zuletzt auch durch den merklich stärkeren Applaus nach seiner persönlichen Präsentation vor dem Auditorium dokumentiert.“ Wenn das – bitte, meine sehr geehrten Damen und Herren – in einem angeblich seriösen Gutachten eines Personalberatungsbüros steht, dann ist das für mich nicht mehr seriös. Ich habe das dem einen oder anderen Personalberater gezeigt. Die haben alle nur mehr den Kopf geschüttelt, daß es so ein Gutachten von einem Personalberatungsbüro gibt. Deshalb konnten wir das nicht gelten lassen, weil das nicht mehr seriös ist und somit Jennewein für mich nicht unabhängig ist. Er hat ja selber zugeben müssen, daß er unter großem Druck gestanden ist. Und wenn so etwas in einem Gutachten steht, ist es nicht mehr glaubwürdig, nicht mehr unabhängig, sondern nur mehr ein lächerliches Auswahlverfahren. (Beifall bei der FPÖ.)

Wenn dann die Kollegin Beutl sagt, damit ich Sie richtig zitiere, weil nicht sein kann, was nicht sein darf, ich muß aufpassen, sonst sagt ihr, das habe ich nicht richtig mitgeschrieben. Sie hat gesagt, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Das genau ist ihr Problem,

weil nicht sein kann, daß einmal irgendein anderer, der nicht der ÖVP angehört, eine hohe Position bekommen kann. Das ist es, was nicht sein kann und nicht sein darf. Das ist nämlich das Problem, was Sie eigentlich haben. Ich muß auch noch einmal sagen, daß das, was hier unter Assessmentcenter gelaufen ist, war bei Gott kein Assessmentcenter. Jeder, der weiß, was Assessmentcenter heißt, kann nur noch lachen bei dem, was da passiert ist. Man macht ein Assessmentcenter, wo drei Fragen gestellt werden, und das ist es dann. Da muß wirklich mehr abgefragt werden. Ich verstehe die Aufregung nicht. Auch nicht die von der Kollegin Keshmiri, denn wir sind gegen jegliche Bestellungen, wo es keine Ausschreibungen gibt. Völlig richtig, nach wie vor, wir stehen dazu. Deshalb sind wir auch gegen eine Ausschreibung, die auf einen Kandidaten zugeschnitten ist, so wie es die erste Ausschreibung war, wo die Welt zwischen Schwarz und Rot etwas mehr in Ordnung war. Wo im Endeffekt nur noch ein einziger Kandidat übriggeblieben ist. Das ist doch offensichtlich, daß dies eben nur noch für diesen einen Kandidaten zugeschnitten war und man deshalb die Ausschreibung so gestaltet hat. Und deshalb sagen wir, es darf nur zu Bestellungen kommen, wenn es eine Ausschreibung gibt und sich mindestens drei Personen bewerben. Wenn dann kein Hearing stattfindet, ist das eine riesen Sauerei, zum Glück hat dann doch noch ein Hearing stattgefunden. Wenn es dann heißt, wir hätten hier gepackelt, dann möchte ich einmal wissen, was heißt denn für Sie „packeln“? Heißt es miteinander reden? Dann dürfen wir wirklich nicht mehr miteinander reden. Heißt das, wenn man Anträgen von anderen zustimmt, daß man dann miteinander packelt? Dann dürfen wir Ihren Anträgen nicht mehr zustimmen, denn das ist genau das, was wir gemacht haben im Landesschulrat. Wir haben dem Antrag der Sozialdemokraten zugestimmt, weil das für uns die beste Lösung war. Wenn Sie das unter Packelei verstehen, daß man einem anderen Antrag zustimmt, dann packeln wir in jeder Landtagssitzung auch mit Ihnen, mit der SPÖ und auch mit der ÖVP, weil wir eben unterschiedlich auch den anderen Fraktionen zustimmen. Und was haben wir dafür bekommen? Haben wir einen Direktor bekommen? Schauen Sie sich das bitte ganz genau an, was hier passiert ist oder passieren wird. Denn wir sind nach wie vor der Meinung, und das haben wir und werden wir auch in allen Bereichen und auch in der Zukunft tun, daß die Personen, die die Besten sind, die Funktionen bekleiden sollen. Egal, welche Farbe sie haben, und egal, welches Geschlecht sie haben. Wenn es nun ein Gesetz gibt, muß man nun einmal die Frauen vorziehen. Das ist so, und damit muß sich auch die ÖVP abfinden. Wir werden uns weiterhin, auch wenn Sie es uns vorwerfen, Kollegin Keshmiri, dafür einsetzen, daß die Objektivierung im Landesschulrat noch besser wird. Ich gebe schon zu, hier gibt es noch viel zu tun, aber es ist uns inzwischen gelungen, auch einmal eine Direktorin zu bestellen, die überhaupt kein Parteibuch hat. Stellen Sie sich vor, es ist gelungen. Aber damit Sie sehen, daß wir das Parteibuch völlig draußen haben wollen, werden wir auch diesmal wieder, wie wir es die letzten Male gemacht haben, Ihrem Entschließungsantrag zustimmen. Auch wenn Sie es dann Packelei nennen, weil wir Ihrem Antrag zustimmen, aber wir werden ihm zustimmen, weil auch wir

glauben, daß ein Parteienproporz in diesem Bereich nicht sein sollte. Und wenn wir drinnen sind und wir auf Grund der Stärke – ich weiß, es tut Ihnen weh, daß wir stärker sind – unsere Kontrollfunktion wahrnehmen, dann können Sie uns das doch nicht absprechen. Sie kommen mir manchmal so vor wie die Zaungäste hinter dem Zaun, die ab und zu drüber springen, schauen und nur die Hälfte sehen. Der Kollege Brünner hat schon etwas mehr Einblick, deshalb hat er es auch anders formuliert. Aber ich kann Ihnen garantieren, daß wir auch in der Zukunft im Landesschulrat uns dafür einsetzen werden, so wie wir uns in der Zeit, in der wir vertreten waren, dafür eingesetzt haben, daß die besten Personen die Posten bekommen werden und auch die Objektivität gewahrt bleibt. Und das können Sie mir auch in der Zukunft immer wieder vorwerfen. Davor habe ich keine Angst. (Beifall bei der FPÖ. – 17.20 Uhr.)

Präsident: Es liegt keine weitere Wortmeldung vor. Es wurde aber ein Entschließungsantrag des Liberalen Forums und der Grünen eingebracht, betreffend die Abschaffung des Parteienpropozes im Schulbereich. Und über diesen Entschließungsantrag lasse ich jetzt abstimmen.

Jene Damen und Herren, die diesem Entschließungsantrag zustimmen, bitte ich um ein deutliches Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nun zur Behandlung der zweiten Dringlichen Anfrage von der FPÖ an die Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend EU-Förderungsproblematik. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Wiedner das Wort zur Begründung dieser Dringlichen Anfrage. Bitte, Herr Abgeordneter.

Abg. Wiedner (17.21 Uhr): Herr Kollege Purr, du brauchst keine Angst zu haben, es kommt jetzt nicht Majcen II – auch nicht Vesko II, Frau Landeshauptmann. Es kommt Wiedner I.

Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Damen und Herren!

56 Milliarden Schilling wurden in der EU verlutert. Die Kommission ist über diese 56 Milliarden in weiterer Folge gestolpert. Danke, Herr Direktor. Es ist inzwischen eine Hitliste erstellt worden, eine Hitliste der Betrügereien, die es in dieser EU gibt. Diese reicht bis zu Olivenhainen in Griechenland. Nun hat einmal so eine große Organisation das Problem, ineffizient zu sein, schwerfällig zu sein und betrugsanfällig zu sein, betrugsanfällig mit Geldern der Beitragszahler, die aus Förderungen an die Länder gegeben werden. Ich darf hier gleich eines am Anfang sagen, weil immer gesagt wird, wir haben Geld bekommen aus Brüssel, wir haben eine Förderung bekommen. Sehr verehrte Damen und Herren! Wir haben Teile dessen, was wir nach Brüssel zahlen, zurückbekommen, und das mit viel Bitten, mit viel Betteln und mit sehr viel Bürokratismus. Wir kennen auch hier die zwei Bereiche des Nettozahlers und des Nettoempfängers. Wenn wir das von den 56 Milliarden lesen, dann tut uns das noch mehr weh, weil wir zu den vier größten Nettozahlern gehören, neben Deutschland, neben den Niederlanden und neben Schweden. Die Förderungs-

abwicklung ist schon deshalb betrugsanfällig, weil sie anonym ist und weil sie kompliziert ist. Ich habe mir gestern in Vorbereitung für heute dessen Leitfaden herausgeholt. Wer sich da drinnen noch auskennt, welche Förderungsmöglichkeiten für welche Zwecke es gibt, den bewundere ich. Es ist ein dicker Katalog, und wenige haben die Chance, sich auszukennen – der Normalsterbliche hat sie nicht. Ich vermute dabei sogar System. Sehr viele Förderungsprogramme gibt es. Es endet jetzt bei lokaler „Agenda 21“, wo auch kaum einer weiß, wofür gibt es sie, und wofür wurde sie geschaffen. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte jetzt auf den Kern dieser Dringlichen Anfrage zurückkommen, nämlich auf die Gelder und auf die Mittel, die in nächster Zeit fließen werden, und auf die Antworten unserer Frau Landeshauptmann auf unsere Fragen, die diese Gelder betreffen. Es wurden bereits beschlossen die Finanzmittel der nächsten sieben Jahre unter dem Namen der „Agenda 2000“. Es wurden beschlossen die Strukturfonds, die Gemeinschaftsinitiativen als Teile des Strukturfonds, der Kohäsionsfonds – also die großen drei Kapitel. Wenn wir uns jetzt diese drei Kapitel anschauen, wohin die großen Gelder fließen, dann ist das eine interessante Auflistung. Es wurden bei den Strukturfonds die Zielgebiete von sieben auf drei reduziert. Diese Strukturfonds werden, je nach Jahr fallend, von 29 Milliarden Euro auf 26 Milliarden Euro zurückfallen. Von diesen 100 Prozent der Mittel gehen in die neuen Ziel-1-Gebiete, das sind jene Gebiete, die unter 75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen, 69,7 Prozent – also mehr als zwei Drittel dieses großen Kuchens von 29 Milliarden Euro fließt in Länder unter 75 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Daß die Steiermark nicht darunter ist, wissen Sie. Darum habe ich hier Sorge, daß wir bei dem großen Geldkuchen nicht nur am Rande, sondern teilweise gar nicht teilnehmen. Und gerade das in der Steiermark, wo wir bei Gott nicht glücklich sind mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung und mit der Kaufkraftentwicklung. Sie wissen, wir liegen an zweiter Stelle, aber von hinten angefangen, gleich nach Kärnten. Das Ziel-2-Gebiet ist eine Erweiterung des ehemaligen Ziel-2-Gebietes, beschäftigt sich mit den Industrieregionen, mit den ländlichen Regionen und den städtischen Problemgebieten. 11,5 Prozent der Mittel, eben dieser 29 Milliarden Euro, fließen in diese Ziel-2-Gebiete. Das ist jener Bereich, der unser Hauptzugang sein wird – 11,5 Prozent der Gesamtmittel auf die nächsten sieben Jahre verteilt. Ich habe mir das ein bißchen angeschaut und habe das mit jenen Mitteln verglichen, die die Länder bekommen sollten als Vorbeitritts Hilfe, also jene Kandidaten, die in den nächsten Jahren dazukommen sollen. 21,84 Milliarden sollten diese Länder bekommen. Das ist etwa das gleiche, wie die gesamten Ziel-2-Gebiete, die jetzt in der Union sind, bekommen sollen. Diese 15 Länder und deren Ziel-2-Gebiete bekommen etwa das gleiche wie diejenigen Länder, die beitreten wollen. Als nächstes, was neu dazugekommen ist, das Ziel-3-Gebiet, das mit 12,3 Prozent dotiert ist. Hier ist die Verbesserung der Humanressource das Ziel. Wie das Ziel-3-Gebiet ausschauen wird, wissen wir noch nicht. Und dazu kommen dann als nächstes in die Strukturfonds die restlichen 6,5 Prozent, aufgeteilt auf die Gemeinschaftsinitiativen. Die Gemeinschaftsinitiativen wur-

den auch im gesamten reduziert auf drei Programme, auf das sogenannte INTERREG-Programm, das wir schon kennen und was uns schon jahrelang begleitet und das jetzt von diversen Kreisen hochgelobt wird als die Grenzlandförderung. Etwa 5 Milliarden, die in diesen INTERREG-Topf kommen. Das sind 50 Prozent der gesamten Gemeinschaftsinitiativmittel, und das für die gesamten Grenzregionen und für die gesamten sieben Jahre, und das für 1300 Kilometer Grenze, die wir zum Beispiel bei der Osterweiterung haben. Dazu kommen noch die LEADER-Programme, Entwicklung des ländlichen Raumes, und das EAGLE-Programm zur Chancengleichheit. Es kommt noch der Kohäsionsfonds. Aus dem werden wir keine Gelder beziehen, weil das sind Gelder für die besonders armen Länder – wie man es nennt – Portugal, Spanien, Griechenland und Irland. Was noch interessant an der ganzen Geldaufteilung ist, daß die Briten ihren Rabatt, den sie damals herausgeholt haben mit dem Ausspruch der Maggie Thatcher „we want your money-bag“, weiter behalten können. Zur Abwicklung der ganzen Förderungsangelegenheit wurden in den Regionen – 1996 war das – die Regionalmanagements ins Leben gerufen. Sie waren notwendig, um die Projekte zu betreuen, um ihre Abwicklung sicherzustellen. Nun stehen wir mit diesen Büros an der Kippe. Die Finanzierung ist noch fraglich, ihre Aufgaben sind noch fraglich. Wer bleibt als Zahler übrig? In weiten Bereichen die Gemeinden, jene Gemeinden, die wir schon mit vielem anderem belasten. Ich will gar nicht verschweigen, daß die Büros in vielen Bereichen keine schlechte Arbeit geleistet haben. Es gab auch gute Projekte, die umgesetzt wurden, es gab auch sehr viel Engagement dabei. Es wurden Projekte teilweise aus der Schublade genommen, es ist vieles auch eine Idee geblieben. Eine Idee deswegen, weil man keine Betreibergesellschaft hatte, weil man niemand hatte, der das finanzielle aufbringen konnte, und dazu noch das Problem der Kofinanzierung. Sie sehen also, es gibt hier eine Menge Fragen speziell zur ganzen Förderungsabwicklung, speziell zu den Bereichen der neuen Verteilung der Förderungen, und eine Sache tut uns wahrscheinlich am meisten weh, nämlich die Kürzung der Mittel um ein Drittel. Wie wird das ganze für die Steiermark ausschauen? Wir haben auch diese Fragen formuliert. Werden wir linear über die Steiermark beziehungsweise über ganz Österreich mit der Kürzung drüberfahren? Ich glaube, es wird nicht möglich sein. Wenn ich mir hier die Unterlagen anschau der reichsten Regionen, der wohlhabendsten Regionen, dann gibt es nur eine Region von Österreich, die drinnen ist, nämlich Wien. Alles andere liegt weit unter dem 100-Prozent-Level. Die Steiermark liegt auf 89 Prozent. Ich glaube, daß hier die Landeshauptleute und Sie, Frau Landeshauptmann, sehr gefordert sind, daß die Steiermark bei dieser Ausschöpfung der Töpfe nicht auf der Strecke bleibt. Ich darf daher die Dringliche Anfrage der Freiheitlichen Abgeordneten verlesen und darf die Fragen formulieren:

Erstens: In der Landtagssitzung am 20. Oktober 1998 wurden Sie mit Beschluß des Landtages aufgefordert, sich im Rahmen der nächsten Landeshauptleutenkonferenz zur Absicherung der bisherigen EU-Förderungskulisse für das Kärntner Modell einzusetzen. Welche diesbezüglichen Schritte haben Sie gesetzt und mit welchem Erfolg?

Zweitens: Wenn es zu einer linearen Drittelkürzung der Fördergebiete unter den Bundesländern kommt, wird auch die Steiermark ein Drittel seiner Fördergebiete verlieren. Welche Gebiete der Steiermark werden voraussichtlich davon betroffen sein?

Drittens: Was beabsichtigen Sie zu unternehmen, daß in den künftigen Jahren EU-Förderungen seitens der Steiermark optimal ausgenützt werden?

Viertens: Wie hoch wäre das gesamte Fördervolumen bei 100prozentiger Ausschöpfung aller kofinanzierten Projekte in der Steiermark, und wieviel wurde tatsächlich ausgeschöpft (in Prozenten und in absoluten Zahlen)?

Fünftens: Wie viele Projekte wurden steiermarkweit in den regionalen Managementbüros eingereicht, und wie viele und welche Projekte wurden tatsächlich realisiert?

Sechstens: Treten Sie für die Beibehaltung der Regionalmanagementbüros auch im Falle eines Wegfalls der EU-Strukturförderung ein? Werin ja, mit welcher neuen Aufgabenstellung?

Siebtens: Glauben Sie, daß die beschlossenen INTERREG-Fördermittel für die Programmplanungsphase 2000 bis 2006 im ausreichenden Maße vorhanden sein werden, um die finanziellen Nachteile einer EU-Osterweiterung abfedern zu können?

Achtens: Treten Sie, ähnlich Ihren Fraktionskollegen, für eine EU-Osterweiterung ein, obwohl diese die Nettozahler der EU und somit auch Österreich finanzieren sollen?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. – 17.36 Uhr.)

Präsident: Zur Dringlichen Anfrage erteile ich nun Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung. Ich bitte, Frau Landeshauptmann!

Landeshauptmann Klasnic (17.36 Uhr): Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Dringliche Anfrage darf ich wie folgt beantworten:

Im Jahre 1997 gab es einen einstimmigen Beschluß bei der Fachkommission 1 in Graz und im Ausschuß der Regionen bei der Plenarsitzung in Brüssel zu meiner Berichterstattung über die Wirkungsanalyse einer kommenden Erweiterung. Daraufhin gab es über meine Initiative die erste Ostregionenkonferenz am 29. Jänner 1998 in Graz, die eine gemeinsame Resolution aller an den EU-Außengrenzen liegenden Regionen Deutschlands, Finnlands, Italiens und Österreichs hervorbrachte. Dies war der erste Schritt zur nachhaltigen Forderung nach einem integrierten Maßnahmenpaket insbesondere auch für die steirischen Grenzregionen. Im Juli 1998, bei der Nachfolgekonferenz in Hof, waren schon die Außengrenzregionen, das heißt aus dem Osten, mit dabei in der Diskussion. Ich sage bewußt dazu, der Rat von Berlin am 24. und 25. März 1999 brachte den verdienten Erfolg. 4,8 Milliarden Schilling reservierte Sondermittel für Gemeinschaftsinitiativen in Österreich stehen für ein Ergebnis, welches von den Verhandlern der Bundesregierung, aufbauend auf diese Initiativen,

erreicht wurde. Ich sehe heute noch die Schlagzeilen in den einzelnen Medien, als ich den Forderungskatalog Frau Kommissarin Wulf-Mattis überreicht habe, gemeinsam mit dem burgenländischen Landeshauptmann Stix, wo es geheißen hat, Wulf-Mattis zeigt Österreich die kalte Schulter. Ich höre auch noch die Stimmen in diesem Haus und im Ausschuß, wo es geheißen hat, nichts erreicht, keine Möglichkeit, zu wenig Druck. Meine Bemühungen haben sich gelohnt. Der Druck hat sich gelohnt. Und wenn Sie auch schreiben, nur 5 Milliarden, 4,8 Milliarden sind erreicht für die Grenzregionen, und das hat sich gelohnt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich beabsichtige auch, am 2. Juni die Thematik der Regional- und Grenzlandförderung auf Wunsch der Österreichischen Bundesregierung dem Österreichischen Bundesrat vorzutragen. Auch aus diesem Motiv heraus, weil ich die Initiative ergriffen habe. Unter dem Motto „Nachahmer gesucht“ ist es mir wichtig, den Ländervertretern im Bundesrat den Mut und die Kraft für die Mitgestaltung der Regionen auch und vor allem auf europäischer Ebene näherzubringen. Und die Steiermark hat ein Ergebnis. Ich sage das sehr bewußt dazu und ohne Überheblichkeit. Aber diese heutige Anfrage zeigt, daß einige Fragen offen sind, die ich gerne beantworte.

Zur Frage eins: Am 13. Juli 1998 gab es den einstimmigen Regierungsbeschluß der Steiermärkischen Landesregierung: „In Verhandlungen mit dem Bund ist seitens der Steiermark darauf zu drängen, daß a) die Gebietsabgrenzung hinsichtlich der Wettbewerbskulisse und der Zielgebietskulisse ausschließlich auf Grund objektiver Kriterien erfolgt, die geeignet sind, die regionalen Disparitäten innerhalb Österreichs darzustellen, b) eine Konzentration der Mittel auf die am stärksten betroffenen Gebiete vorgenommen wird und somit die derzeit in der Steiermark bestehenden Förderungsgebiete auf Grund der noch immer bestehenden Strukturschwäche sowie der Grenzlage auch künftig erhalten bleiben und c) es zu keinen linearen Kürzungen der Fördergebiete innerhalb von Österreich kommen darf, zu keinen linearen Kürzungen.“

Dieser Antrag wurde von mir gemeinsam mit Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek im Koreferat eingebracht.

Über meine Initiative als Vorsitzender der Landeshauptleutekonferenz fand am 3. September 1998 eine außerordentliche Landeshauptleutekonferenz im Beisein von Bundesminister Molterer, den Staatssekretären Dr. Wittmann, Dr. Ruttensdorfer und Dr. Ferrero-Waldner und Herrn Kommissar Dr. Franz Fischler statt, in welcher uns der Kommissar einen Bericht über den aktuellen Stand, sprich September 1998, der „Agenda 2000“ gab. Ziel dieses Treffens war es, einen gleichen Informationsstand über diese aktuellen Themen zu schaffen und die Koordinationsfunktion des Bundes in dieser für die Länder so wichtigen Frage einzufordern.

Bei der ordentlichen Hauptleutekonferenz am 26. November 1998 gab es seitens des Bundeskanzleramtes nur einen kurzen Bericht, mündlich, über den Stand der Verhandlungen in Brüssel, aber keine schriftlichen Unterlagen.